



**„Wo das Geld vom Himmel fällt!“  
Bedingungsloses Grundeinkommen und  
Millenniums-Entwicklungsziele in Namibia  
Perspektiven für die Soziale Arbeit?**

**Bachelor-Thesis von Stefanie Schäufele**

PROTESTANT UNIVERSITY  
OF APPLIED SCIENCES

Staatlich anerkannte  
Hochschule für Soziale  
Arbeit, Diakonie und  
Religionspädagogik der  
Evangelischen Landeskirche  
in Baden



Evangelische  
Hochschule  
Freiburg

Bachelor-Thesis

**„Wo das Geld vom Himmel fällt!“  
Bedingungsloses Grundeinkommen und  
Millenniums-Entwicklungsziele in Namibia  
Perspektiven für die Soziale Arbeit?**

Vorgelegt von: Stefanie Schäufele

Fachbereich: Soziale Arbeit

E-Mail Adresse: [stefanie.schaeufele@gmx.de](mailto:stefanie.schaeufele@gmx.de)

Dezember 2009

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	4
Abkürzungsverzeichnis .....	5
<b>I Einleitung.....</b>	<b>6</b>
1    Hinführung zum Thema.....	7
2    Fragestellung und Zielsetzung .....	8
3    Gliederung .....	8
<b>II Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und ihre Umsetzung in Namibia .....</b>	<b>10</b>
1    Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.....	11
1.1    Hintergrund der Millenniums-Entwicklungsziele .....	11
1.2    Stand der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele .....	13
1.3    Schwierigkeiten in der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele .....	16
2    Millenniums-Entwicklungsziele in Bezug auf Namibia .....	17
2.1    Landesspezifische Gegebenheiten Namibias .....	17
2.2    Stand der Millenniums-Entwicklungsziele in Namibia.....	18
3    Zusammenfassung .....	21
<b>III Bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia am Beispiel des BIG-Pilotprojektes .....</b>	<b>23</b>
1    Bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia.....	24
1.1    Modellbeschreibung des bedingungslosen Grundeinkommens .....	24
1.2    BIG-Koalition in Namibia .....	25
1.3    Begründung eines Grundeinkommens in Namibia .....	26
1.4    Auswirkungen des Grundeinkommens in Namibia.....	27
1.5    Kosten und Finanzierung eines Grundeinkommens in Namibia .....	28
2    BIG-Pilotprojekt im namibischen Otjivero-Omitara .....	30
2.1    Einführung in das BIG-Pilotprojekt .....	30
2.2    Durchführung des BIG-Pilotprojektes in Otjivero-Omitara.....	31
2.3    Lebensbedingungen einzelner Befragter vor dem BIG-Pilotprojekt.....	32
2.4    Erwartungen einzelner Befragter an das BIG-Pilotprojekt .....	33
3    Kritik am Grundeinkommen und BIG-Projekt in Namibia .....	35
4    Zusammenfassung .....	37

<b>IV Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele durch das BIG-Projekt in Namibia .....</b>	<b>39</b>
1 Allgemeine Ergebnisse des BIG-Pilotprojektes.....	40
1.1 Einführung in die Projektergebnisse .....	40
1.2 Gründung des BIG-Komitees.....	41
1.3 Kritik am BIG-Pilotprojekt .....	42
1.4 Veränderungen seit dem BIG-Pilotprojekt bei einzelnen Befragten .....	43
2 Projektergebnisse und die Millenniums-Entwicklungsziele .....	44
2.1 MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers .....	44
2.2 MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung.....	46
2.3 MDG 3: Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter .....	47
2.4 MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit .....	47
2.5 MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern .....	49
2.6 MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten .....	50
2.7 MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit .....	51
2.8 MDG 8: Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft.....	52
3 Diskussion.....	52
4 Zusammenfassung .....	54
<b>V Bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland und Perspektiven für die Soziale Arbeit.....</b>	<b>55</b>
1 Bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland .....	56
1.1 Einführung in das bedingungslose Grundeinkommen in Deutschland .....	56
1.2 Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland.....	57
1.3 Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland.....	59
1.4 Kritik an einem bedingungslosen Grundeinkommen in Deutschland.....	61
2 Berufsfeld der Sozialen Arbeit.....	62
2.1 Begriffsbestimmung der Sozialen Arbeit.....	62
2.2 Methoden der Sozialen Arbeit .....	63
2.3 Vier Theorieansätze der Sozialen Arbeit .....	64
3 Perspektiven des Grundeinkommens für die Soziale Arbeit.....	65
4 Diskussion.....	68
5 Zusammenfassung .....	69
<b>VI Schlussbetrachtung .....</b>	<b>71</b>
Literaturverzeichnis .....	75

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Acht Millenniums-Entwicklungsziele und 18 Zielvorgaben. ....	12
Abbildung 2: Namibia. ....	17
Abbildung 3: Zusammenfassung der Einkommensverteilung in Namibia 2004.....	27
Abbildung 4: Auswirkung eines Grundeinkommens auf die Einkommensverteilung Namibias im Vergleich zur gegenwärtigen Verteilung. ....	28

## **Abkürzungsverzeichnis**

ARV	Antiretroviral
BIG	Basic Income Grant
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DfSD	Department for Social Development
ELCRN	Evangelical Lutheran Church in Namibia
EPRI	Economic Policy Research Institute
GKKE	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
HWWI	Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut
IFSW	International Federation of Social Work
LAC	Legal Assistance Centre
LaRRI	Labour Resource and Research Institute
LLDC	Landlocked Development Countries
LWF	Lutherischer Weltbund
MDG	Millennium Development Goal
NamPost	Namibian Post Office
NAMTAX	Namibian Tax Consortium
NANASO	Namibia Network of AIDS Service Organization
NANGOF	Namibian Non-Governmental Organization Forum
NEPRU	Namibian Economic Policy Research Unit
NPC	National Planning Commission
NYC	National Youth Council
NUNW	National Union of Namibian Workers
N\$	Namibischer Dollar
VEM	Vereinte Evangelische Mission

# I

## **Einleitung**

Die namibische Geschäftsfrau Lena *Nanus* verkauft Orangen-, Himbeer- und Erdbeereis in der namibischen Gemeinde Otjivero-Omitara. Seit Mitte Januar 2008 besitzt sie dieses kleine Geschäft. Wenige Wochen zuvor begann eine Organisation in der Gemeinde jeder/m Dorfbewohner/in ohne irgendwelche Bedingungen umgerechnet ca. 10 Euro pro Monat auszuzahlen. Für die dort lebenden Menschen war dies wie in einem Märchen: Das Geld regnete vom Himmel und alle bekamen etwas ab (vgl. Heß 2008, S. 94).

## 1 Hinführung zum Thema

Namibia ist ein Land voller Gegensätze. Umgeben von Hunderten von Kilometern Wüste tauchen kleine Ortschaften mit grünen Gärten und belebten Geschäften auf, in den kilometerweiten Sanddünen tummeln sich Springböcke und Strauße und im Norden des Landes befindet sich eines der attraktivsten Naturschutzgebiete Afrikas, in denen Touristen Giraffen, Elefanten, Löwen und Zebras beobachten können. Aber nur wenige Menschen schauen hinter die Zäune des Schutzgebiets. Kein Touristenbus hält an den Wellblechhütten, in denen die meisten Namibier/innen um das tägliche Überleben kämpfen. Dies stellt die andere Seite Namibias dar. In keinem anderen Land auf der Welt ist die Kluft zwischen arm und reich so groß (vgl. Grimm & Kantara 2009). Etwa ein Viertel der Kinder unter fünf Jahren leidet an Untergewicht, und in Bezug auf die HIV/Aids-Epidemie zählt Namibia zu einem der fünf Länder, die am stärksten von dieser Krankheit betroffen sind (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S.35).

Angesichts dieser Problematik stellt sich die Frage, wie die Armut und deren Folgen in Namibia verringert werden können. International gibt es sowohl von staatlicher wie auch privater Seite verschiedene Strategien zur Armutsreduzierung. Der Millenniumsgipfel der *Vereinten Nationen*<sup>1</sup> im Jahr 2000 stellt hierbei einen der Höhepunkte der internationalen Debatte zur Armutsbekämpfung dar. Kern des Gipfels ist die Millenniumserklärung, in der sich die Weltgemeinschaft auf acht Entwicklungsziele einigte. Reiche wie arme Länder verpflichteten sich darin, die Armut zu beseitigen, die menschliche Würde und Gleichberechtigung zu fördern sowie Frieden, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Laut dem *Bericht über die menschliche Entwicklung 2003*<sup>2</sup> sieht es aber so aus, als würden die Millenniums-Entwicklungsziele bei derzeitigem Trend nicht erreicht werden können (vgl. Fukuda-Parr 2003, S. 3).

Nach Ansicht von Claudia *Haarmann* könnte dagegen das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens die Millenniumsziele erfolgreich umsetzen. Ihrer Meinung nach würde dieser Ansatz dazu führen, dass die Menschen mehr investieren, die Unterernährung zurück geht und die Kinder wieder zur Schule gehen. Die Idee, jede/r Bürger/in erhält vom Staat

---

<sup>1</sup> Die *Vereinten Nationen* (UNO) wurden 1945 nach dem 2. Weltkrieg gegründet. Gegenwärtig sind mit 192 Mitgliedsstaaten fast alle Länder der Welt in der Organisation vertreten. Ihr Hauptziel ist die Sicherung des Weltfriedens sowie die Förderung friedlicher zwischenstaatlicher Beziehungen (vgl. Jäger S. 2004, 123).

<sup>2</sup> Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* (Human Development Report) wird seit 1990 von dem Entwicklungsprogramm der *Vereinten Nationen* in Auftrag gegeben. Ein unabhängiges Expertenteam untersucht darin die wichtigsten globalen Fragen (vgl. Strutynski 2005).



einen gesetzlich festgelegten Geldbetrag, gibt es schon länger und wird gegenwärtig auch in Deutschland intensiv debattiert. Allerdings scheiterte dies bisher immer in der Umsetzung. In Namibia wird dagegen das bedingungslose Grundeinkommen in einem zweijährigen BIG-Pilotprojekt in der Gemeinde Otjivero-Omitara erprobt (vgl. Götze 2008a). Die Projektgründer/innen sehen darin den einzigen Weg, die Armut zu mindern und das Wirtschaftswachstum zu fördern. In Bezug auf Kinder und HIV/Aids-Erkrankte wird erwartet, dass eine Verbesserung in der Ernährung stattfindet. Dies sei eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch sowie eine effektive HIV/Aids-Behandlung und folglich ein wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung (vgl. Haarmann & Haarmann 2005, S. 1f).

## 2 Fragestellung und Zielsetzung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Millenniumsgipfel der *UNO* sowie dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens anhand des BIG-Pilotprojektes in Namibia. Daraus ergibt sich primär die Fragestellung, ob durch das Grundeinkommen die Millenniums-Entwicklungsziele der *Vereinten Nationen* verwirklicht werden können. Auf Grund meines Studiums nimmt die zweite Fragestellung Bezug zu dem Berufsfeld der Sozialen Arbeit und dem Ansatz in Deutschland. Daher beinhaltet diese Arbeit sekundär die Fragestellung, welche Perspektiven das bedingungslose Grundeinkommen für die Soziale Arbeit bietet.

Um eine Antwort auf diese Fragestellungen zu bekommen, bedarf es einer wissenschaftlichen Vorgehensweise, die in dieser Arbeit auf Literaturrecherche basiert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Thema des bedingungslosen Grundeinkommens mit Bezug auf das BIG-Projekt in Namibia. Im vierten Kapitel dieser Arbeit wird mit Hilfe der Ergebnisse der zwei BIG-Studienberichte 2008 und 2009 versucht, eine Antwort auf die oben genannte Fragestellung zu geben. Die Bearbeitung der zweiten Frage erfolgt im fünften Kapitel durch weitere aktuelle Literatur und besonders die Arbeit von Siegfried M. *Eriksson*.

## 3 Gliederung

Diese Thesis setzt sich neben Einleitung und Schlussbetrachtung aus vier Kapiteln zusammen. Das folgende zweite Kapitel befasst sich mit den Millenniums-Entwicklungszielen. Dabei soll in einem ersten Abschnitt ein Überblick über den Millenniumsgipfel der *Vereinten Nationen* geschaffen sowie der aktuelle Stand der Umsetzung der Ziele aufgezeigt werden. Neben diesem allgemeinen Teil nimmt der darauffolgende Abschnitt Bezug zu Namibia und der Verwirklichung der Ziele in diesem Land.

Im Anschluss daran behandelt das dritte Kapitel das bedingungslose Grundeinkommen in Namibia am Beispiel des BIG-Pilotprojektes. Dabei ist unter anderem Inhalt des ersten Teils, wie in Namibia ein bedingungsloser Geldtransfer umgesetzt werden kann, was die Begründungen hierfür sind und welche Kosten ein solches Modell für die namibische Regierung mit sich bringen würde. Darauf soll in das Pilotprojekt eingeführt und das Leben der Namibier/innen vor dem Projekt aufgezeigt werden.

Das vierte Kapitel verbindet die beiden vorigen Kapitel miteinander und zeigt die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele durch das bedingungslose Grundeinkommen auf. Dazu findet eine allgemeine Einführung in die Projektergebnisse statt, worauf in den anschließenden Abschnitten die Ergebnisse des Pilotprojektes auf die einzelnen Millenniumsziele bezogen werden.

Der Inhalt des fünften Kapitels stellt die Perspektiven des bedingungslosen Grundeinkommens für die Soziale Arbeit in Deutschland dar. Um die Perspektiven herauszufinden, soll zunächst ein Überblick über das Grundeinkommensmodell in Deutschland gegeben und darauf das Berufsfeld der Sozialen Arbeit vorgestellt werden. Im letzten Abschnitt werden diese beiden Teile miteinander verbunden und die Perspektiven für die Profession erörtert.

Zur besseren Leserlichkeit und Verstehbarkeit dieser Arbeit wird die geschlechtsneutrale Form oder die gendergerechte Formulierung verwendet.



## **Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und ihre Umsetzung in Namibia**

Über eine Milliarde Menschen müssen täglich mit weniger als einem US-Dollar auskommen. Millionen Menschen haben nicht genug zum Essen, um ein aktives Leben zu führen und mehr als 100 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. Obwohl das Recht auf Leben und Sicherheit zu den grundlegenden Menschenrechten gehört, wird dies durch bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt verletzt (vgl. Bains & Herfkens 2006, S. 223). Um den Betroffenen zu helfen und ihnen dauerhaft bessere Lebensverhältnisse zu ermöglichen, einigten sich die *Vereinten Nationen* im Jahr 2000 auf acht Millenniums-Entwicklungsziele. Auf globaler Ebene und am Beispiel von Namibia werden in den folgenden zwei Abschnitten diese Ziele erörtert.

## 1 Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Die Millenniums-Entwicklungsziele der *Vereinten Nationen* legen dar, wie den globalen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrtausends begegnet werden soll. Dadurch bilden sie den gegenwärtigen Schlüsselbereich der internationalen Entwicklungspolitik. Das Kapitel beschreibt deren Hintergrund und derzeitigen Stand der Umsetzung dieser Ziele sowie die Schwierigkeiten, die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen.

### 1.1 Hintergrund der Millenniums-Entwicklungsziele

Im September 2000 kamen auf dem Millenniumsgipfel der *Vereinten Nationen* in New York die Staats- und Regierungschefs der Welt zusammen, um das Leben Milliarden armer Menschen zu verbessern (vgl. Niggli 2008, S. 45). Aus diesem Gipfeltreffen resultierte die Millenniumserklärung, welche von 189 Ländern ratifiziert wurde (vgl. Fukuda-Parr 2003, S. 33). Sie beinhaltet die Politikbereiche Frieden und Sicherheit, Entwicklung und Armutsbekämpfung, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen sowie Menschenrechte und Demokratie, welche für das Handeln der internationalen Gemeinschaft zentral sind. Das Kernstück der Erklärung bilden die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 8).

In den Millenniums-Entwicklungszielen verpflichtet sich die Weltgemeinschaft durch konkrete Zielvorgaben innerhalb eines klar definierten Zeitrahmens auf die ehrgeizigsten und umfassendsten Ziele der bisherigen internationalen Entwicklungspolitik (vgl. Fukuda-Parr 2003, S. 33). Die insgesamt acht MDGs und ihre 18 Unterziele besitzen demgemäß quantitative und zeitliche Vorgaben, welche überwiegend bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen (vgl. Nuscheler 2006, S. 575f). In der folgenden Abbildung werden diese aufgeführt:

*MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers*

1. Bis 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt (im Vergleich zu 1990).
2. Bis 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die unter Hunger und Unterernährung leiden.

*MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung*

3. Bis 2015 sicherstellen, dass Jungen und Mädchen überall auf der Welt mindestens eine Grundschulausbildung abschließen können.

*MDG 3: Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und des Empowerment der Frauen*

4. Bis 2005 das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung und bis spätestens 2015 auf allen Bildungsebenen zu beseitigen.

*MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit*

5. Bis 2015 die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken (im Vergleich zu 1990).

*MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern*

6. Bis 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken.

*MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten*

<ol style="list-style-type: none"><li>7. Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich zurückdrehen; besondere Hilfsmaßnahmen für Aids-Waisenkinder.</li><li>8. Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen Infektionskrankheiten zum Stillstand zu bringen.</li></ol> <p><i>MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit</i></p> <ol style="list-style-type: none"><li>9. Grundsätze der Nachhaltigkeit in einzelstaatliche Programme einbauen und dem Verlust von Umweltressourcen weltweit vorbeugen.</li><li>10. Bis 2015 den Anteil an Menschen halbieren, die keine Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.</li><li>11. Bis 2020 eine Verbesserung der Lebensbedingungen von mind. 100 Mio. Slumbewohnern.</li></ol> <p><i>MDG 8: Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft</i></p> <ol style="list-style-type: none"><li>12. Aufbau eines nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems.</li><li>13. Besonderen Bedürfnissen der LLDCs Rechnung tragen.</li><li>14. Besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselstaaten Rechnung tragen.</li><li>15. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und Schuldenbelastung langfristig tragfähig machen.</li><li>16. Erarbeitung von gemeinsamen Strategien zur Beschaffung produktiver und menschenwürdiger Arbeit für junge Menschen.</li><li>17. In Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie unentbehrliche und erschwingliche Medikamente verfügbar machen.</li><li>18. In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass Vorteile neuer Informations- und Kommunikationstechnologien auch den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen.</li></ol>
---

Abb. 1: Acht Millenniums-Entwicklungsziele und 18 Zielvorgaben (Nuscheler 2006, S. 576).

Die Millenniums-Entwicklungsziele beinhalten allerdings keine neu entwickelten Ziele, sondern Forderungen aus verschiedenen *UN*-Entwicklungskonferenzen der 1990er Jahre (vgl. Fukuda-Parr 2003, S. 35). Hierbei können besonders der *UNO*-Sozialgipfel<sup>3</sup> 1995 in Kopenhagen sowie die internationalen Entwicklungsziele<sup>4</sup> des Entwicklungshilfesausschuss der *OECD*<sup>5</sup> im Jahr 1996 genannt werden. Die früheren Forderungen stammen jedoch fast ausschließlich von der Gebergemeinschaft, weswegen Entwicklungsländer diese nicht als ihre eigenen ansahen. Wegen der fehlenden globalen Übereinstimmung konnten daher bisherige Beschlüsse nur wenig praktische Erfolge vorweisen (vgl. Niggli 2008, S. 46).

Obwohl die Millenniums-Entwicklungsziele Forderungen des Sozialgipfels von 1995 sowie beinahe alle internationalen Entwicklungsziele enthalten, werden diese dagegen nicht nur als ein Abkommen der Industrienationen angesehen. Sie stellen vielmehr global entwickelte Ziele dar, welche die kollektive Verpflichtung, die Lebensumstände armer Menschen zu verbessern, ausdrücken. Dabei werden die Entwicklungsverantwortung der Entwicklungsländer anerkannt

---

<sup>3</sup> 1995 veranstalteten die *Vereinten Nationen* den ersten „Weltgipfel für soziale Entwicklung“, aus welchem die „Kopenhagener Erklärung“ und das „Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung“ resultierten. Darin wurden unter anderem Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung, Gleichstellung von Männern und Frauen sowie Vollbeschäftigung verabschiedet (vgl. Bauer 2006, S. 1).

<sup>4</sup> Die sieben Entwicklungsziele beinhalten 1. Halbierung der Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben (zwischen 1990 und 2015), 2. Anmeldung in einer Grundschule für alle Kinder bis in das Jahr 2015, 3. Gleichstellung der Geschlechter und Beseitigung der Disparitäten in der Primär- und Sekundarbildung, 4. Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit um zwei Drittel zwischen 1990 und 2015, 5. Verringerung der Müttersterblichkeit um drei Viertel zwischen 1990 und 2015, 6. Zugang zur Gesundheitsversorgung bis 2015 für alle Menschen und 7. Einführung nationaler Strategien zur nachhaltigen Entwicklung (vgl. Gupta 2000).

<sup>5</sup> Der *OECD* gehören 30 Industriestaaten an, welche auf den Aufbau starker und leistungsfähiger Volkswirtschaften, dauerhafte Sicherheit, optimale Wirtschaftsentwicklung, steigende Lebensstandards sowie Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in Entwicklungsländern zielen (vgl. Jäger 2004, S. 97).

und gleichzeitig konkrete Forderungen an die Industriestaaten gestellt. Die daraus entstandene Partnerschaft zwischen reichen und armen Ländern ist in der Geschichte der internationalen Entwicklungspolitik einmalig (vgl. Fukuda-Parr 2003, S. 35f).

### 1.2 Stand der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungszielen

Bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele konnten die *Vereinten Nationen* auf globaler Ebene viele positive Fortschritte verzeichnen. Diese sind jedoch bei weitem nicht einheitlich, weder in allen Regionen noch innerhalb der einzelnen Ziele. Viele Staaten sind auf gutem Wege, zumindest einige der Ziele bis 2015 zu erreichen, andere Länder liegen weit zurück (vgl. Sachs 2005, S. 10f). Insgesamt gehen *UNO*, *Weltbank*<sup>6</sup> und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen Trends davon aus, dass die meisten Millenniumsziele nicht erreicht werden können (vgl. Debiel & Martens 2008, S. 5).

- *MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers*

Nach Schätzungen der *Vereinten Nationen* (vgl. 2008, S. 12) sank die Zahl der Menschen, die in extremer Armut<sup>7</sup> leben von 1,8 Milliarden (1990) auf 1,4 Milliarden im Jahr 2005. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, würde die erste Zielvorgabe im globalen Kontext erreicht werden. Allerdings vergrößert sich die Kluft zwischen Kontinenten und zwischen einzelnen Ländern. Beispielsweise konnte in Ost- und Südasiens die Armut drastisch reduziert und das Ziel bereits 2005 erreicht werden (ebd.). Dagegen verfügt fast die Hälfte der Bevölkerung im subsaharischen Afrika über täglich weniger als einen US-Dollar, weswegen sich die Anzahl der Menschen in absoluter Armut in diesem Kontinent immer noch auf sehr hohem Niveau hält oder sogar angestiegen ist (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 15).

- *MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung*

Zwischen 1999 und 2006 verringerte sich die Zahl der Kinder, die keinen Zugang zur Grundschulbildung hatten, von 103 auf 73 Millionen (vgl. Vereinte Nationen 2008, S. 15). Trotz dieses Fortschrittes wird nach Auffassung der *UNESCO*<sup>8</sup> das zweite Ziel verfehlt werden. Die Organisation geht zwar davon aus, dass Lateinamerika, Nordafrika, Ostasien und

---

<sup>6</sup> Die *Weltbank* ist eine Sonderorganisation der *UNO*, welche hauptsächlich Entwicklungsländer durch Finanzhilfen, Kredite und Beratung unterstützt (vgl. Willke 2006, S. 116).

<sup>7</sup> Nach der Definition der *Weltbank* leben Menschen in extremer/absoluter Armut, wenn sie täglich weniger als einen US\$ zur Verfügung haben (vgl. Jäger 2004, S. 12).

<sup>8</sup> Die *UNESCO* ist eine Sonderorganisation der *Vereinten Nationen*, welche auf die Bekämpfung des Analphabetismus, Förderung und Verbreitung der allgemeinen Bildung sowie die Unterstützung des internationalen wirtschaftlichen, pädagogischen und kulturellen Austauschs zielt (vgl. Klein & Schubert 2006).

die *GUS*<sup>9</sup> eine allgemeine Grundschulbildung für alle Kinder erreichen, wogegen aber Subsahara-Afrika und Südasien das zweite MDG bis 2015 nicht verwirklichen können (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 17).

- *MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter*

Im Bildungswesen konnte eine Gleichstellung der Geschlechter in der Primar- und Sekundarstufe zwar noch nicht erreicht werden, die Lage der Schülerinnen hat sich aber deutlich verbessert (vgl. Fues 2006, S. 48). So besuchten in Entwicklungsländern im Jahr 1990 pro 100 Jungen noch 87 Mädchen eine Grundschule, wogegen es 2004 schon 94 Mädchen waren (vgl. Ernst 2008, S. 9). Bis 2015 dürfte somit außer in Afrika südlich der Sahara sowie in Süd- und Westasien das Ziel der Geschlechtergleichstellung in der Grundschule ganz oder fast erreicht werden. Im höheren Bildungswesen besteht dagegen weiterhin eine Benachteiligung von Mädchen, weshalb in diesem Sektor die Zielvorgabe nur schwer verwirklichbar ist (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 18).

- *MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit*

Seit der Erhebung der Kindersterblichkeitsdaten starben 2006 nach Angaben der *Vereinten Nationen* (vgl. 2008, S. 23) erstmals weniger als 10 Millionen Kinder vor ihrem fünften Lebensjahr. Es kam somit zwar zu einer Senkung der Kindersterblichkeit, allerdings ist diese zu langsam, um bis 2015 auf ein Drittel zu fallen. Gelingen dürfte die Verwirklichung des Ziels in den Regionen Lateinamerika, Südostasien und Nordafrika. Nach jetzigem Trend werden Süd- und Ostasien zwischen 2020 und 2050 und Afrika südlich der Sahara erst im 22. Jahrhundert das vierte Millenniumsziel erreichen (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 18).

- *MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern*

Die Müttersterblichkeit ist in den meisten Entwicklungsländern immer noch sehr hoch. 2005 starben mehr als 500.000 Frauen während der Schwangerschaft, bei der Entbindung oder sechs Wochen danach. Zwar nahm die Sterblichkeitsrate zwischen 1990 und 2005 um weniger als 1 Prozent pro Jahr ab. Dies liegt aber weit unterhalb des notwendigen Rückgangs von 5,5 Prozent, um das fünfte MDG zu erreichen. Besonders im Subsahara-Afrika mit der höchsten Muttersterblichkeitsrate sind nur minimale Fortschritte zu verzeichnen (vgl. Vereinte Nationen 2008, S. 26f).

---

<sup>9</sup> Der *Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)* gehören die Länder Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland an (vgl. Jäger 2004, S.54).

- *MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten*

In der Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten ist die Bilanz besonders in Afrika alarmierend. Nach Angaben des UN-Aidsprogramms stieg die Zahl der HIV-Infizierten weltweit an. Am höchsten ist die Zahl in Afrika südlich der Sahara, wo fast zwei Drittel aller HIV-Infizierten leben. In Bezug auf Malaria sterben jährlich über eine Million Menschen an dieser Krankheit, wovon 90 Prozent der Erkrankten im subsaharischen Afrika betroffen sind (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 19). Trotz dieser Bilanz konnte zum Beispiel die Anzahl an HIV-Neuinfektionen von 3 Millionen (2001) auf 2,7 Millionen (2007) gesenkt und die Anzahl insektizid-behandelter Moskitonetze weltweit von 30 Millionen (2004) auf 95 Millionen (2007) erhöht werden. Diese Fortschritte sind allerdings zu langsam, um das Millenniumsziel bis 2015 zu verwirklichen (vgl. Vereinte Nationen 2008, S. 30ff).

- *MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit*

Das siebte Millenniumsziel dürfte nur schwer erreichbar sein. Noch immer besteht eine mangelhafte Versorgung mit sanitären Einrichtungen und die Lebensbedingungen der Slumbewohner/innen verbesserten sich nicht wesentlich. Daneben werden in vielen Entwicklungsregionen die natürlichen Ressourcen zunehmend ausgebeutet und alle Entwicklungsländer waren in den letzten Jahren schweren Umweltbelastungen ausgesetzt (vgl. Bauer 2006, S. 5f). Global betrachtet dürfte es jedoch gelingen, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015 zu halbieren. Südasien verwirklichte dies bereits und mehrere afrikanische Länder (u.a. Angola und Tansania) können das Ziel erreichen, der Subkontinent insgesamt aber nicht (vgl. Casel & Hambrink 2005, S. 20).

- *MDG 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft*

Ob das achte Millenniumsziel verwirklicht werden kann, ist fraglich. Innerhalb von zwei Jahren reduzierten sich die Entwicklungshilfeszahlungen von 107 Milliarden Dollar (2005) auf 103 Milliarden Dollar (2007), weswegen sie deutlich unter der Zielvorgabe liegen. Der Exportanteil der Entwicklungsländer mit freiem Marktzugang hat sich kaum verändert oder ging sogar zurück. Zudem ist der Zugang zu Arzneimitteln in armen Ländern durch die schlechte Verfügbarkeit und hohe Preise weiterhin eingeschränkt. Trotz alledem sind zwei positive Entwicklungen zu verzeichnen. Im Jahr 2008 erfüllten 33 der 41 hoch verschuldeten Länder die Voraussetzungen für eine Schuldenerleichterung und im Bereich der Kommunikationstechnologie stieg die Zahl der Festnetz- und Mobiltelefonanschlüsse zwischen 1990 und 2006 von 530 Millionen auf mehr als 4 Milliarden (vgl. Vereinte Nationen 2008, S. 46ff).



### 1.3 Schwierigkeiten in der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele

Die unzureichenden Fortschritte einiger Länder bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele haben vielfältige Ursachen. Diese variieren je nach Region und deren Entwicklungspotenzial, Bezüge zur Weltwirtschaft sowie Regierungsführung (vgl. BMZ 2005, S. 39). Es gibt daher keine allgemeingültige Erklärung, warum die Ziele in manchen Ländern erreicht werden und in anderen nicht. Jedoch lassen sich nach Auffassung des Leiters des UN-Millenniumsprojektes Jeffrey D. Sachs<sup>10</sup> (vgl. 2005, S. 19) mehrere Faktoren für die Nichterreichung der MDGs feststellen.

Als ersten einschränkenden Entwicklungsfaktor können Krisen, Konflikte, Bürgerkriege und Staatszerfall genannt werden. In Ländern im subsaharischen Afrika, welche im Vergleich zu anderen Regionen bei der Umsetzung der Millenniumsziele am schlechtesten abgeschnitten haben, fanden beispielsweise in den 1990er Jahre 28 Kriege und neun bewaffnete Konflikte statt (vgl. BMZ 2005, S. 39). Hinzu kommt eine schlechte Regierungsführung, die von Korruption, schlechter wirtschaftspolitischer Entscheidungen sowie Verstöße gegen die Menschenrechte gekennzeichnet ist (vgl. Sachs 2005, S. 19).

Fehlender politischer Wille sowohl von Industriestaaten wie auch von Entwicklungsländern stellt den zweiten einschränkenden Faktor dar. Bei der Umsetzung der Millenniumsziele waren die reichen Staaten bisher weder zu Zugeständnissen in der internationalen Handelspolitik bereit, noch haben sie ihre Anteile an den notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verwirklichung der Ziele bereitgestellt. Regierungen vieler Entwicklungsländer richteten ihre Politik nicht konsequent auf die Überwindung sozialer Ungleichheiten, die Mobilisierung heimischer Ressourcen sowie die Armutsbekämpfung aus (vgl. Debiel & Martens 2008, S. 11).

Als letzten Faktor nennt *Sachs* (vgl. 2005, S. 17) die „Armutsfalle“, in der die meisten Dörfer und Regionen feststecken. Ohne Geld können sie weder ein Krankenhaus, eine Schule noch ein Transportunternehmen finanzieren. Ohne Elektrizität oder Zugang zu Brennstoffen können keine Maschinen zur Bewässerung und Nahrungsmittelverarbeitung sowie Computer betrieben werden. Die Dorfbewohner verdienen außerdem nicht genug Geld, um einen Teil ihres Einkommens sparen zu können. Da es an der Infrastruktur und qualifizierten

---

<sup>10</sup> Jeffrey D. Sachs ist Ökonom, UN-Berater und Direktor des *Earth Institutes* an der Columbia-Universität New York. Zuvor lehrte er 20 Jahre an der Harvard-Universität und wurde 2002 zum Sonderberater für Entwicklungspolitik ernannt (vgl. Piper 2008, S. 1).

Arbeitskräften mangelt, entsteht bei privaten Investoren keinen Anreiz sich in einer armen Region niederzulassen. Junge gebildete Dorfbewohner ziehen in Städte oder verlassen das Land (ebd.).

Manche dieser Faktoren treten gemeinsam auf, wodurch eine Lösung einzelner Probleme erschwert wird (ebd.). Um dies zu beheben und die Millenniumsziele bis 2015 verwirklichen zu können, fordert der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2003* auf globaler Ebene einen dringend notwendigen Kurswechsel. Die Politik muss die Aufmerksamkeit mehr auf die Länder richten, die mit den größten Entwicklungsherausforderungen konfrontiert sind. Für die Erreichung der MDGs müssen diese Staaten in den Bereichen wie Regierungsführung, Bildung, Marktzugang, Infrastruktur und Gesundheit gewisse Mindeststandards erfüllen (vgl. Fukuda-Parr 2003, S. 5). Erst wenn diese Standards vorhanden sind, können sich arme Länder an der internationalen Arbeitsteilung beteiligen, ihr Wirtschaftswachstum fördern, den Lebensstandard erhöhen und das Technologieverständnis steigern (vgl. Sachs 2005, S. 15).

## 2 Millenniums-Entwicklungsziele in Bezug auf Namibia

Afrika südlich der Sahara ist derzeit die Region, die bei der Verwirklichung der Millenniumsziele am meisten auf der Strecke bleibt. Ob dies für Namibia ebenso zutrifft und wie die acht MDGs in dem Land umgesetzt werden, wird in diesem Abschnitt im Anschluss an die Präsentation der landesspezifischen Gegebenheiten erörtert.

### 2.1 Landesspezifische Gegebenheiten Namibias



Abb. 2: Namibia (BMZ 2009a).

Stefan Loose (vgl. 2007, S. 8) beschreibt in seinem Reiseführer Namibia als ein Land unendlicher Weite, Zeitlosigkeit und Afrika pur. Das Land an der atlantischen Südwestküste Afrikas (siehe Abbildung 2) leitet seinen Namen von der Namib-Wüste ab. Sie befindet sich an der namibischen Westküste und ist die älteste und eine der trockensten Wüsten der Welt (a.a.O., S. 8ff).

In Namibia (Hauptstadt Windhoek) leben heute etwa zwei Millionen Menschen, wovon fast 40 Prozent der Einwohner/innen unter 15 Jahren sind (vgl. BMZ 2009a). Dies entspricht

gerade einmal der Einwohnerzahl von Hamburg, wogegen das Land mit ca. 824.000 km<sup>2</sup> fast die Fläche von Frankreich und Deutschland zusammen erreicht. Viele der Einwohner/innen sind erst seit wenigen Generationen in Namibia. Die hauptsächlich europäischen und südafrikanischen Einwanderer/innen wollten vom wirtschaftlichen Reichtum des Landes profitieren. Ein Großteil kam, als Namibia in der Kolonialzeit zwischen 1884 und 1914 zum „Schutzgebiet Deutsch-Südafrika“ gehörte und nach dem Ersten Weltkrieg, als das Land von Südafrika regiert wurde (vgl. Schicho 1999, S. 170). So leben gegenwärtig neben einer Vielzahl an afrikanischen Völkergruppen, wie u.a. den Sans, Ovambos und Hereros auch 100.000 weiße Einwohner/innen (vgl. Loose 2007, S. 132). 1990 erhielt Namibia die Unabhängigkeit und seitdem besteht das vorherrschende Staatsprinzip aus einer stabilen Demokratie (vgl. Melber 2005, S. 209).

Die typischen Merkmale einer nachkolonialen Gesellschaft spiegeln sich in der Wirtschafts- und Sozialstruktur wieder (ebd.). Der wirtschaftliche Reichtum basiert auf Bergbau (u.a. Diamanten und Uran), Landwirtschaft (hauptsächlich Viehzucht), Fischerei und Tourismus. Im Jahr 2003 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen 1.870 US\$. Seit den 1990er Jahre wächst die Wirtschaft um ungefähr 3,5 Prozent, was 1 Prozent mehr als das Bevölkerungswachstum ausmacht. Dies genügt aber nicht, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut zu beseitigen (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 33). Denn obwohl das Land eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen Afrikas besitzt, leben mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in extremer Armut. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist nirgendwo anders so groß wie in Namibia (vgl. Engelhardt 2009, S. 6). Es bestehen daher besonders in der Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums große Diskrepanzen (vgl. Melber 2005, S. 210).

### **2.2 Stand der Millenniums-Entwicklungsziele in Namibia**

Um die sozialen Probleme Namibias zu beseitigen und das Land in eine wohlhabende Gesellschaft zu führen, entwickelte die Regierung den Entwicklungsplan „Vision 2030“<sup>11</sup>. Diese Strategie sowie die Millenniums-Entwicklungsziele fordern die namibische Regierung heraus, insbesondere durch die extremen Ungleichheiten in der Verteilung des Reichtums und durch die rasante Ausbreitung von HIV/Aids. Im Folgenden werden die sozialen Schwierigkeiten Namibias auf die acht Millenniumsziele bezogen und der aktuelle Stand sowie deren Umsetzung in diesem Land aufgezeigt (vgl. NPC 2008, S. 10).

---

<sup>11</sup> In der „Vision 2030“ steht an oberster Stelle die Armutsbekämpfung. Dabei versucht die Regierung, die Ausbildung zu verbessern, die Gesundheitsversorgung zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Durch diese Vorgaben soll Namibia im Jahr 2030 den Lebensstandard eines Industrielandes erreichen (vgl. BMZ 2009b).

- *MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers*

In Namibia geben über 90 Prozent der armen Bevölkerung zusammen genauso viel aus wie die restliche reiche Bevölkerung. Unter den Reichen sind viele Weiße, wogegen die Armut hauptsächlich unter der ländlichen schwarzen Bevölkerung groß ist. Die rasante Ausbreitung von HIV/Aids sowie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit von 40 Prozent verstärken den Verarmungsgrad bestimmter Bevölkerungsgruppen (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 33). Trotz alledem lassen sich einige Fortschritte verzeichnen. Die Anzahl armer Haushalte<sup>12</sup> konnte von 38 Prozent (1994) auf 28 Prozent (2004) reduziert werden und im selben Zeitraum sank die Zahl extrem armer Haushalte<sup>13</sup> von 9 Prozent auf 4 Prozent. Der Gini-Index<sup>14</sup> reduzierte sich von 0,7 (1994) auf 0,6 im Jahr 2004. Trotz dieses Fortschrittes ist der Index in Namibia einer der höchsten in der Welt (vgl. NANGOF 2007, S. 3).

- *MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung*

Namibia dürfte die Verwirklichung einer allgemeinen Grundschulbildung für alle Kinder bis 2015 erreichen. 1992 besuchten 89 Prozent der Kinder eine Grundschule, wogegen sich die Anzahl im Jahr 2004 auf 95 Prozent erhöhte (vgl. NANGOF 2007, S. 3f). Jedoch bestehen starke regionale Unterschiede in der Einschulungsrate und den Schulbesuchen. In manchen ländlichen Gebieten geht nur die Hälfte der Kinder zur Schule. Zusätzlich zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Schulausstattung und Qualifikation der Lehrer/innen (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 34).

- *MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter*

Im Bildungsbereich hat Namibia die größten Erfolge auf dem Weg zur Chancengleichheit von Frauen. So ist in der Sekundarschule sowie in der Alphabetisierungsrate der Anteil von Mädchen größer als der der Jungen und an den Hochschulen steigt die Frauenquote. Dennoch haben Namibierinnen nur geringe Chancen auf leitende Positionen und verdienen nur 51 Prozent dessen, was Männer erhalten. Schwer erfassbar ist die kulturell bedingte Diskriminierung von namibischen Frauen. Fast die Hälfte der Männer findet es gerechtfertigt, Frauen bei einer Ablehnung von Sex zu schlagen (ebd.). Dadurch ist die Gewalt gegen Frauen

---

<sup>12</sup> Arme Haushalte geben mehr als 60 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus (vgl. NANGOF 2007, S. 3).

<sup>13</sup> Extrem arme Haushalte geben mehr als 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus (vgl. NANGOF 2007, S. 3).

<sup>14</sup> Der Gini-Index ist ein internationaler Indikator zur Messung der Ungleichheiten in der Einkommensverteilung. Je stärker er vom Gleichgewichtsverteilungswert Null gegen Eins tendiert, desto größer ist die Kluft zwischen Arm und Reich (vgl. Messner 2001).

weiterhin hoch. So besitzt Namibia nach einer Studie der *UNO* von 53 Ländern die dritthöchste Vergewaltigungsrate (vgl. NANGOF 2007, S. 4).

- *MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit*

In der Senkung der Kindersterblichkeit zeigt sich in Namibia ein erster Erfolg. 1992 starben von 1.000 geborenen Kindern 67 Kinder vor ihrem fünften Lebensjahr, wogegen sich die Zahl 2006 auf 36 Todesfälle reduzierte. Trotz des Erfolges bestehen zwei schwerwiegende Probleme. Zum Einen ist die Zahl unterernährter Kleinkinder weiterhin hoch. Fast ein Fünftel der Kinder unter fünf Jahren waren in Namibia 2006 untergewichtig (a.a.O., S. 5). Zum Anderen besteht eine hohe HIV-Übertragung von Müttern auf ihre Babys. Mit Medikamenten könnte diese Übertragung vermieden werden, jedoch erhalten bisher nur wenige Frauen eine solche Behandlung. Das vierte Millenniumsziel dürfte daher nur schwer erreicht werden (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 34f).

- *MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern*

Die Müttersterblichkeitsrate ist seit den 1990er Jahren in Namibia angestiegen. Gegenwärtig sterben von 100.000 Müttern bei der Geburt des Kindes 450 Frauen. Es dürfte folglich kaum gelingen, die Zielvorgabe bis 2015 zu erreichen (vgl. NPC 2008, S. 11). Ein Grund dafür ist, dass jede fünfte werdende Mutter durch eine HIV-Infektion geschwächt ist (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 35). Hinzu kommt eine hohe Anzahl an Teenagerschwangerschaften, welche 15 Prozent (2008) aller Schwangerschaften ausmacht. Aber es sind auch einige Fortschritte zu verzeichnen. Beispielsweise stieg die Benutzung von Verhütungsmitteln bei verheirateten Frauen von 38 (2000) auf 47 Prozent (2008) und die Schwangerschaftsvorsorge stieg auf 70 Prozent im Jahr 2008 (vgl. NPC 2008, S. 11).

- *MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten*

Vor den größten Herausforderungen steht Namibia bei der Verwirklichung des sechsten MDGs. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird durch die HIV/Aids-Pandemie immer stärker eingeschränkt. So werden unter anderem durch die Betreuung von HIV-Erkrankten zunehmend Familien und Gemeinden belastet (vgl. NANGOF 2007, S. 5f). Zusätzlich verminderte sich die Lebenserwartung von 59 Jahre (1991) auf 48 Jahre (2001). Seit den 1990er Jahre ist Aids die Haupttodesursache in Namibia (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 35). Positiv zu vermerken ist allerdings, dass sich die Anzahl HIV/Aids-Erkrankter von 22 Prozent (2002) auf 20 Prozent (2004) reduzierte (vgl. NANGOF 2007, S. 6). In Bezug auf Malaria lebt fast die Hälfte der Bevölkerung in Malaria-gefährdeten Gebieten. Für Kinder

unter fünf Jahren zählt die Krankheit als häufigste Todesursache (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 35). Durch große Malariakampagnen konnte die Infektionsrate jedoch verringert werden, welche 2008 bei 48 Erkrankungen pro 1.000 Bewohner/innen lag (vgl. NPC 2008, S. 11).

- *MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit*

Als einziges Millenniumsziel verwirklichte Namibia bereits die Halbierung der Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. 1990 hatten 43 Prozent der ländlichen Bevölkerung einen Wasserzugang, wogegen im Jahr 2001 bereits 80 Prozent einen Zugang zu sauberem Wasser erhielten. Allerdings bestehen große regionale Unterschiede. So besitzen im Vergleich zur ländlichen Bevölkerung schon 98 Prozent der Stadtbewohner/innen einen Zugang zu Trinkwasser. Die Abwasserentsorgung befindet sich dagegen in einem wesentlich schlechteren Zustand (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 36). Nur 14 Prozent der ländlichen Bewohner/innen und 58 Prozent der Stadtbewohner/innen verfügen über eine grundlegende sanitäre Einrichtung. Aus diesem Grund dürfte die Halbierung der Anzahl an Menschen ohne sanitäre Entsorgung bis 2015 nicht erreicht werden (vgl. NPC 2008, S. 12).

- *MDG 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft*

Durch das relativ hohe Pro-Kopf-Einkommen stuften die *Vereinten Nationen* Namibia als ein unteres Mitteleinkommensland ein. Dies hatte zur Folge, dass die jährlichen Hilfezahlungen pro Kopf der Bevölkerung von 130 US\$ (1992) auf 60 US\$ (2003) reduziert wurden (vgl. NANGOF 2007, S. 6). Die bestehenden sozialen Probleme des Landes wurden hierbei außer Acht gelassen. Angesichts der kolonialgeschichtlichen Vergangenheit zählt Deutschland zu dem größten bilateralen Geber. Insgesamt erhielt Namibia 2002 ungefähr 135 Millionen Dollar Hilfe. Zur positiven Entwicklung gehört, dass Namibia viele ausländische Investoren in der Textil-, Leder und Diamantenverarbeitung gewinnen konnte. Allerdings beziehen diese die lokale Wirtschaft nur selten mit ein (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 36).

### **3 Zusammenfassung**

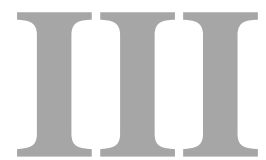
Auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 entwickelten die *Vereinten Nationen* acht Entwicklungsziele, welche im Besonderen der Armutsbekämpfung, Friedenssicherung sowie dem Umweltschutz dienen. Durch die hohe Anzahl zustimmender Akteure sowie dem messbaren und zeitlich festgelegten Rahmen sind die Ziele ehrgeiziger, umfassender und konkreter als je zuvor in der Geschichte der internationalen Entwicklungspolitik. Trotz alledem kann nach gegenwärtigem Trend auf globaler Ebene kaum ein Ziel bis 2015

umgesetzt werden. Die Umsetzung der einzelnen Ziele hängt jedoch stark von der jeweiligen Region ab. Die extreme Beispielsregion ist Afrika südlich der Sahara, welche am weitesten von der Zielumsetzung entfernt ist. Krisen, Kriege, Armut, eine schlechte Regierungsführung sowie fehlender politischer Wille behindern in vielen Ländern die Verwirklichung der Millenniumsziele.

In dem südwestafrikanischen Namibia ist die Situation ähnlich. Trotz einer stabilen Demokratie leben mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in absoluter Armut. Besonders durch die rasante Ausbreitung von HIV/Aids, extremen Diskrepanzen in der Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums, bestehende kulturelle Diskriminierung von Frauen, hohe Kinder- und Müttersterblichkeitsrate sowie schlechte sanitäre Versorgung können die meisten Millenniums-Entwicklungsziel in Namibia bis 2015 nicht verwirklicht werden.

Angesichts dieser schlechten Bilanz müssen sowohl die Industriestaaten wie auch die Entwicklungsländer große Anstrengungen auf sich nehmen, um die Millenniumsziele zu erreichen. Dazu sollten die Länder mit den größten Entwicklungsherausforderungen intensiver unterstützt werden und die Entwicklungsländer in den Bereichen wie Regierungsführung, Bildung, Marktzugang, Infrastruktur und Gesundheit gewisse Mindeststandards erfüllen.

Falls die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 nicht erreicht werden, nehme ich an, dass für die *Vereinten Nationen* ein Verlust der Glaubwürdigkeit und Legitimation droht. Dies könnte für die Weltorganisation ein schwerer Rückschlag in der Weltöffentlichkeit darstellen. Besonders für Afrika südlich der Sahara müsste die *UNO* neue Strategien entwickeln, um die Millenniumsziele dort in den nächsten Jahren umsetzen zu können. In Bezug auf Namibia wären meiner Ansicht nach besonders Strategien zur Reduzierung der extremen Kluft zwischen Arm und Reich sowie der Verringerung der absoluten Armut von großer Bedeutung. Eine Möglichkeit wäre hierbei der Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens, worauf das folgende Kapitel eingeht.



## **Bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia am Beispiel des BIG-Pilotprojektes**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger/innen, unabhängig von der Bedürftigkeit und Arbeitsbereitschaft, wird in Deutschland und anderen europäischen Staaten innerhalb von Parteien und verschiedenen Gruppen kontrovers diskutiert. Dagegen ist Namibia bereits ein Schritt weiter. In diesem Land testet gegenwärtig eine Kampagne das Modell in einem Pilotprojekt. Die folgenden zwei Abschnitte erläutern diesen Ansatz in Namibia und nehmen Bezug zum Projekt. Abschließend findet eine kritische Betrachtung des Themas statt.



## **1 Bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia**

Das Kapitel ist in fünf Abschnitte untergliedert. Zunächst wird das Modell im Allgemeinen erläutert und darauffolgend die Kampagne, die sich für die Umsetzung des Grundeinkommens in Namibia einsetzt. Die zwei anschließenden Teile gehen auf die Begründung sowie Auswirkung dieser Art von Grundsicherung ein. Der Abschnitt endet mit einer Kostenkalkulation sowie der Finanzierung eines Grundeinkommens in Namibia.

### **1.1 Modellbeschreibung des bedingungslosen Grundeinkommens**

Ähnlich wie in der Sozialhilfe zahlt bei einem bedingungslosen Grundeinkommen der Staat eine regelmäßige Geldleistung ohne vorausgegangene Beitragsleistung seinen Bürger/innen aus. Jedoch unterscheidet sich ein Grundeinkommen in drei wichtigen Punkten. Sozialhilfeleistungen sind ausschließlich den Armen vorbehalten (Bedürftigkeitsprüfung), an die Arbeitsbereitschaft gekoppelt und die familiäre Situation der Anspruchsberechtigten wird geprüft (vgl. Parijs & Vanderborght 2005, S. 13). Im Gegensatz dazu erhalten bei einem Grundeinkommen alle Bewohner/innen der Gemeinschaft ohne Bedingungen einen Mindestbetrag. Drei Prinzipien charakterisieren dabei diese Idee: Unabhängigkeit von Unterhaltsbeziehungen und Bedürftigkeitsprüfungen sowie die Freiheit von Arbeitszwängen. Somit gewährt der Staat mit einem Grundeinkommen jedem Bürger und jeder Bürgerin ein zusätzliches Einkommen, ohne dabei Rücksicht auf die Haushaltsform, die Einkommenslage und Erwerbssituation zu nehmen (vgl. Lessenich 2009, S. 17).

Die Einführung einer solchen finanziellen Transferleistung stellt in Europa immer noch ein Utopie-Gedanke dar. Besonders politisch extreme Gruppen befürworten diesen Ansatz, da sie darin u.a. einen Weg aus der Arbeitslosigkeit und der „Misere des Sozialstaates“ sehen. In Ländern wie im afrikanischen Sambia und Namibia wird dagegen ein Grundeinkommen zunehmend als Alternative zur klassischen Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen (vgl. Götze 2008a). So startete in Sambia 2005 ein Transfer-Projekt, in dem ausgewählte Familien in dem Bezirk Kalomo ohne jede Auflage sieben US\$ im Monat erhalten (vgl. Götze 2008b). In einem zweijährigen Pilotprojekt in der namibischen Gemeinde Otjivero-Omitara bekommen seit 2008 alle registrierten Einwohner/innen jeden Monat ein Grundeinkommen von 100 N\$ (ca. 10 €) (siehe Kapitel III.2) (vgl. Pfeiffer 2008).

Das Niveau des Grundeinkommens in Afrika unterscheidet sich jedoch erheblich von den europäischen Vorstellungen. In Deutschland wird beispielsweise über eine monatliche

Summe von 600 bis 1.000 Euro gestritten. Mit dieser Summe wäre die Grundversorgung der Bevölkerung gewährleistet. Dagegen handelt es sich im südlichen Afrika um einen Geldbetrag, womit gerade einmal eine zweite oder dritte Mahlzeit am Tag finanziert werden kann. Aus diesem Grund bezeichnet die Entwicklungszusammenarbeit ein Grundeinkommen dort als ein sogenannten „Social Cash Transfer“. Dadurch reduziert sich der Anspruch an die Regierung, nicht die gesamte Grundversorgung der Bevölkerung sichern zu müssen (vgl. Götze 2008b).

## 1.2 BIG-Koalition in Namibia

Angesichts der extremen Armut und der weltweit höchsten Einkommensungleichheit Namibias präsentierte im Jahr 2002 die von der Regierung berufene *Namibische Steuervereinigung* (NAMTAX) eine Vorlage für die Einführung eines Grundeinkommens (vgl. Haarmann & Haarmann 2007, S. 238). Diese Vorlage übernahm die *Evangelisch Lutherische Kirche in Namibia* (ELCRN) und organisierte im November 2004 eine internationale Konferenz, an der verschiedene Interessengruppen aus Regierung, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurde die Gründung einer BIG-Koalition (ausgeschrieben: Basic Income Grant-Koalition) beschlossen, welche im April 2005 offiziell mit ihrer Arbeit begann (vgl. Haarmann & Haarmann 2005, S. 17).

In der BIG-Koalition ist der *Kirchenrat Namibias* (CCN), der *Dachverband der Aidshilfe-Organisationen* (NANASO), der *Dachverband der Nichtregierungsorganisationen* (NANGOF), die *juristische Bürgerberatung* (LAC) sowie der *Nationale Gewerkschaftsbund* (NUNW) und das *Labour Resource and Research Institute* (LaRRI) vertreten (vgl. Pfeiffer 2008). Im Jahr 2009 schloss sich der *Nationale Jugendrat* (NYC) als ein weiteres Mitglied der Koalition an (vgl. Allgemeine Zeitung 2009). Die Kampagnenzentrale ist die *Abteilung für Soziale Entwicklung* (DfSD) in der *ELCRN*, welche von den Entwicklungsexperten Dr. Claudia Haarmann und Dr. Dirk Haarmann geleitet wird (vgl. Pfeiffer 2008).

Aus der BIG-Koalition resultiert ein Zusammenschluss aus den wichtigsten Organisationen der namibischen Zivilgesellschaft und stellt das größte Bündnis gegen die Armut in Namibia seit der Unabhängigkeit dar. Nach Angaben der Koalitionsleitung Claudia Haarmann und Dirk Haarmann (vgl. 2007, S. 239) sucht die BIG-Kampagne seit ihrer Gründung immer wieder den Dialog mit der Regierung und anderen zuständigen Institutionen, um ein Grundeinkommen in Namibia umzusetzen. Allerdings äußerte sich die Regierung bislang zurückhaltend bis kritisch in Bezug auf die Einführung eines sozialen Geldtransfers (ebd.).

### 1.3 Begründung eines Grundeinkommens in Namibia

In Namibia müssen noch immer über zwei Drittel der Bevölkerung mit weniger als einem US\$ am Tag leben (vgl. Krahe 2009, S. 49). Für das tägliche Überleben verbringt die arme Bevölkerung viele Stunden mit der Besorgung von Wasser und Feuerholz sowie dem Auftreiben von Nahrung. Diese zum Überleben notwendigen Aufgaben verhindern, dass Zeit, Arbeit und andere Ressourcen für produktive wirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden. In Folge dessen wird die Verwirklichung einer guten Ausbildung und somit das Erlangen zukünftiger gut qualifizierter Namibier erschwert. Die HIV/Aids-Epidemie und die dadurch wachsende Zahl an Aidswaisen sowie die Mangelernährung bei Kindern verstärken die Armutsfalle, in denen die meisten namibischen Dörfer feststecken (vgl. Haarmann & Haarmann 2007, S. 248f).

Um der Armutsfalle zu entkommen und die Armut effektiv zu bekämpfen, sprechen mittlerweile die meisten Entwicklungsexperten/innen der sozialen Grundsicherung eine wesentliche Rolle zu. Denn eine solche Grundsicherung kann neben der akuten Armutsbekämpfung das wirtschaftliche Wachstum fördern und somit die Armut auf langfristige Weise bekämpfen. Begründet wird dies damit, dass mit einem bedingungslosen Geldtransfer die Bereitschaft und Fähigkeit fast aller Bevölkerungsschichten steigt, in Sach- und Humankapital zu investieren (vgl. Pfeiffer 2008).

Claudia und Dirk *Haarmann* sehen in dem Grundeinkommen den einzigen Weg für Namibia aus der Armut (vgl. Krahe 2009, S. 49). Nach ihrer Begründung erhöhen sich durch die finanzielle Transferleistung die Investitionen der Menschen, die Unterernährung geht zurück und mehr Kinder können zur Schule gehen (vgl. Götze 2008a). Zudem würde laut Birgit *Pfeiffer* (vgl. 2008) dieser Ansatz gegenüber der bedarfsabhängigen Sozialhilfe kostengünstiger und im Vergleich zu Notmaßnahmen, die sozioökonomische Katastrophen abfedern sollen, effizienter sein. Die Menschenrechtsorganisation *FIAN e.V.*<sup>15</sup> sieht ein Grundeinkommen als eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit. Sie begründet dies mit dem Völkerrecht der *Vereinten Nationen*, nach dem jedem Menschen das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard zusteht. Durch einen sozialen Geldtransfer kann zumindest die Nahrung gesichert und somit ein gewisser Lebensstandard geboten werden (vgl. Götze 2008a).

---

<sup>15</sup> *FIAN e.V.* wurde 1986 gegründet und setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass jeder Mensch frei von Hunger leben und sich eigenverantwortlich ernähren kann. Die Organisation besitzt Beratungsstatus der *UNO* (vgl. *FIAN-Deutschland e.V.*).

## 1.4 Auswirkungen des Grundeinkommens in Namibia

Wie sich die Einführung eines Grundeinkommens in Namibia in Bezug auf die extreme Armut und die großen Ungleichheiten in der Einkommensverteilung auswirken würde, versuchen Claudia und Dirk *Haarmann* (vgl. 2007, S. 242ff) anhand der folgenden zwei Abbildungen zu verdeutlichen.

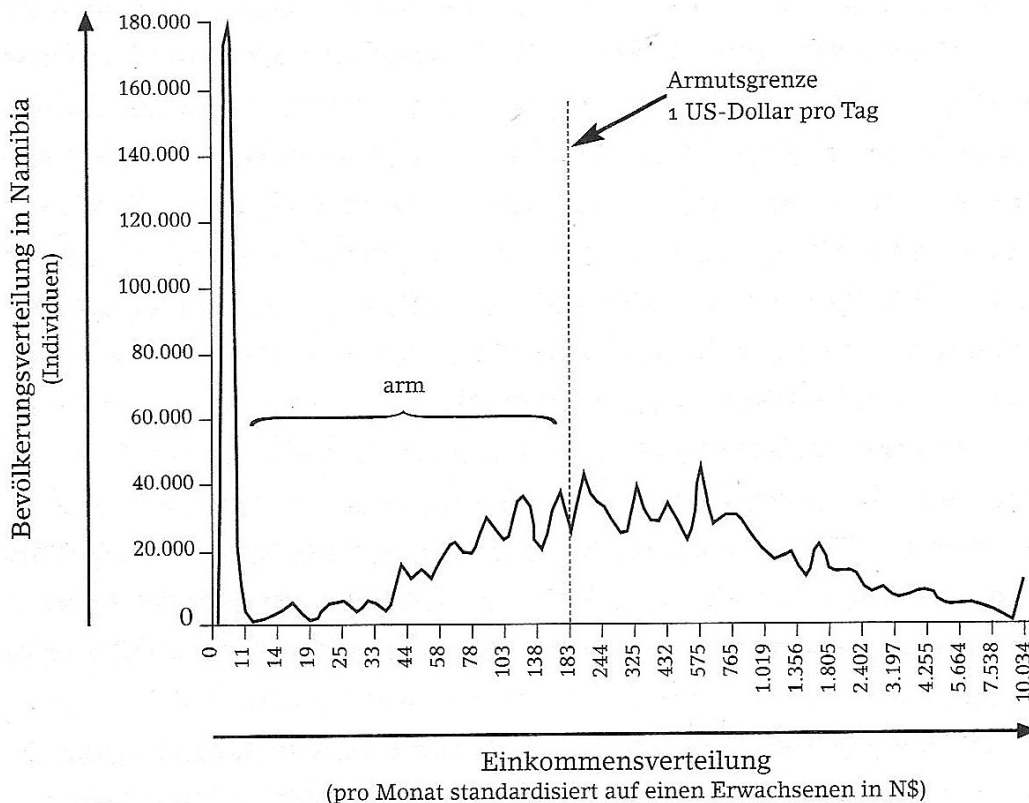


Abb. 3: Zusammenfassung der Einkommensverteilung in Namibia 2004 (Haarmann & Haarmann 2007, S. 242).

Dieses Mikrosimulationsmodell stellt die Einkommensverteilung der gesamten namibischen Bevölkerung im Jahr 2004 dar. Dabei gibt die x-Achse das monatliche Einkommen und die y-Achse die Gesamtzahl der Menschen für das entsprechende Einkommen an. Die Mittellinie visualisiert die international verwendete Richtlinie des Existenzminimums von einem US\$ pro Tag. Nach diesem Modell verfügen bis zu 180.000 Haushalte über praktisch kein Einkommen, wogegen die reichsten Haushalte über ein Monatseinkommen von durchschnittlich 10.000 N\$ verfügen. Mit dieser Abbildung werden die extremen Ungleichheiten in der Verteilung des Einkommens deutlich sichtbar (ebd.).

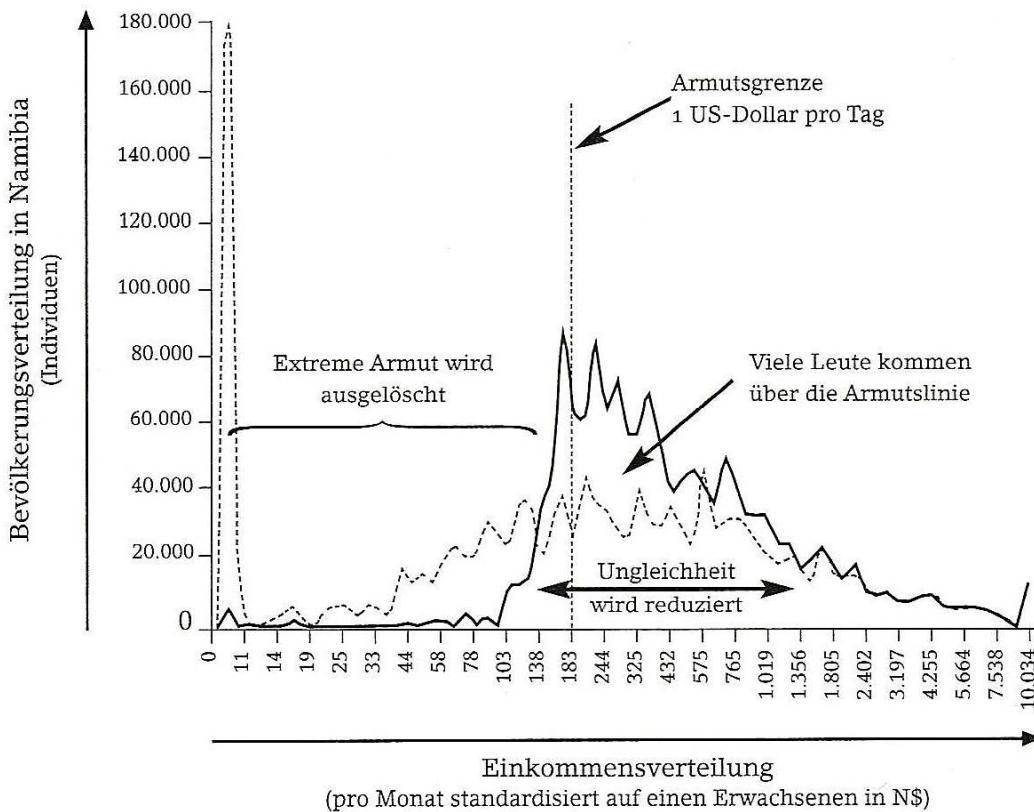


Abb. 4: Auswirkung eines Grundeinkommens auf die Einkommensverteilung Namibias im Vergleich zur gegenwärtigen Verteilung (gestrichelte Linie) (Haarmann & Haarmann 2007, S. 250).

In der vierten Abbildung sind die Auswirkungen eines Grundeinkommens aufgeführt, bei der jede/r namibische Staatsbürger/in bis zum Renteneintritt monatlich 100 N\$ erhält. Dieses Modell basiert auf der Annahme, dass das Geld von den Bewohnern/innen der reichsten 40 Prozent der Haushalte steuerneutral wieder in den Staatshaushalt zurückgeführt wird. Nach der Abbildung würde ein Grundeinkommen die extreme Armut effektiv beseitigen. Im Vergleich zu Abbildung 3 wird sichtbar, dass ein sozialer Geldtransfer die Ungleichheit verringern und die Kluft zwischen Arm und Reich reduzieren könnte. Viele Menschen würden dadurch der Armut entkommen und erhielten ein Einkommen über dem Existenzminimum (ebd.).

### 1.5 Kosten und Finanzierung eines Grundeinkommens in Namibia

Bei der Einführung eines Grundeinkommens in Namibia würden von den 2,1 Millionen Bewohner/innen (2009) nach der Berechnung der BIG-Koalition 1,9 Millionen Menschen den Geldtransfer erhalten. Diese Differenz entsteht dadurch, dass bereits 150.000 Personen eine staatliche Rente erhalten (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 83). Sie liegt bei monatlich 370 N\$ für jede/n Namibier/in ab dem 60. Lebensjahr (vgl. Pfeiffer 2008). Die Rente finanziert der Staat, weshalb diese Kosten in der BIG-Berechnung außer Acht gelassen

werden. Bei einer monatlichen Unterstützung in Höhe von 100 N\$ betragen die jährlichen Bruttokosten des Grundeinkommens 2,3 Milliarden N\$ (12 Monate x 100 N\$ x 1,9 Millionen Empfänger/innen) (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 83f).

Allerdings stellen die Bruttokosten nicht den realen Kostenwert des BIGs dar (ebd.). Vom wirtschafts- und finanzpolitischen Standpunkt aus betrachtet, sind von der Regierung die Nettokosten aufzubringen. Diese Kosten variieren je nachdem, wie das Grundeinkommen finanziert wird (vgl. Haarmann & Haarmann 2007, S. 240). Nach Sicht von Claudia und Dirk Haarmann (vgl. 2005, S. 15) gibt es drei Finanzierungsmöglichkeiten, welche miteinander kombiniert werden können. Die erste Finanzierungsquelle stellt eine Umstrukturierung des staatlichen Ausgabenbudgets dar. Eine Erhöhung der Einkommenssteuer beinhaltet der zweite Weg. Dadurch werden die Kosten des Grundeinkommens hauptsächlich von einkommensstarken Bewohnern getragen. Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit stellt die Anhebung der Mehrwertsteuer um 6,5 Prozent dar. Hierbei können besonders die Steuern auf Luxusartikel, wie Autos, Tabak und Alkohol, erhöht werden. Folglich müssen die Menschen zwar mehr für ihre Einkäufe ausgeben, erhalten aber andererseits durch das BIG ein zusätzliches Einkommen (ebd.).

Je nach Finanzierungsweg resultiert nach Angaben der *NAMTAX* und des *Instituts für Wirtschaftspolitik und Forschung* (EPRI) ein jährlicher Nettobetrag zwischen 0,8 und 1,4 Milliarden N\$. Diese geschätzten Kosten machen zwischen 2,2 und 3,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus (vgl. Pfeiffer 2008). Die BIG-Koalition rechnet mit jährlichen Nettokosten zwischen 1,2 und 1,6 Milliarden N\$. Dabei liegt die Höhe des Bruttoinlandsprodukt bei 2,2 bis 3 Prozent (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 84). Wenn beispielsweise das Grundeinkommen durch eine gleichzeitige Anpassung der Einkommenssteuer finanziert wird, entstehen die Nettokosten folgendermaßen: Von den 1,9 Millionen namibischen Einwohner/innen werden die Bürger/innen der reichsten 40 Prozent aller Haushalte (ungefähr ein Drittel der Bevölkerung) abgezogen. Da sie den sozialen Geldtransfer nicht benötigen, zahlen sie diesen durch Steueranpassungen wieder zurück. Zusätzlich fallen 10 Prozent der Bevölkerung weg, die staatliche Rente erhalten. Somit bekommen, ohne diese beiden Gruppen, insgesamt 1,14 Millionen Namibier das Grundeinkommen. Dies entspricht einem Nettobetrag von 1,37 Milliarden N\$ (1,14 Millionen Namibier x zwölf Monate x 100 N\$) (vgl. Haarmann & Haarmann 2007, S. 240).

## **2 BIG-Pilotprojekt im namibischen Otjivero-Omitara**

Was geschieht, wenn Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten, testet gegenwärtig die BIG-Koalition in einem Pilotprojekt. Dieses Projekt ist Inhalt der folgenden vier Abschnitte, wobei zuerst in das Thema eingeführt und die Durchführung des Projektes beschrieben wird. Anschließend sind Statements von BIG-Empfängern/innen in Bezug auf die Lebensbedingungen vor und die Erwartungen nach dem Projekt aufgeführt.

### **2.1 Einführung in das BIG-Pilotprojekt**

Im Jahr 2007 entschied die BIG-Koalition ein Grundeinkommen in Form eines Pilotprojektes in Namibia zu erproben. Mit diesem Projekt sollen die Vorteile eines Grundeinkommens für Namibia belegt und die namibische Regierung zu einer landesweiten Einführung eines bedingungslosen Geldtransfers bewegt werden. Die Koalition beruft sich dabei auf Pilotprojekte anderer Länder, welche bei Erfolg in nationale Programme eingeführt wurden. Als Beispiele sind Projekte in Haiti, Ruanda und Südafrika genannt, in denen HIV/Aids-Erkrankte durch die Bereitstellung von lebensrettenden Medikamenten effektiv behandelt werden konnten. Nach diesen Erfolgen übernahm die Regierung ein Großteil der Kosten für die Medikamente. Mit der Umsetzung eines BIG-Pilotprojektes erhofft sich die Koalition, dass die namibische Regierung bei erfolgreichem Projektabschluss ein Grundeinkommen ebenso in das nationale Programm aufnimmt (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 19).

Nach sorgfältiger Prüfung mehrerer namibischer Dörfer wählte die BIG-Koalition als Projektort die Siedlung Otjivero und die Stadt Omitara aus. Dieser Bezirk Otjivero-Omitara wurde deshalb ausgesucht, da er repräsentativ für die ökonomischen Probleme vieler Orte Namibias ist und eine überschaubare Größe besitzt. Otjivero war auch bekannt für seinen schlechten Ruf und wurde von den lokalen Farmern/innen als einen „Treffpunkt von Kriminalität“ bezeichnet (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 15f). Ein Pfarrer bezeichnete das Dorf sogar als ein „Krebsgeschwür“ (vgl. Engelhardt 2009). Bis vor kurzem lag die Arbeitslosenquote bei über 70 Prozent und die Unterernährungsrate der Kinder betrug 42 Prozent. Eine Schulbildung besitzen nur wenige Bewohner/innen. Zusätzlich ist Otjivero auf allen vier Seiten umgeben von reichen, weißen Farmer/innen und bildet somit den Querschnitt jener Gesellschaft ab, in der es nur ein Reich und Arm gibt und wenig dazwischen (vgl. Krahe 2009, S. 49).

Omitara liegt 100 Kilometer östlich von Windhoek. Das von Omitara fünf Kilometer entfernte Otjivero wurde 1992 hauptsächlich von Landarbeitern/innen besiedelt und ist staatseigenes Land. Das Besondere an dem Gebiet stellt die Nähe zu einem großen Staudamm dar, welcher Wasser für Windhoek und die umliegenden Gebiete liefert. Die Bevölkerung erhält dadurch zwar freien Wasserzugang, ist aber dennoch verarmt und viele Bewohner/innen leiden unter Infektionskrankheiten wie HIV/Aids und Tuberkulose. Da die Besiedlung des Gebietes seit Beginn umstritten ist, bestehen außerdem Konflikte mit umliegenden Farmern/innen, welche die Dorfbewohner/innen wegen illegaler Jagd, unerlaubter Grundstücksbetretung und dem Einsammeln von Feuerholz häufig verklagen. Daher ist nach Angaben der BIG-Koalition die Gemeinschaft in ihrer Entwicklungsfähigkeit stark eingeschränkt und Otjivero-Omitara als Projektort nicht mehr oder weniger erfolgsversprechend als andere Gebiete des Landes (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 20).

Die Basis des Pilotprojektes stellt ein monatlicher Geldtransfer von 100 N\$ für jede/n Einwohner/in in Otjivero-Omitara unter 60 Jahren über die Dauer von zwei Jahren (Januar 2008 bis Dezember 2009) dar. Dadurch erhalten 930 Bewohner/innen ohne irgendeine Voraussetzung ein zusätzliches Einkommen von 100 N\$. Bei Kindern und Jugendlichen bis zu einem Alter von 21 Jahren wird das Geld an die Erziehungsberechtigten ausgezahlt (ebd.). Das Pilotprojekt finanziert sich unter anderem durch Spenden von der *Aids-Stiftung*, der *Friedrich-Ebert-Stiftung* sowie der *Evangelischen Kirche* im Rheinland und in Westfalen (vgl. Krahle 2009, S. 49). Um die Auswirkungen des Grundeinkommens auf die individuellen Lebensumstände und die Entwicklung der gesamten Gemeinschaft zu erfassen, wird während der zweijährigen Testphase eine Langzeitstudie angelegt. Die Ergebnisse werden von der BIG-Koalition im Internet für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt<sup>16</sup> (siehe auch Kapitel IV.1) (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 17).

## **2.2 Durchführung des BIG-Pilotprojektes in Otjivero-Omitara**

Am 31. Juli 2007 registrierte die BIG-Koalition die gesamte Gemeinde Otjivero-Omitara für die Durchführung eines Grundeinkommens. Dazu wurde jeder Dorfhaushalt eingeladen und alle Haushaltsmitglieder unter 60 Jahren mit Ausweispapieren (IDs, Geburtsurkunde oder Führerschein) datiert. Um einen Migrationsanstieg zu vermeiden, fand die Registrierung innerhalb von einem Tag statt. Somit wurde jeder Person, die nach dem 31. Juli 2007 nach Otjivero-Omitara zog, eine Teilnahmeberechtigung an dem Pilotprojekt verwehrt. Für Kinder

---

<sup>16</sup> Alle Informationen über das BIG-Pilotprojekt sind unter <http://www.bignam.org> zu finden.



unter 21 Jahre musste zusätzlich jeder Haushalt eine/n Haushaltsberechtigte/n bestimmen, welche/r im Auftrag der Minderjährigen das Geld annimmt (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 19).

Bei der Auszahlung des Grundeinkommens berief sich die BIG-Koalition auf den Erfahrungswert und die Methodik der Rentenauszahlung in Namibia. Da das Unternehmen *United Africa* seit längerem Chipkarten für die monatliche Auszahlung der Rente verwendet, übernahm dieses Unternehmen die ersten sechs Zahlungsmonate des BIGs (vgl. Pfeiffer 2008). Jede/r registrierte Teilnehmer/in erhielt eine Chipkarte, auf der die personenbezogenen Daten (Name, ID-Nummer, Foto, Geburtstag sowie Fingerabdruck) und die Höhe der Auszahlung gespeichert waren (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 18). Wer dabei die Zahlung nicht selbst entgegen nehmen konnte (z.B. Krankheit oder Empfänger/in sitzt im Gefängnis), lies eine/n Stellvertreter/in auf der Karte registrieren. Am Zahltag wurden die Kartendaten per Computer überprüft und die Auszahlung über einen angekoppelten Geldautomaten durchgeführt (vgl. Pfeiffer 2008).

Seit Juli 2008 führt die *Namibian Post Office* (NamPost) die BIG-Auszahlung in Otjivero-Omitara durch. Jede/r Teilnehmer/in des Pilotprojektes erhält von der *NamPost* ein Sparkonto, auf welchem zum 15. jeden Monats die Höhe des Grundeinkommens überwiesen wird. Durch dieses System erlangen die Empfänger/innen einen formellen Zugang zum Bankensystem und erhalten die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wann, wo und wie viel Geld abgehoben wird. Dadurch soll eine mögliche Stigmatisierung beim Anstehen an den Geldautomaten am Zahlungstag vermieden werden (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 23).

### **2.3 Lebensbedingungen einzelner Befragter vor dem BIG-Pilotprojekt**

Im November 2007 führte die BIG-Koalition eine Befragung über die Lebensbedingungen der Dorfbewohner/innen in Otjivero-Omitara durch. Die folgenden Statements sollen einen Einblick in das Leben in Otjivero-Omitara vor der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens geben (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 26).

Die 54 Jahre alte Emilia *Garises* ist Mutter von sieben Kindern. Sie zog 1991 als eine der ersten Siedler/innen nach Otjivero (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 22f):

„*Unemployment, hunger and poverty are the biggest problems. Some days we don't have anything (to eat) and we just have to go and sleep and get up again without eating. We are really hungry*“ (Garises zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 26f).

Willemina Gawises ist 31 Jahre alt und Mutter von drei Kindern (10 und 13 Jahre sowie ein 7 Monate altes Baby). Nachdem sie ihre Arbeit verloren hatte, zog sie mit ihren Eltern und Kindern in die Gemeinde. Durch die Arbeitslosigkeit konnte Ms. Gawises das Schulgeld nicht mehr bezahlen und ihre beiden ältesten Kinder wurden von der Schule verwiesen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 28):

*„There is a problem of unemployment and we don't have money to travel to Gobabis and Windhoek to look for work. I have three children (...). Now I don't know where their father is and I have no job or money to send them back to school. I and my three children depend on my unemployed parents for food and accommodation. Sometimes I wish I was dead because I cannot stand this type of life any more. I am supposed to provide and protect my children and parents but I am failing to do that. Life is very difficult here, we live in poverty with no hope for the future. My two boys were at (...) Gurichas School, but they were expelled from school 7 months ago, because I failed to pay for their school fees. (...). They were very happy in school (...). I could see their pain and feel it, they used to ask me „Mummy when are we going back to school“. The pain a parent has to go through knowing that you cannot send them back because there is no money is unbearable and very depressing. I wish I did not have them“ (Gawises zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 27f).*

Ms. Mbangu arbeitet als Krankenschwester in der Otjivero-Klinik. Sie empfindet die Arbeitslosigkeit als größte Herausforderung, vor der die Menschen in Otjivero stehen:

*„The biggest problem is unemployment. There is no work. When people look for work at the farms they are asked: where are you from? When they say from the Otjivero camp, they are sent back. They are not given a job. Those who worked on the farms before, are also lying around here now. People are hunting so that they can live. If you are working on a farm and you hunt a pig, they will chase you away“ (Mbangu zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 28).*

Der Kommandeur in der Omitara Polizeistation Mr. Thomas ist der Ansicht, dass Armut und Arbeitslosigkeit zu weiteren Phänomenen wie Kriminalität, Alkoholmissbrauch sowie der Zunahme von Shebeens<sup>17</sup> führen:

*„There are no proper houses in the camp. People live in shacks made up of drums or pieces of tents. There are no jobs and people start some small business to make a living. Running a shebeen is normally the only way to make some money. Poverty and unemployment lead to all the other conditions like crimes, alcohol abuse, mushrooming of shebeen“ (Thomas zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 29).*

## **2.4 Erwartungen einzelner Befragter an das BIG-Pilotprojekt**

An die Einführung des Grundeinkommens haben die Einwohner/innen in Otjivero-Omitara unterschiedliche Erwartungen. Viele Befragten möchten mit dem zusätzlichen Geld ihre schwierigen Lebensbedingungen verbessern und im Wesentlichen erhoffen sie sich eine Verringerung der Armut und des Hungers. Die folgenden Statements zeigen die Erwartungen

---

<sup>17</sup> Shebeens stellen illegal betriebene Kneipen in Namibia dar (vgl. Pfeiffer 2008).

einzelner Projektteilnehmer/innen durch den sozialen Geldtransfer auf (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 30).

Emilia Garises sieht durch das bedingungslose Grundeinkommen viele Möglichkeiten ihr Leben und das ihrer sieben Kinder zu verändern:

*„I have hope. If I get the N\$ 800 I will buy maize meal and other food; I will pay school fees; I will perhaps buy materials and make clothes. I want to make a bit extra so that I will not be hungry. I will pay the school and also buy new clothes for the children. I will also buy blankets and perhaps fix my house. I will also try and make more vetkoeks to sell and make some extra money. I want to put a little money aside so that I don't have to struggle so much if we have a death in the family. Perhaps I can take out a funeral cover; they say it costs N\$ 20 per month. Life will really improve next year“* (Garises zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 30).

Willemina Gawises möchte mit dem zusätzlichen Einkommen von 100N\$ unter anderem Essen kaufen und für ihre zwei älteren Kinder das Schulgeld bezahlen:

*„With the BIG grant, there will be hope for us, at least I will be able to buy my children food and send them back to school. The money will mostly be spent on food and school fees and uniforms. Maybe I will be able to travel to Windhoek to look for domestic work, because now I cannot look for work. There is no money to travel there. Life will change in Otjivero with BIG. Many people will have food“* (Gawises zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 31).

Die Krankenschwester Ms. Mbangu sieht mit dem Geldtransfer die Möglichkeit, dass die Menschen die Klinikkosten und die lebensrettende HIV/Aids-Behandlung (ARV-Therapie<sup>18</sup>) bezahlen können:

*„Most don't come to the clinic, because they do not have N\$ 4,-. They are sick, but they stay at home. Not all people who are HIV positive are on ARVs because they can't get transport to Gobabis. It cost them about N\$ 100 to take taxis from Otjivero to Gobabis and back. Then they are hungry but have nothing to eat. The BIG will be good for the people here and will help them to pay N\$ 4,- and also to pay for transport to get the ARVs in Gobabis“* (Mbangu zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 31).

Der Kommandeur der Polizeistation Mr. Thomas erhofft sich durch das Grundeinkommen, dass die Armut zurück geht und die Bewohner/innen wieder Arbeit finden können:

*„I believe that through the BIG, poverty will be reduced. The standard of living will be upgraded a little but there are zero chances for people to find jobs“* (Thomas zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 31).

---

<sup>18</sup> Eine HIV/Aids-Erkrankung kann medikamentös mit antiretroviralen (ARV) Medikamenten behandelt werden, wobei eine Heilung bislang nicht möglich ist. Nach derzeitigem Stand ist eine lebenslange Einnahme von ARV-Medikamenten notwendig. Mit dieser Therapie kann die Viruskonzentration im Blut auf Werte unterhalb der Nachweisgrenze gesenkt werden (vgl. Marcus & Starker 2006, S. 29).

### 3 Kritik am Grundeinkommen und BIG-Projekt in Namibia

Der Erfolgsdruck des Pilotprojektes auf die BIG-Koalition ist enorm, denn die Einführung eines Grundeinkommens in Namibia wird von vielen Menschen und Organisationen kritisch betrachtet (vgl. Pfeiffer 2008). Aus Sicht des *Internationalen Währungsfonds*<sup>19</sup> (IWF) wäre ein landesweites Grundeinkommen nicht finanzierbar. Das namibische Wirtschaftsforschungsinstitut *NEPRU* sieht seit der Projekteinführung keine großen Veränderungen in Otjivero-Omitara und reichere Bewohner/innen aus der Gemeinde behaupten, dass das Geld hauptsächlich für Alkohol ausgegeben wird. Diese Kritikpunkte werden im Folgenden näher betrachtet.

Der *Internationale Währungsfonds* stellte bei seinen Berechnungen im Länderreport von 2006 fest, dass ein landesweites Grundeinkommen in Namibia nicht finanzierbar wäre. Ein solcher Geldtransfer würde die makroökonomische Stabilität gefährden und die umsichtige Fiskalpolitik beeinträchtigen. Im Gegensatz zur *NAMTAX* und BIG-Koalition (siehe Kapitel III.1.5) schätzt der *IWF* die Kosten des Grundeinkommens auf 5,4 Prozent des namibischen Bruttosozialproduktes. Nach Angaben von Claudia und Dirk *Haarmann* (vgl. 2007, S. 239f) errechnete der *IWF* dies folgendermaßen: 1,9 Millionen BIG-Empfänger/innen x zwölf Monate x 100 N\$ = 2,3 Milliarden N\$. Das Ergebnis entspricht 5,4 Prozent des BSP und stellt die Bruttokosten des Grundeinkommens dar. Vom wirtschafts- und finanzpolitischen Standpunkt aus betrachtet, muss die Regierung aber nicht die Bruttokosten, sondern die Nettokosten aufbringen. Der Nettowert liegt nach Berechnung der BIG-Koalition bei ungefähr 3,2 Prozent des Bruttosozialproduktes (ebd.). Diesen Rechenfehler gestand sich der *IWF* mittlerweile ein und nähert sich den Schätzungen der Koalition an (vgl. Grimm & Kantara 2009).

Die *NEPRU* kritisierte in einer Analyse (*Quarterly Economic Review*) im Oktober 2008 den Zwischenbericht der BIG-Koalition, wodurch eine heftige Debatte angezettelt wurde (vgl. Köbler 2008). In dieser Analyse behauptet das Institut, dass sich das Leben für die Menschen in Otjivero-Omitara seit der Projekteinführung nicht wesentlich verändert habe und die Dorfbewohner/innen nicht arm seien (vgl. Fischer 2008a). Die *NEPRU* verwendete zur Berechnung der Armut die Definition der namibischen Regierung. Demnach gilt ein Haushalt als arm, wenn mehr als 60 Prozent des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben wird. In der

---

<sup>19</sup> Der *IWF* ist eine Sonderorganisation der *Vereinten Nationen*, welchem inzwischen 184 Staaten angehören. Seine Aufgabe ist die Förderung der internationalen Kooperation in der Währungs-, Finanz- und Handelspolitik (vgl. Willke 2006, S. 60).

Gemeinde liegt nach Angaben des Institutes dieser Anteil aber nur bei 30 Prozent, womit in Otjivero folglich keine Armut vorhanden wäre (vgl. Frøystad, Günzel u.a. 2008, S. 2). Dieser Behauptung widersprach die BIG-Koalition vehement und erklärte, dass die Analyse fehlgeleitet und unkorrekt sei. Zudem wirft sie der *NEPRU* mangelnde Untersuchungen im Projektort vor. Nach Angaben der Koalition entsprechen die BIG-Projektberichte den akademischen und wissenschaftlichen Standards (vgl. Fischer 2008a). Dagegen fordert die *NEPRU* für die Beurteilung der Projekterfolge mehr Antworten und eine unabhängige Studie. Denn die bisherigen Projektberichte wurden von der Arbeitsforschungsgruppe *LaRRI* erstellt, welche Partner der BIG-Koalition ist (vgl. Fischer 2008b).

Kritik am BIG-Pilotprojekt kommt auch immer wieder von einzelnen Bewohner/innen aus Otjivero-Omitara. Zum Beispiel berichtet ein deutsch-namibischer Farmer aus Otjivero dem Spiegel, dass die Menschen das zusätzliche Einkommen hauptsächlich für Alkohol ausgeben würden (vgl. Krahe 2009, S. 48). Dies bestätigt ein Ladenbesitzer aus Omitara der Allgemeinen Zeitung in Namibia. Er behauptet, dass von den 100.000 N\$ pro Monat, welche die BIG-Empfänger/innen insgesamt erhalten, 20 Prozent in seinem Laden ausgegeben werden. Jedoch fügt er hinzu, dass nicht alle Dorfbewohner/innen ihr Geld in Alkohol investieren. Einige Familien könnten gut mit ihrem Geld haushalten und würden damit Lebensmittel und andere Dinge bei ihm kaufen (vgl. Allgemeine Zeitung 2008). Der deutsch-namibische Farmer versteht nicht, warum die Menschen ein Recht auf eine Existenzsicherung haben und hält nicht viel von der Idee eines Grundeinkommens. Dabei störe ihn nicht einmal das Grundeinkommen an sich, sondern dass die weißen Farmer/innen als die „Bösen“ dargestellt werden, welche die arme Bevölkerung ausbeuten und keine Hilfen anbieten. Seiner Ansicht nach bekommt Otjivero durch das Projekt zu viel Aufmerksamkeit und die Situation wird zu einseitig dargestellt (vgl. Krahe 2009, S. 52). Der Ladenbesitzer aus Omitara dagegen findet den Ansatz des Grundeinkommens als grundsätzlich gut. Jedoch müssten die Menschen in der Gemeinde erst lernen, verantwortungsvoll mit dem Geld umzugehen. Daher sollte seiner Auffassung nach die BIG-Auszahlung an bestimmte Bedingungen geknüpft werden, damit eine gewisse Aufsicht und Kontrolle gewährleistet wäre (vgl. Allgemeine Zeitung 2008).

## 4 Zusammenfassung

Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen erhält jede/r Bürger/in ohne irgendeine Gegenleistung vom Staat eine gesetzlich festgelegte finanzielle Zuwendung. In vielen Ländern wird dieses Modell diskutiert. In Namibia setzt sich die BIG-Koalition für die Einführung eines landesweiten Grundeinkommens ein. Begründet wird dies u.a. darin, dass ein sozialer Geldtransfer das wirtschaftliche Wachstum fördert, die Menschen investieren können, die Armut reduziert wird, die Unterernährung zurückgeht und ein Grundeinkommen kostengünstiger als die bedarfsabhängige Sozialhilfe ist. Für Namibia würden bei einer Einführung des Grundeinkommens in Höhe von monatlich 100 N\$ die jährlichen Bruttokosten bei 2,3 Milliarden N\$ liegen. Allerdings muss der Staat nicht die Brutto-, sondern die Nettokosten aufbringen. Dieser Betrag variiert je nachdem wie das Grundeinkommen in Namibia finanziert werden würde. Wenn beispielsweise die Einkommensteuer erhöht wird, würde nach Berechnung der BIG-Koalition der jährliche Nettobetrag bei 1,37 Milliarden N\$ liegen.

Um die namibische Regierung von den Vorteilen eines landesweiten Grundeinkommens zu überzeugen, führt die BIG-Koalition gegenwärtig ein zweijähriges Pilotprojekt durch. In dem Projekt erhalten alle Teilnehmer/innen ein monatliches Grundeinkommen von 100 N\$. Insgesamt nehmen 930 Personen aus der Gemeinde Otjivero-Omitara an dem BIG-Projekt teil. Die Koalition wählte diese Gemeinschaft aus, da sie eine überschaubare Größe besitzt und repräsentativ für die ökonomischen Probleme vieler Orte Namibias ist. Eine hohe Arbeitslosigkeits- und Kriminalitätsrate, ständige Konflikte mit den umliegenden reichen Farmern/innen, geringe Schulbildung sowie eine steigende Anzahl an HIV-Infektionen bestimmen den Alltag in Otjivero-Omitara. Daher erwarten die meisten Bewohner/innen von Otjivero-Omitara mit der Einführung des BIG-Pilotprojektes eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Aber nicht alle Menschen sehen Verbesserungen durch ein Grundeinkommen. Beispielsweise äußerten sich ein Farmer und ein Ladenbesitzer aus Otjivero-Omitara kritisch bezüglich des Projektes. Ihrer Meinung nach habe sich der Alkoholkonsum seit der BIG-Einführung erhöht und der Ladenbesitzer fordert, dass die Auszahlung des Grundeinkommens an Bedingungen geknüpft wird. Auch große Organisationen, wie der *IWF* und die *NEPRU*, kritisieren die Idee eines Grundeinkommens für Namibia. Nach Ansicht des *Internationalen Währungsfonds* wäre ein sozialer Geldtransfer in Namibia nicht finanzierbar und nach Auffassung der

*NEPRU* herrsche in Otjivero-Omitara keine Armut. Das Institut fordert zudem mehr Antworten und eine unabhängige Projektstudie.

Meiner Ansicht nach würde die Einführung eines sozialen Geldtransfers für alle namibischen Bürger/innen einen effektiven Weg darstellen, um die extreme Armut zu verringern. Die Einführung des Pilotprojektes der BIG-Koalition ist folglich ein wichtiger Schritt, um der namibischen Regierung die positiven Effekte des Grundeinkommens zu verdeutlichen. Ebenso wie die *NEPRU* fände ich es angebracht, dass eine unabhängige Studie das Projekt evaluiert. Beim jetzigen Status stellt sich für mich die Frage, in wie weit die Ergebnisse des Pilotprojektes glaubwürdig sind. Daher betrachte ich die im nächsten Kapitel aufgezeigten Projektergebnisse der BIG-Koalition auch mit einem kritischen Auge.

# IV

## **Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele durch das BIG-Projekt in Namibia**

In Kapitel II zeigte sich, dass global betrachtet kaum ein Millenniums-Entwicklungsziel verwirklicht werden kann. Da dies auch für die Republik Namibia zutrifft, stellt sich die Frage, wie in diesem Land die acht Entwicklungsziele umgesetzt werden können. Laut Claudia und Dirk *Haarmann* (vgl. 2008, S. 98) hat das BIG-Projekt im namibischen Otjivero-Omitara positive Auswirkungen auf alle acht Millenniums-Entwicklungsziele. Denn seit der Projekteinführung hat sich das Leben der Menschen grundlegend verändert. Die Menschen können nun mit dem Geld unter anderem Nahrungsmittel, Schulgebühren und Medikamente bezahlen (vgl. Fischer 2008b). In wie weit die Behauptung der beiden Projektleiter/innen stimmt, analysiert der zweite Abschnitt dieses Kapitels und wird darauffolgend diskutiert. Zunächst findet eine allgemeine Einführung in die Projektergebnisse statt.



## **1 Allgemeine Ergebnisse des BIG-Pilotprojektes**

Die BIG-Koalition veröffentlichte in ihren Berichten die Ergebnisse zu dem Pilotprojekt. Diese sind Inhalt dieses Kapitels, wobei zunächst eine Einführung in das Thema stattfindet. Die darauffolgenden Teile behandeln die Gründung des BIG-Komitees, Projektkritik sowie die Veränderungen bei einzelnen Befragten seit der Auszahlung des sozialen Geldtransfers.

### **1.1 Einführung in die Projektergebnisse**

Die in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnisse stammen aus den zwei BIG-Projektberichten im September 2008 sowie April 2009, worin 398 Personen aus 52 von insgesamt 200 Haushalten in Otjivero-Omitara befragt wurden. Dabei enthielt die Stichprobe mit 51 Prozent etwas mehr Frauen als Männer. Diese Geschlechterverteilung gleicht sich jedoch der Verteilung des gesamten Landes an, in welchem 53 Prozent Frauen und 47 Männer leben. Ebenso entspricht das Alter der Befragten in der Gemeinde dem Landesdurchschnitt, weshalb in der Stichprobe mehr junge Menschen befragt wurden (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 33f).

Bei Betrachtung der Projektergebnisse ist auch die demographische Besonderheit zu berücksichtigen. Denn es kam in Otjivero-Omitara zwischen November 2007 und November 2008 zu einem Migrationsanstieg von 27 Prozent (ebd.). Dies macht deutlich, welche Anziehungskraft die Auszahlung des Grundeinkommens entwickelt hat. Viele Menschen befinden sich in Namibia in einer verzweifelten wirtschaftlichen Situation, weshalb viele Arme hofften von verwandten und befreundeten BIG-Empfänger/innen unterstützt zu werden. Das Problem für die BIG-Koalition ist nun, dass sich dieselbe Geldmenge auf eine größere Anzahl an Menschen verteilt. Als sie diesen Sachverhalt bemerkten, wurden Haushalte mit einem Migrationsanstieg bei Umfragen berücksichtigt oder ausgeschlossen. Um allgemein den Migrationsanstieg zu vermeiden, plädiert die BIG-Koalition für die Einführung eines universellen Grundeinkommens in ganz Namibia. Dadurch wären die jetzigen BIG-Empfänger/innen nicht mehr verpflichtet, ihr zusätzliches Einkommen mit anderen Menschen zu teilen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 38ff).

## 1.2 Gründung des BIG-Komitees

Als die Menschen in Otjivero-Omitara im Juli 2007 erstmals von dem Pilotprojekt hörten, waren sie gegenüber der BIG-Koalition sehr misstrauisch, denn sie dachten dies sei wieder eine kurzzeitige Geste von reichen Ländern oder ein schlecht geplantes Projekt. Jedoch überzeugte der Bischof Dr. Zephania *Kameeta* am Tag der Registrierung die Dorfbewohner/innen von der Idee des Grundeinkommens. Die Gemeinde spürte, wie ernst der Bischof es mit dem Projekt meinte und welche Möglichkeiten das Grundeinkommen bietet. Sie verstanden, dass der soziale Geldtransfer Eigenständigkeit und Verantwortung ermöglicht und der Erfolg oder Misserfolg des Pilotprojektes von den Menschen in Otjivero-Omitara abhängig ist. Um die bestmögliche Wirkung des Projektes zu erzielen, entschied die Gemeinde ein BIG-Komitee zu gründen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 37). Das Komitee beschrieb das Projekt als ein „*little project with a large aim. The aim is to uplift the 'life' of Omitara, then Namibia, then Africa and at last the world*“ (BIG-Komitee 2007, zit. in: Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 45).

Im September 2007 wurde das Komitee aus 18 Mitgliedern in der Gemeindeversammlung gewählt, worin u.a. ein lokaler Lehrer, eine Krankenschwester, Polizisten, Geschäftsleute (z.B. Shebeen-Besitzer) und Gemeindemitglieder vertreten sind. Sie setzten sich selbst hohe Standards, entwickelten Verhaltensregeln und gaben sich und einzelnen Mitgliedern verschiedene Aufgaben. Beispielsweise wurden „control officer“ ausgebildet, welche die Menschen in der Gemeinde bei Geldfragen beraten. Dabei geht es dem BIG-Komitee nicht darum, die Menschen zu kontrollieren. Sie sollen viel mehr ein Bewusstsein entwickeln, mit dem Geld verantwortungsvoll umzugehen. Um den Alkoholmissbrauch nach jeder BIG-Auszahlung zu vermeiden, sind die Kneipenbesitzer/innen ebenfalls im Komitee vertreten und beraten andere Kneipenbesitzer/innen. Dies hatte zur Folge, dass die Shebeens sich untereinander absprachen und am Tag der Geldauszahlung ihre Kneipe geschlossen halten (Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 38f). Diese starke Gemeindemobilisierung ist eines der positiven Ergebnisse des Pilotprojektes. Laut der BIG-Projektstudie besteht durch die gut organisierte Arbeit des Komitees eine hervorragende Kooperation sowie ein hohes Vertrauen zwischen der Gemeinde und der BIG-Koalition (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 46).

### **1.3 Kritik am BIG-Pilotprojekt**

An dem Basic Income Grant Projekt wird immer wieder kritisiert, dass dies die Abhängigkeit an die Geldleistung der Bewohner/innen in Otjivero-Omitara fördere und sich seit der BIG-Auszahlung der Alkoholkonsum sowie die Kriminalitätsrate erhöht haben. Mit dieser Kritik beschäftigt sich auch die BIG-Koalition in den Projektberichten 2008 und 2009 (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 86).

Nach Angaben von Kritiker/innen fördert das Grundeinkommen die Trägheit und Abhängigkeit an das zusätzliche Einkommen. Diese Kritik entgegnet die BIG-Projektstudie damit, dass seit der Einführung des Geldtransfers die Beschäftigungsrate sowohl in Form von abhängiger Arbeit als auch bei selbstständiger Tätigkeit stieg (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 11). So lag im November 2007 das durchschnittliche Haushaltseinkommen durch Lohnarbeit (ohne das BIG-Einkommen) bei 581 N\$ pro Monat, was sich ein Jahr später auf 692 N\$ erhöhte. Ebenso stieg das Haushaltseinkommen durch selbstständige Tätigkeiten von monatlich 170 N\$ (November 2007) auf 681 N\$ (November 2008). Das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen (ohne die BIG-Auszahlung) nahm ebenso um 29 Prozent zu. Auch kam es entgegen der Kritik seit der Einführung des sozialen Geldtransfers zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeitsrate, wobei sich die Anzahl der arbeitslosen Menschen (über 15 Jahren) von 60 (November 2007) auf 45 Prozent (November 2008) reduzierte. Die Projektstudie erklärt diese Ergebnisse damit, dass das zusätzliche Grundeinkommen die Empfänger/innen anspricht mehr zu verdienen, denn die Auszahlung des sozialen Geldtransfers stellt eine sichere Einkommensquelle dar. So erhalten viele Dorfbewohner/innen mit dem Grundeinkommen ein Startkapital für die Gründung kleiner Unternehmen, in denen sie z.B. Ziegelsteine oder Kleider herstellen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 70ff).

Zudem wird immer wieder behauptet, dass das bedingungslose Grundeinkommen für Alkohol ausgegeben wird. Beispielsweise behauptet ein Ladenbesitzer in Omitara, dass seit dem BIG-Projekt mehr Menschen Alkohol kaufen und sich die Anzahl der Shebeens verdoppelte (a.a.O., S. 42f). Für diese beiden Behauptungen fand die BIG-Koalition keine Hinweise. Zwar trinken in Otjivero-Omitara viele Menschen Alkohol, dies unterscheidet sich aber nicht wesentlich von anderen Gemeinden in Namibia. Allerdings kam es nach der ersten BIG-Auszahlung zu einigen Fällen des Alkoholmissbrauchs, worauf das BIG-Komitee mit den Betroffenen und Kneipenbesitzern/innen redete und die Shebeens nun am BIG-Auszahlungstag geschlossen haben. Die lokale Polizeistation bestätigte darauf, dass es seither zu keiner Wiederholung dieser Vorfälle kam. So gaben 43 Prozent der BIG-Empfänger/innen

an, dass in ihrem Haushalt kein Alkohol konsumiert wird und in den restlichen 57 Prozent der Haushalte konsumiert mindestens eine Person Alkohol. Davon gaben 50 Prozent an, mehrmals die Woche Alkohol zu trinken, 16 Prozent trinken nur zu bestimmten Anlässen und in den restlichen Haushalten wurde einmal im Monat Alkohol konsumiert (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 87ff).

In Bezug auf die Kriminalitätsrate wird kritisiert, dass die Einführung des Basic Income Grants diese erhöhen wird (a.a.O., S. 83). Dagegen sieht die BIG-Koalition im Grundeinkommen einen gewissen Lebensstandard gewährleistet, wodurch besonders die Kriminalität auf Grund von Armut zurückgehen wird. Diese These belegt die BIG-Projektstudie mit der offiziellen Statistik der Omitara-Polizeistation. Darin wurden zwischen dem 15. Januar und 31. Oktober 2008 54 Kriminalitätsfälle registriert. Ein Jahr zuvor wurden im selben Zeitraum noch 85 Fälle bei der Polizei gemeldet. Dies bedeutet eine Reduzierung der gesamten Kriminalitätsrate um 36,5 Prozent seit der Einführung des Grundeinkommens in Otjivero-Omitara. Besonders positive Ergebnisse ließen sich in der Verringerung der Versorgungskriminalität feststellen. Beispielsweise reduzierte sich im o.g. Zeitraum die illegale Jagd und der Landfriedensbruch um 95 Prozent und die Anzahl der Diebstähle sank um 20 Prozent. Laut Projektstudie wird es in Otjivero-Omitara zwar weiterhin Kriminalität (z.B. in Form von Körperverletzung) geben, jedoch konnte die Kriminalität auf Grund der Armut (z.B. Wilderei, Kleinkriminalität oder Landfriedensbruch) deutlich reduziert werden (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, s. 45ff).

#### **1.4 Veränderungen seit dem BIG-Pilotprojekt bei einzelnen Befragten**

Anknüpfend an Kapitel III.2.3 und III.2.4 beschreiben in diesem Abschnitt zwei Dorfbewohnerinnen und eine Krankenschwester, was sich seit der Einführung des BIG-Pilotprojektes in ihrem Leben und das der Gemeinde Otjivero-Omitara verändert hat (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 32).

Emilia *Garises* erzählte im Juli 2008, für was sie das zusätzliche Einkommen verwendet:

*„Since we get the BIG I bought materials and I am making 3 dresses that I will sell. (...) I sell a dress for N\$ 150. I also paid a deposit for new zinc sheets for my house. I am paying them off. When you come again, you will see the changes. I have a lot of plans. I was also able to buy more food (...). We bought mealie meal, tomato sauce, cooking oil and all that. We bought from the shop in Omitara. I also bought a 2-plate stove because we have electricity in the house”* (Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 32f).

Willemina Gawises sprach von vielen positiven Veränderungen seit der Einführung des sozialen Geldtransfers:

*„Things are really fine unlike before when I was really suffering and struggling very hard. Last year I used to be very depressed because I had to beg all the time, now I have enough to eat. I am still unemployed but at least I do not depend on my parents any more for food and other things now I have my own money. My children are back in school and I am saving some money to be able to send them to boarding school when they complete their primary education here. The BIG has helped me and my children a lot. I can now also travel to Windhoek in search for work”* (Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 33).

Die Krankenschwester Ms. Mbangu beschrieb, wie sich das Basic Income Grant im Juli 2008 auf die Lebensbedingungen der Menschen in Otjivero-Omitara auswirkte:

*„I ask people how they are living and they are eating much better now. They tell me that things are going bit better. Some people have started selling things like food, tobacco, clothing, cell phones, as a source of income. One HIV positive woman now buys materials and makes (...) dresses. We are thinking of holding a competition to see what people did with the BIG money. We want to give a prize and this can motivate others”* (Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 33).

## **2 Projektergebnisse und die Millenniums-Entwicklungsziele**

Ob das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens die Millenniums-Entwicklungsziele der *Vereinten Nationen* verwirklichen kann, versucht dieses Kapitel zu beantworten. Dazu wird in den jeweiligen Abschnitten der aktuelle Stand der acht Millenniumsziele (vgl. Kapitel II) mit den Problemlagen in Otjivero-Omitara vor dem Projekt und den Veränderungen seit der BIG-Auszahlung verbunden.

### **2.1 MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers**

Nach dem ersten Millenniumsziel soll der Anteil extrem armer Menschen bis 2015 halbiert werden (vgl. Nuscheler 2006, S. 576). Namibia steht dabei aber vor dem Problem, dass besonders die ländliche schwarze Bevölkerung unter der Armut leidet und die HIV/Aids-Pandemie sowie eine hohe Arbeitslosigkeit den Verarmungsgrad verstärken. Zwar konnte die Anzahl extrem armer Haushalte reduziert werden, dennoch ist die Kluft zwischen Arm und Reich nirgendwo so groß wie in Namibia (vgl. Kapitel II.2.2). In der Gemeinde Otjivero-Omitara ist die Situation ähnlich. Da jedoch bereits Kapitel IV.1.3 auf die Beschäftigungssituation einging und Kapitel IV.2.6 die Bekämpfung von HIV/Aids behandelt, bezieht sich dieser Abschnitt zunächst auf die Armut.

Zur Bestimmung der Armut verwendet die BIG-Koalition in dem Pilotprojekt die Definition der nationalen Armutsgrenze<sup>20</sup>. Demnach waren vor dem Projekt (November 2007) 86 Prozent der Dorfbewohner/innen von extremer Armut („severely poor“) betroffen und 76 Prozent der Menschen fielen davon unter die „food poverty line“. Nach Einführung des bedingungslosen Geldtransfers kam es ein Jahr später (November 2008) zu einer erheblichen Verbesserung der Armutssituation in der Gemeinde. So galten nur noch 68 Prozent der Bürger/innen als extrem arm und von der „food poverty“ waren 37 Prozent der Menschen betroffen. Bei Betrachtung der Gruppe, in denen die Haushalte mit einem hohen Migrationsanstieg ausgeschlossen wurden, kam es zu einer noch extremeren Reduzierung der Armut. Im November 2007 lebten 97 Prozent dieser Haushaltsgruppe in absoluter Armut und 72 Prozent unterhalb der „food poverty line“. Dies reduzierte sich bereits ein Jahr später im November 2008 auf 43 („severely poverty“) bzw. 16 Prozent („food poverty line“) (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 48ff).

Neben der Beseitigung der extremen Armut soll nach der zweiten Zielvorgabe der *Vereinten Nationen* der Anteil der Menschen, die an Hunger leiden, halbiert werden (vgl. Nuscheler 2006, S. 576). Hierbei zeigen sich ebenso positive Ergebnisse seit der Einführung des sozialen Geldtransfers auf. Denn zuvor war in nur 20 Prozent aller Haushalte immer genügend Nahrungsmittel vorhanden, wodurch die Bewohner/innen Verwandte und Freunde außerhalb von Otjivero um Lebensmittel bitten mussten. Mit der Auszahlung des Grundeinkommens zwischen November 2007 und Juli 2008 stieg die Anzahl der Haushalte mit ausreichenden Nahrungsmitteln von 20 auf 60 Prozent. Daneben reduzierte sich im selben Zeitraum der Anteil der Haushalte, die täglich an Lebensmittelnot litten, von 30 auf 12 Prozent. Bei Haushalten, in denen wöchentlich das Essen knapp wurde, sank von 39 auf 2 Prozent. Die Bewohner/innen spüren seit der Einführung des Geldtransfers eine deutliche Verbesserung ihrer Ernährung und essen im Vergleich zum Jahr 2007 unter anderem mehr Fleisch, Fisch, Brot und Gemüse. Diese Ergebnisse bestätigen die These, dass sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen sowohl die extreme Armut wie auch der Hunger erfolgreich reduzieren lässt (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 46ff).

---

<sup>20</sup> Die von der namibischen Regierung beauftragte *National Planning Commission* veröffentlichte im Jahr 2008 eine neue Definition der nationalen Armutsgrenze, welche in drei verschiedenen Geldstufen untergliedert wurde. Die „food poverty line“ bedeutet, dass jede/r Namibier/in weniger als 152 N\$ pro Monat zur Verfügung hat. Als „severely poor“ (extrem arm) gelten Personen, die mit weniger als 220 N\$ pro Monat auskommen müssen und wer in Namibia nicht mehr als 316 N\$ pro Monat zur Verfügung hat gilt als arm („poor“) (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 48).

## 2.2 MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Mit dem zweiten Millenniumsziel möchte die *UNO* sicherstellen, dass alle Kinder weltweit mindestens eine Grundschulausbildung abschließen können (vgl. Vereinte Nationen 2008, S. 14). Das Land Namibia wird dieses Ziel zwar bis 2015 erreichen, jedoch bestehen starke regionale Unterschiede. Besonders in ländlichen Gebieten ist die Einschulungsrate sowie die Anzahl an Schulbesuchen geringer und die Schulausstattung in einem deutlich schlechteren Zustand (vgl. Kapitel II.2.2).

Diese Situation trifft auch auf die Gemeinde Otjivero-Omitara zu, in der es seit 1996 eine Grundschule gibt. Zwar verbesserte die Schule die Perspektiven der Kinder in der Gemeinde, aber oft hielten finanzielle Schwierigkeiten die Kinder von der Schule fern. Den Familien fehlte das Geld für die Schulgebühren (50 N\$ pro Jahr), weshalb 49 Prozent der Haushalte mit Kindern im schulpflichtigen Alter ihre Kinder nicht regelmäßig in den Unterricht bringen. Für die Grundschule hatte dies die Konsequenz, dass nur begrenzte finanzielle Ressourcen vorhanden waren und keine ausreichende Schulqualität geboten werden konnte. Zudem wirkte sich die Mangelernährung negativ auf die Schulleistungen aus. Die meisten Kinder mussten sich durch die Schule kämpfen und es schafften nur wenige auf eine weiterführende Schule in Windhoek und Gobabis. Laut den Lehrer/innen erbrachten nur 20 bis 30 Prozent der Schüler/innen in der Schule gute Leistungen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 60ff).

Laut Claudia und Dirk *Haarmann* wirkte sich das Pilotprojekt positiv auf die Bezahlung der Schulgebühr aus. Im Jahr 2008 zahlten 250 Kinder alle Schulgebühren und zwei Kinder die Hälfte des Betrages. Durch das bedingungslose Grundeinkommen erhielt die Otjivero Grundschule 90 Prozent der gesamten Schulgebühr. In Bezug auf die Schulversäumnisse ließen sich ebenso positive Ergebnisse feststellen. Die Anzahl der Kinder, die aus finanziellen Gründen die Schule versäumt hatten, sank zwischen November 2007 und 2008 von zwölf auf sieben Kinder. Bei dieser Berechnung sind die Haushalte miteinbezogen, in welchen in den letzten sechs Monaten eine Migration stattfand. So kamen sechs von sieben Schulversäumer/innen aus Haushalten, die eine Zuwanderung von nicht BIG-Empfänger/innen zu verkraften hatten. Auch lag die Schulabbruchrate vor dem Pilotprojekt zwischen 30 und 40 Prozent, welche sich bereits im Juli 2008 auf 5 Prozent und vier Monate später auf 0 Prozent reduzierte (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 64ff). Mit diesen Ergebnissen konnte das Grundeinkommen einen wesentlichen Anteil dazu beitragen, dass auch in ländlichen Gebieten Namibias alle Kinder eine Grundschulbildung erhalten konnte (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 96ff).

### **2.3 MDG 3: Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter**

Bis 2015 soll nach dem dritten Millenniums-Entwicklungsziel das Geschlechtergefälle in allen Bildungsebenen beseitigt und das Empowerment der Frauen gefördert werden (vgl. Nuscheler 2006, S. 576). Bei Betrachtung des Bildungsbereiches kann Namibia große Erfolge zur Chancengleichheit von Mädchen und Jungen vorweisen, jedoch verdienen Frauen deutlich weniger, werden häufig kulturell bedingt diskriminiert und die Gewalt gegen Frauen ist weiterhin hoch (vgl. Kapitel II.2.2).

In Otjivero-Omitara waren viele Frauen durch die extreme Armut, welche besonders vor dem Pilotprojekt herrschte, gezwungen unzumutbare Arbeiten zu verrichten. So mussten sie zum Einen auf reichen Farmen als Haushaltsgehilfin arbeiten und wurden dort finanziell ausgenutzt und zum Anderen ließen sich viele arme Frauen prostituieren. Da sie das Geld zum eigenen Überleben und dem ihrer Familie benötigten, waren die Frauen unter anderem zu diesen Arbeiten gezwungen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 89).

Die Auszahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens konnte dieser Entwicklung entgegenwirken. Denn seither stellte die BIG-Koalition in mehreren Fällen fest, dass die Frauen in der Gemeinde von der Notwendigkeit befreit wurden, ihren Lebensunterhalt durch sexuelle Ausbeutung zu bestreiten (a.a.O., S. 11). Der soziale Geldtransfer ermöglichte den Frauen die Kontrolle über ihre eigene Sexualität, befreite sie vom Druck zur Prostitution und schützt sie folglich vor der Gefahr einer HIV/Aids-Infektion (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 16). Zudem unterstützte die BIG-Auszahlung junge Frauen ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Claudia und Dirk *Haarmann* kamen somit zu dem Ergebnis, dass das Grundeinkommen das Empowerment der Frauen sowie die Geschlechtergleichstellung von Männer und Frauen fördert und MDG 3 verwirklichen kann (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 11ff).

### **2.4 MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit**

Jährlich sterben fast 10 Millionen Kinder weltweit an Krankheiten (z.B. Infektions- oder Durchfallerkrankungen), die vermeidbar und heilbar wären. Verursacht werden diese bei Mädchen und Jungen unter fünf Jahren meistens durch Unterernährung, mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser und schlechten hygienischen Bedingungen (vgl. BMZ). Mit dem vierten Millenniumsziel wollen die *Vereinten Nationen* diese Situation verbessern und bis 2015 die Kindersterblichkeit um zwei Drittel senken (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 4).



Auf den Zugang zu sauberem Wasser und die hygienischen Bedingungen geht MDG 7 (Kapitel IV.2.7) ein, weshalb sich dieser Teil ausschließlich auf die Unterernährung bezieht.

In Namibia leiden fast 20 Prozent der Kinder unter fünf Jahren an Untergewicht (vgl. Kapitel II.2.2). Im Vergleich zum Landesdurchschnitt lag nach Berechnung der BIG-Koalition in Otjivero-Omitara im November 2007 der Anteil untergewichtiger Kinder<sup>21</sup> mit 42 Prozent deutlich darüber. Auf Grund dieser hohen Anzahl bezeichnet die Koalition die damalige Situation der untergewichtiger Kinder als katastrophal und eine menschliche Tragödie. Denn dies hat Folgen sowohl für die Kinder wie auch für die Gesellschaft. So können die meisten Schäden der Unterernährung bei Kindern unter fünf Jahren nicht mehr rückgängig gemacht werden und Mangelernährung verhindert die Entfaltung von Humankapital sowie die Entwicklung wirtschaftlichen Wachstums (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 49f).

Nach Einführung des sozialen Geldtransfers kam es bereits nach sechs Monaten zu einer extremen Verbesserung der Situation unterernährter Kinder unter fünf Jahren. Zwischen November 2007 und Juli 2008 reduzierte sich der Anteil dieser Kinder von 42 auf 17 Prozent und ein Jahr nach der Auszahlung des Grundeinkommens wurden nur noch 10 Prozent der Kinder als untergewichtig klassifiziert. Allerdings wurden bei dieser Berechnung die Haushalte außer Acht gelassen, bei denen ein extremer Anstieg der Migration stattfand. Bei Betrachtung dieser Haushalte sank die Anzahl unterernährter Kinder zwar im Juli 2008 auf 22 Prozent, wobei der Wert im November 2008 auf 27 Prozent stieg. Dieser Trend zeigt die gegenseitige Abhängigkeit des gesamten Haushaltsbudgets und der Unterernährungsrate der Kinder. Trotz alledem wird in der BIG-Projektstudie diese Entwicklung als eine außerordentliche Leistung gesehen. Denn diese Ergebnisse zeigen, dass sich durch einen sozialen Geldtransfer die Situation für unterernährte Kinder verbessern und folglich die Kindersterblichkeit reduzieren kann (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 53ff).

---

<sup>21</sup> Die BIG-Koalition verwendete zur Berechnung der Unterernährung von Kindern in Otjivero-Omitara die Referenzdaten der *Weltgesundheitsorganisation* (WHO). Als Referenzdaten verwendet die WHO das Alter des Kindes in Bezug zu seinem Gewicht („weight of age“). Kinder, die unter- oder oberhalb des Mittelwertes 0 liegen, werden als unter- bzw. übergewichtig klassifiziert. Demnach sind Kinder normalgewichtig, wenn deren „z-score“ den Wert 0 beträgt. Bei Abweichungen des „z-score“ unter -1 oder über 1 gelten die Kinder gefährdet zum Unter-/ Übergewicht. Kinder, welche einen „z-score“ unterhalb von -2 oder oberhalb von 2 besitzen, sind nach Definition der WHO unterernährt bzw. übergewichtig (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 49).

## 2.5 MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Um drei Viertel soll die Müttersterblichkeitsrate bis zum Jahr 2015 gesenkt werden (vgl. Vereinte Nationen 2008, S. 26). Dieses fünfte Ziel dürfte durch die steigende Anzahl an Todesfällen seit den 1990er in Namibia nicht verwirklicht werden. Begründet wird die Zunahme besonders dadurch, dass jede fünfte schwangere Frau durch eine HIV-Infektion geschwächt ist (vgl. Kapitel II.2.2). Auf die HIV/Aids-Bekämpfung durch das Grundeinkommen geht der folgende Teil ein, weshalb die Ergebnisse hierfür nicht betrachtet werden (vgl. Kapitel IV.2.6). Auch verbessert eine nährstoffreiche Ernährung die Gesundheit von Müttern, was bereits in Kapitel IV.2.1 behandelt wurde (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 97).

Neben der Ernährungssituation stellen Claudia und Dirk *Haarmann* eine Verbesserung der Gesundheit von Müttern in Otjivero-Omitara an der Anzahl an Klinikbesuchen fest (ebd.). Vor der Einführung des Grundeinkommens suchten die meisten Bewohner/innen in der Gemeinde die Klinik nur bei schweren Erkrankungen auf. Denn durch die extreme Armut konnten sich kranke Menschen einen Klinikaufenthalt von 4 N\$ nicht leisten. Folglich steckte Otjivero-Omitara vor dem Projekt in einem Teufelskreislauf aus Armut, Unternährung, Krankheiten und dem Mangel an menschlicher Entwicklung fest. Da diese Faktoren sich gegenseitig verstärken, war die Gesundheitsversorgung der Bewohner/innen im Jahr 2007 in einem sehr schlechten Zustand (a.a.O., S. 53f).

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verbesserte sich diese Situation und der Teufelskreislauf wurde aufgebrochen (ebd.). So lagen die Einnahmen der Klinik im Jahr 2007 noch bei monatlich 250 N\$, was sich nach der Auszahlung des sozialen Geldtransfers verfünffachte und im Jahr 2008 durchschnittlich 1.300 N\$ pro Monat betrug. Dieses Ergebnis erklärt sich dadurch, dass die Menschen mit dem Grundeinkommen die Klinikkosten bezahlen konnten. Auch wird in dem BIG-Bericht 2009 der Anstieg der Klinikaufenthalte, z.B. durch eine ungewöhnliche Krankheit oder plötzliche Epidemie, ausgeschlossen. Vielmehr suchen die Bewohner/innen das Krankenhaus bereits bei kleineren Beschwerden (beispielsweise Grippe oder Erkältungskrankheiten) auf. Diese Beschwerden mussten sie früher meist ohne Unterstützung des Gesundheitswesens überstehen. Sie kamen früher nur bei schweren Notfällen, wie z.B. einer schweren Durchfallerkrankung. Folglich bekräftigen die Ergebnisse die These, dass das bedingungslose Grundeinkommen die Gesundheit der Menschen und besonders auch die der Mütter verbessern kann (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 57ff).

## **2.6 MDG 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Infektionskrankheiten**

Auf Grund fehlender Projektergebnisse zur Bekämpfung von Malaria und anderen Infektionskrankheiten beinhaltet dieser Abschnitt ausschließlich die Verringerung der HIV/Aids-Pandemie. Dazu soll laut *UNO* die Ausbreitung der Erkrankung bis 2015 zum Stillstand gebracht und schrittweise reduziert werden (vgl. Nuscheler 2006, S. 576). In Namibia stellt die Verwirklichung dieses Millenniumszieles eine der größten Herausforderungen dar, denn gegenwärtig verringert die HIV/Aids-Epidemie die Lebenserwartung, belastet Familien und Gemeinden und schränkt die wirtschaftliche Entwicklung ein. Zudem zählt Aids zu den Haupttodesursachen in Namibia (vgl. Kapitel II.2.2).

So wie im ganzen Land ist auch die Gemeinde Otjivero-Omitara von der HIV/Aids-Epidemie extrem betroffen. Als im Jahr 2002 die Klinik in Otjivero eröffnete, wussten die meisten Menschen nicht einmal, dass es diese Krankheit gibt und was deren Folgen sind. Deshalb führten die Krankenschwestern verschiedene Programme zur HIV-Aufklärung und Prävention in der Gemeinde durch, wodurch immer mehr Bewohner/innen Verhütungsmittel benutzten und offener über ihren HIV-Status sprachen. Trotz dieses Fortschrittes lebte im Jahr 2007 in den meisten Haushalten mindestens ein/e HIV/Aids-Betroffene/r. 78 Prozent der Todesfälle, die in den letzten zwei Jahren in einem Haushalt zu verzeichnen waren, wurden durch Aids verursacht. Zusätzlich verhinderte die Armut den Zugang zu einer lebensrettenden Behandlung (ARV-Therapie). Denn die HIV/Aids-Erkrankten mussten sich damals in der nächst größeren Stadt Gobabis behandeln lassen. Jedoch kostet ein Taxi von Otjivero nach Gobabis und zurück 100 N\$. Diese Transportkosten konnten die meisten Menschen auf Grund des fehlenden Einkommens und mangelnder Unterstützung von Freunden und Verwandten nicht aufbringen (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 55f).

In der HIV/Aids-Bekämpfung ist der größte Erfolg innerhalb des Pilotprojektes, dass die Erkrankten durch das Grundeinkommen nach Gobabis fahren und sich dort mit lebensrettenden Medikamenten behandeln lassen können. Folglich erhöhte sich die Anzahl der Menschen, welche eine lebensrettende HIV/Aids-Behandlung in Anspruch nahmen, von drei (November 2007) auf 36 Personen (Juli 2008). Auf Grund dieses zwölffachen Anstiegs beschloss der behandelnde Arzt aus Gobabis einmal pro Monat nach Otjivero zu fahren, um die Betroffenen vor Ort zu therapieren. Dadurch entfallen für die HIV/Aids-Erkrankten die Transportkosten. Jedoch äußerten sich in der BIG-Projektstudie auch einige Menschen

kritisch bezüglich dieser Entwicklung. Sie sind der Ansicht, dass die HIV/Aids-Behandlung in Otjivero allein durch die öffentliche Aufmerksamkeit der Projektergebnisse verursacht wurde (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2009, S. 59ff). Trotz dieser Kritik stellt die BIG-Koalition fest, dass das bedingungslose Grundeinkommen für die HIV/Aids-Bekämpfung eine große Unterstützung darstellt. Denn die Betroffenen müssen sich während der Behandlung gut ernähren, damit die Medikamente wirken. Wie Kapitel IV.2.1 zeigt, ermöglichte der soziale Geldtransfer unter anderem eine deutliche Verbesserung der Ernährung (ebd.).

### **2.7 MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**

Unter Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit verstehen die *Vereinten Nationen* den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen, die Lebensbedingungen der Slumbewohner/innen zu verbessern sowie den Verlust von Umweltressourcen vorzubeugen (vgl. Nuscheler 2006, S. 576). Dazu konnte Namibia bereits die Anzahl der Menschen halbieren, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Da aber nur 14 Prozent der ländlichen Bewohner/innen über grundlegende sanitäre Einrichtungen verfügen, dürfte das siebte MDG bis 2015 nicht erreicht werden (vgl. Kapitel II.2.2).

Die Gemeinde Otjivero-Omitara hat bei Betrachtung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser den Vorteil zu anderen Dörfern, dass die Bewohner/innen durch einen nahegelegenen Staudamm freien Wasserzugang erhalten. So besaßen bereits vor dem Pilotprojekt alle BIG-Empfänger/innen einen Wasserzugang. Im November 2007 besaßen von ihnen 76 Prozent einen Zugang zu kommunalen Wasserstellen, 16 Prozent der Bewohner/innen hatten einen Wasseranschluss auf ihrem Grundstück und 8 Prozent der Menschen besaßen eine Wasserleitung direkt in ihr Haus (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 43).

Im Gegensatz zum Wasserzugang befinden sich die sanitären Einrichtungen in der Gemeinde in einem sehr schlechten Zustand. Im November 2007 benutzten 8 Prozent der Haushalte einen Eimer, 20 Prozent gebrauchten den „Busch“ als Toilette, 22 Prozent besaßen ein Plumpsklo und 37 Prozent der Bewohner/innen verwendeten kommerzielle Toiletten. Nur 14 Prozent der Haushalte in der Gemeinde hatten einen Anschluss an die Kanalisation. Durch diesen sehr schlechten Zustand der sanitären Einrichtungen konnten sich Infektionskrankheiten schnell verbreiten. Seit der Einführung des sozialen Geldtransfers kam es zu einer Verbesserung der Situation. Der Anteil der Haushalte, welche kommunale Toiletten oder „Busch-Toiletten“ benutzen, sank von 57 auf 47 Prozent (zwischen November

2007 und Juli 2008). In der BIG-Studie 2008 wird beispielsweise von einem Dorfbewohner berichtet, der sich durch das zusätzliche Grundeinkommen eine Toilette baute (a.a.O., S. 42f).

In Bezug auf den Zugang zu Energiequellen zeigt sich seit der Einführung des Pilotprojektes ebenso eine positive Entwicklung. Im November 2007 besaß nur die Hälfte der Haushalte einen Zugang zu Elektrizität in ihrer Unterkunft, was sich im Juli 2008 bereits auf 72 Prozent erhöhte. Dadurch hat sich der Lebensstandard der Dorfbewohner/innen erheblich verbessert. Allerdings stieg der Anteil der Haushalte, die mit Strom kochen, im selben Zeitraum von 12 auf nur 15 Prozent. Dieses Ergebnis liegt laut BIG-Koalition vor, da ein Mangel an Elektrizitätsgeräten besteht. Die Koalition geht jedoch davon aus, dass sich diese Situation in den nächsten Monaten ändern wird. Denn mit dem zusätzlichen Einkommen werden sich die BIG-Empfänger/innen vermehrt Gebrauchsgüter wie Elektroherde anschaffen, wodurch das Kochen mit Feuerholz zurückgehen wird und folglich die Umweltressourcen verstärkt geschont werden können (ebd.). Angesichts dieser positiven Entwicklung wird deutlich, dass der soziale Geldtransfer auch in der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit als Unterstützung dient (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, s. 97).

### **2.8 MDG 8: Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft**

Im letzten Millenniums-Entwicklungsziel soll eine globale Partnerschaft aufgebaut werden (vgl. Kürschner-Pelkmann 2005, S. 4). Diese internationale Zusammenarbeit wird laut Claudia und Dirk *Haarmann* auch in dem Pilotprojekt gewährleistet, denn das BIG-Projekt erhält Unterstützung von verschiedenen Organisationen (z.B. der *Lutherische Weltbund* (LWF), die *Vereinte Evangelische Mission* (VEM) und die *Friedrich-Ebert-Stiftung*) sowie unterschiedlichen Personen, wie dem südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu oder dem brasilianischen Senator Eduardo Suplicy (vgl. Haarmann, Haarmann u.a. 2008, S. 97). Verstärkt wird die Partnerschaft auch durch die Einbeziehung der Gemeinde Otjivero-Omitara in das Projekt. So wurde mit der Gründung des BIG-Komitees ein wichtiger Beitrag zur Einbeziehung und Teilhabe der Gemeinschaft an dem Projekt geleistet (vgl. Kapitel IV.1.2).

## **3 Diskussion**

Im vorigen Abschnitt zeigte sich, dass in der Gemeinde Otjivero-Omitara seit Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens in allen Millenniums-Entwicklungszielen erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Angesichts dieser durchwegs positiven Ergebnisse stellt sich

für mich die Frage, in wie weit der Ansatz auf ganz Namibia übertragbar wäre und wo die Möglichkeiten sowie Grenzen des bedingungslosen Grundeinkommens liegen.

Zunächst sehe ich die Schwierigkeit der Umsetzung eines landesweiten Grundeinkommens in Namibia darin, dass erfolgreiche Projekte wegen des fehlenden politischen Willens nur selten in nationale Programme aufgenommen werden. Dies zeigte sich auch im aktuellen Stand in der Verwirklichung der Millenniumsziele. Sie stellen zwar ein entwicklungspolitisches Meisterwerk dar, jedoch engagieren sich die Staats- und Regierungschefs sowohl aus reichen wie aus armen Ländern kaum für deren Umsetzung. Dies legt mir die Vermutung nahe, dass für die Übertragung eines landesweiten Grundeinkommens ebenso das Engagement der namibischen Regierung fehlt und zusätzlich die reiche Bevölkerung aus Angst vor finanziellen Einbußen ein großer Gegner sein wird. Denn diese Bevölkerungsgruppe profitiert meist von der Armut des Landes. Sie stellen beispielsweise Arbeiter/innen auf ihren Farmen als billige Arbeitskräfte ein, was mit der Einführung eines sozialen Geldtransfers nicht mehr möglich wäre. Mit dem Grundeinkommen erhalten die Angestellten soziale Sicherheit und die Farmer/innen müssten folglich für ihre Arbeit mehr bezahlen. Deshalb ist vermutlich die Idee des Grundeinkommens besonders in der reichen Bevölkerung mit Ängsten über den Verlust ihres sozialen Status verbunden. Somit steht dieser Bevölkerungsteil der BIG-Koalition als eine große und einflussreiche Gruppe gegenüber.

Trotz dieser Schwierigkeiten weiß die namibische Regierung von den sozialen Problemen des Landes. Nicht ohne Grund verpflichtete sie sich neben der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele zur „Vision 2030“ (vgl. Kapitel II.2.2), in der Namibia bis zum Jahr 2030 den Lebensstandard eines Industrielandes erreichen soll. Es bleibt zu hoffen, dass dies nicht nur eine gute Idee darstellt, sondern die Vision verwirklicht werden kann. Dazu kann meiner Meinung nach das bedingungslose Grundeinkommen als enorme Unterstützung dienen. Ähnlich wie in den Millenniumszielen soll in der „Vision 2030“ die Armut bekämpft, die Ausbildung verbessert, die Gesundheitsversorgung gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Alle diese Punkte konnten mit dem sozialen Geldtransfer im Pilotprojekt gefördert werden. Wenn die Regierung das Land in einen Wohlstandsstaat führen möchte, eröffnet sich meiner Ansicht nach mit der Einführung eines landesweiten Grundeinkommens ein effektiver und effizienter Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Durch den sozialen Geldtransfer ergeben sich weitere Möglichkeiten für Namibia. Es kann neben der Verwirklichung der Millenniumsziele mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen, die

gesellschaftlichen Diskrepanzen verringert und folglich die extreme Kluft zwischen der armen und reichen Bevölkerung reduziert werden. Daneben ermöglicht das Grundeinkommen besonders für die arme meist schwarze Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben und eine deutliche Verbesserung ihres Lebensstandards. Trotz alledem sind die Möglichkeiten des sozialen Geldtransfers begrenzt. Denn es besteht die Gefahr, dass der Ansatz als Allheilmittel für die sozialen Probleme Namibias angesehen wird. Zwar könnte das Grundeinkommen die Schere zwischen Arm und Reich ein Stück schließen, aber alle gesellschaftlichen Schwierigkeiten werden damit nicht gelöst und eine absolute Gleichheit und Gerechtigkeit ist meiner Ansicht nach in keiner Gesellschaft möglich.

## **4 Zusammenfassung**

Die in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnisse des Pilotprojektes bestärken die Argumente für die Einführung eines Grundeinkommens. So konnte der soziale Geldtransfer entgegen der Kritik in der Gemeinde Otjivero-Omitara die Bereitschaft zur Arbeit sowie selbstständigen Tätigkeit erhöhen, es gab keine Anzeichen für einen erhöhten Alkoholkonsum und die Kriminalitätsrate reduzierte sich. Um die Lebensqualität der Bewohner/innen zu steigern, wurde das BIG-Komitee gegründet, welches die Einwohner/innen über die Verwendung des Geldes aus dem Grundeinkommen berät. Dies war ein wichtiger Schritt, um die Bevölkerung in das Projekt mit einzubeziehen und daran teilhaben zu lassen.

Neben diesen Erfolgen konnte das bedingungslose Grundeinkommen in Otjivero-Omitara erhebliche Fortschritte in allen Zielstellungen der Millenniums-Entwicklungsziele vorweisen. Innerhalb von nur einem Jahr konnte die extreme Armut von 72 auf 43 Prozent reduziert werden und nach einem halben Jahr stieg die Anzahl der Haushalte, in denen immer genügend Essen vorhanden ist von 20 auf 60 Prozent. Seit der BIG-Auszahlung gehen mehr Kinder in die Schule und es zeigten sich wesentliche Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung von Frauen und Männer. Zudem konnte zwischen November 2007 und 2008 die Anzahl unterernährter Kinder von 42 auf 10 Prozent reduziert werden. Des Weiteren suchen seither mehr Menschen schon bei kleineren Beschwerden die Klinik auf und mehr HIV/Aids-Erkrankte lassen sich mit lebensrettenden Medikamenten behandeln. Zuletzt verbesserte sich der Zugang zu sanitären Einrichtungen und seit der BIG-Auszahlung kam es zu einer Erhöhung der Anzahl von Stromanschlüssen in den Haushalten.



## **Bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland und Perspektiven für die Soziale Arbeit**

Nicht nur in Namibia wird die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert, sondern auch in Deutschland gewinnt dieser Ansatz zunehmend Beachtung. Da die Millenniums-Entwicklungsziele kaum eine Rolle spielen, besitzt dieses Modell einen anderen Hintergrund. In Deutschland werden besonders Kinder aus armen Haushalten, Familien mit Migrationshintergrund sowie alleinerziehende Eltern benachteiligt. Daneben bietet das heutige Wirtschafts- und Sozialsystem immer seltener allen Bürger/innen einen Arbeitsplatz und folglich keine ausreichende Existenzsicherung. Daraus ergibt sich in diesem Kapitel die Frage, in wie weit das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland die aktuellen Probleme des Sozialstaates angehen kann und welche Perspektiven dieser Ansatz für die Soziale Arbeit bietet. In diesem Zusammenhang wird im zweiten Abschnitt das Berufsfeld der Sozialen Arbeit erläutert.



# 1 Bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland

Bei einem Grundeinkommen in Deutschland würden alle Bürger/innen ein Einkommen erhalten, ohne dass eine Bedürftigkeit geprüft oder eine Arbeitsbereitschaft gefordert wird. Mit diesem Ansatz setzt sich das folgende Kapitel auseinander, wobei zunächst eine Einführung in das Thema statt findet. Die anschließenden Abschnitte beschreiben die unterschiedlichen Modelle sowie die Argumente für und gegen ein Grundeinkommen in Deutschland.

## 1.1 Einführung in das bedingungslose Grundeinkommens in Deutschland

Die Probleme des heutigen Sozialsystems sind unüberschaubar. Die Kosten steigen trotz sinkenden Leistungen. Sozialleistungen für Rentner und Arbeitslose werden gekürzt und die Staatsschulden nehmen stetig zu (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 11). Der deutsche Staat gibt jährlich rund 700 Milliarden Euro für Sozialleistungen aus. Dies entspricht einer Nettozialleistungsquote von rund 30 Prozent, wodurch Deutschland im *OECD*-Vergleich auf dem zweiten Platz hinter Frankreich liegt. Die meisten Sozialausgaben entfallen auf die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, welche überwiegend mit Lohnzusatzkosten finanziert werden (vgl. Enste 2008, S. 6). So gibt der Staat pro Person jährlich 8.400 € an Sozialleistungen aus. Diese Summe stünde bei einem Verzicht auf alle Sozialausgaben für ein Grundeinkommen zur Verfügung (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 12). Das hier aufgezeigte Modell stellt die gebündelte Form der Sozialtransfers dar, in dem alle Bürger/innen bedingungslos ein bestimmtes Mindesteinkommen erhalten (vgl. Enste 2008, S. 2).

In Deutschland wurde die Idee des Grundeinkommens schon in den 1980er Jahren in Westdeutschland diskutiert. Zu dieser Zeit führten die neu entstandenen sozialen Bewegungen (besonders der Erfolg der *Grünen*) und die verfestigte Massenarbeitslosigkeit zu den Debatten. Mit dem Mauerfall verschwand jedoch das öffentliche Interesse an dem Modell (vgl. Lessenich 2009, S. 5f). In aktuellen Diskussionen über die Ausgestaltung und Finanzierung des Sozialstaates erlangt das Grundeinkommen wieder an Bedeutung (vgl. Enste 2008, S. 2). Gefördert wird die Debatte besonders durch die zunehmende Kritik an Hartz-IV. Demnach schafft das derzeitige Sozialsystem immer mehr Kontrolle über die Lebensverhältnisse und Zwang zu jeglicher Arbeit. Durch die steigende Anzahl unsicherer Arbeitsplätze sowie der Forderung nach flexibleren Lebensläufen haben sich zusätzlich die

Anforderungen an den modernen Sozialstaat drastisch gewandelt (vgl. Worschech 2009, S. 28).

Eine Lösung der gegenwärtigen Probleme des Sozialstaats sehen folglich immer mehr Menschen in der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (vgl. Enste 2008, S. 4). Das Modell ist dadurch zu einer viel diskutierten Idee geworden und findet in allen politischen Lagern eine wachsende Anzahl an Befürworter/innen. Beispielsweise bedeutet für konservative Gruppen das Grundeinkommen die mögliche Existenz eines Sozialstaates mit deutlich weniger Bürokratie, dagegen stehen für die Linken verteilungs- und gerechtigkeitspolitische Fragen im Vordergrund und christliche Organisationen empfinden wiederum die grundsätzliche Menschenwürde mit den bedingungslosen Geldtransfer gewährleistet (vgl. Worschech 2009, S. 29).

### **1.2 Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland**

Modelle eines mehr oder weniger bedingungslosen Grundeinkommens genießen von der *FDP* und einflussreichen Unionspolitiker/innen sowie von großen Teilen der *Grünen* und *Linken* bis hin zu neoliberalen Ökonomen eine wachsende Popularität (vgl. Butterwege 2007, S. 25). Demzufolge gibt es in Deutschland eine Vielzahl an Modellen, wovon hierauf die drei Bekanntesten aufgeführt werden (vgl. Enste 2008, S. 7).

- *Modell von Götz Werner und Benediktus Hardorp*

Das medienwirksamste Modell des bedingungslosen Grundeinkommens stammt von Götz Werner<sup>22</sup>. Er fordert den Umbau der Arbeitnehmer-Gesellschaft mit der hohen Arbeitslosenzahl hin zu einer Gemeinschaft von Freiberuflern mit einem Grundeinkommen (vgl. Butterwege 2007, S. 26). Nach diesem Modell erhalten alle Staatsbürger/innen zum Einstieg monatlich 600 € und Kinder bis 18 Jahre 300 € (vgl. Publik-Forum 2009, S. 8). Dieser Betrag soll auf langfristige Sicht auf ein Existenzminimum von bis zu 1.500 € steigen. Die Finanzierung findet über die Umstellung des Steuersystems auf eine Konsumsteuer von bis zu 50 Prozent statt. Somit setzt die Besteuerung nicht mehr beim Arbeits- oder Kapitaleinsatz, sondern erst beim Konsum an (vgl. Enste 2008, S. 7).

---

<sup>22</sup> Der 1944 in Heidelberg geborene Drogist Götz Werner gründete 1973 seinen ersten Laden in Karlsruhe. Heute umfasst seine Drogeriemarktkette *dm* europaweit 1500 Filialen, in denen 21.000 Mitarbeiter/innen 3,1 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaften. Zusätzlich leitet Werner als Professor das *Interfakultative Institut für Entrepreneurship* der Universität Karlsruhe (vgl. Götz 2006, S. 4).

- *Modell von Dieter Althaus (CDU)*

Dieter Althaus<sup>23</sup> bezeichnet sein Modell als „Solidarisches Bürgergeld“, da es die Existenz aller Bürger/innen bedingungslos sichert und der Massenarbeitslosigkeit durch Entkoppelung von Arbeit und Einkommen entgegenwirkt. Nach diesem Konzept erhalten Kinder monatlich 300 € und Erwachsene 600 €. Ergänzend besteht eine Gutschrift von 200 € für Gesundheits- und Pflegeprämien (vgl. Butterwege 2007, S. 27). Finanziert werden soll das Modell durch die Abschaffung sämtlicher Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosen-, Kinder- und Elterngeld) sowie die Erhöhung der Einkommenssteuer auf 50 Prozent (vgl. Enste 2008, S. 7f). Ab der Einkommenshöhe von 1.600 € halbiert sich allerdings das Bürgergeld und es werden 25 Prozent an Steuern gezahlt. Die Nettokosten werden auf jährlich 183 Milliarden Euro geschätzt. Zusätzlich kommen 197 Milliarden Euro für den Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung hinzu (vgl. Publik-Forum 2009, S. 7).

- *Modell des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts*

Das *Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut*<sup>24</sup> befürwortet ein Grundeinkommen für alle in Deutschland lebenden Personen in Höhe von monatlich rund 650 € (vgl. Enste 2008, S. 8). Das Institut sieht dabei neben der Abschaffung aller steuer- und abgabefinanzierten Sozialleistungen auch die Streichung sozialpolitischer Regulierungen des Arbeitsmarktes vor. Zum Beispiel soll der Kündigungsschutz durch betrieblich vereinbarte Abfindungen ersetzt werden (vgl. Butterwege 2007, S. 27). Das Modell wird durch eine einheitliche Einkommenssteuer finanziert, welche ab dem ersten Euro Arbeitseinkommen voraussichtlich bei 35 Prozent liegt (vgl. Publik-Forum 2009, S. 14). Die Nettokosten werden auf jährlich 255 Milliarden Euro geschätzt, worin 198 Milliarden Euro Kosten für Kranken- und Pflegeversicherung enthalten sind (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 15).

Die verschiedenen Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens werden immer wieder unter den Begriffen wie „Bürgergeld“, „Bürgerversicherung“<sup>25</sup>, „Sozialdividende“<sup>26</sup> oder

---

<sup>23</sup> Dieter Althaus ist CDU-Politiker und war Ministerpräsident von Thüringen (vgl. Butterwege 2007, S. 27).

<sup>24</sup> Das *Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut* ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Trends frühzeitig erkennt und interdisziplinär analysiert (vgl. HWWI 2007).

<sup>25</sup> Bei einer Bürgerversicherung erhalten alle Bürger/innen unabhängig von der Haushaltsform, Einkommenslage und Erwerbssituation eine eigenständige Absicherung (vgl. Strengmann-Kuhn 2005, S. 10f).

<sup>26</sup> Die Sozialdividende wird vor der steuerrechtlichen Überprüfung des Einkommens und Vermögens an alle Bürger/innen ausgezahlt („echtes Grundeinkommen“) (vgl. Blaschke 2008, S. 5).

„negative Einkommenssteuer“<sup>27</sup> diskutiert (vgl. Belwe 2007, S. 2). Allerdings stellt dabei die negative Einkommenssteuer, welche z.B. als Bürgergeld bezeichnet wird, nur dann ein bedingungsloses Grundeinkommen dar, wenn die Transferleistung die Existenz sichert, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und ohne Bedürftigkeitsprüfung sowie Zwang zu anderen Gegenleistungen garantiert wird. Jedoch erfüllen die meisten Modelle der negativen Einkommenssteuer diese Kriterien nicht (vgl. Blaschke 2008, S. 4f). Beispielsweise plädiert die *FDP* in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2009 für die Einführung eines „Liberalen Bürgergeldes“ in Form einer negativen Einkommenssteuer (vgl. Der Spiegel 2009). Dieser Bürgergeldanspruch beinhaltet jedoch u.a. die Voraussetzung, dass eine Bereitschaft und Bedürftigkeit zur Arbeitsaufnahme bei Erwerbsfähigkeit besteht (vgl. FDP 2008, S. 4). Somit erfüllt dieses Modell nicht die Kriterien eines bedingungslosen Grundeinkommens (vgl. Blaschke 2008, S. 59).

### **1.3 Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland**

Als einfach, fair und unbürokratisch wird die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens von Befürworter/innen beschrieben. Dieser Ansatz stellt ihrer Ansicht nach nicht nur die Lösung aktueller sozialpolitischer Probleme dar, sondern auch die Beseitigung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten (vgl. Eichenhofer 2007, S. 19). Folgend werden weitere Argumente für einen sozialen Geldtransfer in Deutschland aufgezeigt.

Die Stärken des Grundeinkommens liegen in der Einfachheit und Transparenz des Verfahrens. Es bestehen weder zu verrechnende Einkommensflüsse noch Verknüpfungen mit dem eigenen Vermögen und zusätzlich entfällt die Bemessungsgrenze (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 13). Durch diese transparente und vereinfachte Transferzahlung sowie der Abschaffung von Einzelfallprüfungen wird im bedingungslosen Mindesteinkommen ein radikaler Abbau der Bürokratie gesehen (vgl. Vobruda 2007, S. 180).

Neben dem Bürokratieabbau bietet das Grundeinkommen, durch die Entkopplung der Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit, soziale Sicherheit in allen Lebenslagen (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 13). Diese Sicherheit ermöglicht den Menschen ihr Leben freier und einfacher zu gestalten. Sie können beispielsweise die Arbeitszeit verkürzen, Kinder

---

<sup>27</sup> Im Gegensatz zur Sozialdividende erhält bei der negativen Einkommenssteuer jede/r nachträglich im Rahmen einer steuerlichen Überprüfung Anspruch („unechtes Grundeinkommen“). Zu versteuerndes Einkommen wird prozentual auf den Einkommensanspruch angerechnet. Wer oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze liegt, bekommt kein Grundeinkommen ausgezahlt. Wer unterhalb der Grenze liegt, erhält einen Transfer in Form einer negativen Einkommenssteuer, also eine vom Staat ausgezahlte "Steuer" (vgl. Blaschke 2008, S. 5).

erziehen, Angehörige pflegen oder sich kulturell und sozial engagieren. Durch den bedingungslosen Geldtransfer werden diese Tätigkeiten bezahlt und aufgewertet (vgl. Kessler 2009, S. 4).

Argumentiert wird auch mit den Menschenrechten, welche das Selbstverständnis des Grundeinkommens darstellen (vgl. Eriksson 2008, S. 36). Dem Modell unterliegt das egalitäre Prinzip, nach dem alle Menschen gleich behandelt werden und folglich den Anspruch auf ein gleiches Mindesteinkommen besitzen. Damit erhalten bedingungslos alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Beruf, Wohnsitz und Familienstand den Geldtransfer. Es werden alle Personen unterstützt, die Hilfe benötigen und niemand fällt unterhalb des Existenzminimums (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 13). Somit kann jede/r am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben und die materiellen Grundbedürfnisse abdecken (vgl. Worschech 2009, S. 28).

Eine weitere Begründung für ein Grundeinkommen stellt die Anpassung an den sozialen Wandel dar. Traditionelle Familienformen sowie die Erwerbsbiografie der lebenslangen Beschäftigung sind in der heutigen Gesellschaft kaum noch vorhanden. Wer keine Arbeit hat, alleinerziehend ist, in einer Patchwork-Familie lebt und häufig den Beruf, seine/n Partner/in und Wohnsitz wechselt, benötigt sozialpolitische Unterstützung. Dazu müssen die Menschen in einer Bedarfsgemeinschaft jedoch ihr Einkommen und Vermögen gegenseitig anrechnen und sind einem enormen Kontrollaufwand unterlegen. Diese Problematik entfällt bei der Einführung eines Mindesteinkommens. Es muss nicht mehr überprüft werden, wer mit wem in welcher Beziehung steht (vgl. Hohenleitner & Straubhaar 2007, S. 13).

Zuletzt verbessert aus feministischer Sichtweise das bedingungslose Grundeinkommen die Einkommenssituation vieler Frauen und besonders derer, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Diese materielle Existenzsicherung hätte ein Autonomiegewinn zur Folge, wodurch die Frauen flexiblere Wahlmöglichkeiten erhalten, wann und zu welchen Bedingungen gearbeitet werden soll. Diese Wahlfreiheit ermöglicht den Frauen wiederum eine leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das bedingungslose Grundeinkommen würde daher einen Meilenstein zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft darstellen (vgl. Worschech 2009, S. 29f).

#### 1.4 Kritik an einem bedingungslosen Grundeinkommen in Deutschland

So wie es eine große Anzahl an Befürworter/innen für ein Grundeinkommen gibt, kritisieren ebenso viele Menschen diesen Ansatz. Sie warnen vor finanziellen Risiken und vor der zu erwartenden Verhaltensänderungen der Menschen. Ihrer Ansicht nach impliziert das Konzept den höchst problematischen Anreiz zum Nichtstun (vgl. Belwe 2007, S. 2). Drei weitere Kritiker/innen an einem Grundeinkommen in Deutschland werden folgend aufgeführt.

Nach Auffassung von Michaela *Böhm* (vgl. 2009, S. 12) befreit das bedingungslose Grundeinkommen niemanden, sondern fördert stattdessen die „bedingungslose Kapitulation“ der unteren Gesellschaftsschichten. Die Ein-Euro-Jobber, Erwerbslosen und „Schwachen“ der Gesellschaft ohne qualifizierte Schulabschlüsse laufen Gefahr, mit einem Grundeinkommen abgefertigt zu werden. Es gäbe keine anständig bezahlte Arbeit zu vernünftigen Bedingungen, keine Bildung, keine Anerkennung und keine Teilhabe. Die Betroffenen erhielten zwar Geld und müssten folglich nicht mehr hungern, die Gesellschaft hätte aber mit dem Wegfall aller früheren Sozialleistungen nichts mehr zu bieten. *Böhm* sieht das Modell daher als ein „Beruhigungsmittel für Menschen auf der Reservebank“ (ebd.).

Laut Eberhard *Eichenhofer* (vgl. 2007, S. 21) verbilligt das bedingungslose Grundeinkommen die Arbeit im doppelten Sinne. Einerseits entwertet sie ihren sozialen Sinn und andererseits den daran geknüpften Schutz. Denn nach diesem Ansatz entfallen größtenteils alle Sozialversicherungen und folglich auch die Arbeitssicherung der Arbeitnehmer/innen. Dadurch erhalten die Betroffenen keinen Schutz bei Unfällen und Berufskrankheiten und für das Unternehmen entfällt jeglicher Anreiz zur Unfallprävention. Zusätzlich ist fraglich, ob bei Erkrankung der Arbeitnehmer/in der Lohn fortgezahlt oder auf das Grundeinkommen verwiesen wird (ebd.).

Aus feministischer Sicht wird in der Idee eines Grundeinkommens die Gefahr der Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen gesehen. Mit der Existenzsicherung entfällt die Notwendigkeit der Erwerbsarbeit, was zu einer Verdrängung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen kann. Diese Entwicklung würde die traditionelle Arbeitsteilung verstärken, in der sich die Frauen wieder häufiger der Familienarbeit zuwenden. Zusätzlich könnte die Re-Traditionalisierung die Vorurteile über weibliche Erwerbstätigkeit aufrechterhalten. Denn Frauen müssten sich mit einem bedingungslosen Grundeinkommen öfters zwischen Familie und Erwerbstätigkeit entscheiden und ihre Entscheidung im Gegensatz zu Männern häufiger rechtfertigen (vgl. Morschech 2009, S. 39).

## 2 Berufsfeld der Sozialen Arbeit

Um die Auswirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens für die Soziale Arbeit erläutern zu können, wird in diesem Kapitel zunächst ein Einblick in die Profession gegeben. Dies beginnt mit einer Begriffsbestimmung, worauf anschließend die Methoden der Sozialen Arbeit beschrieben werden. Der letzte Abschnitt behandelt die Theorieansätze der Profession.

### 2.1 Begriffsbestimmung der Sozialen Arbeit

Der Begriff „Soziale Arbeit“ hat sich sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis als ein Oberbegriff für „Sozialarbeit“ und „Sozialpädagogik“ eingebürgert. Allerdings besteht bis heute keine Einigkeit, ob diese Begriffe identisch zu verwenden sind. Auf Grund der gemeinsamen Wurzeln in der europäischen Armenpflege im 18. Jahrhundert, der synchron verlaufenden Ausbildungsentwicklung sowie gleicher Konzepte und Forschungsansätze kann Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Deutschland jedoch als eine Einheit verstanden werden (vgl. Rauschenbach & Züchner 2007, S. 835f).

Zur Definition der Sozialen Arbeit findet sich in der gegenwärtigen Literatur immer wieder die Definition der *International Federation of Social Work* (IFSW) (vgl. u.a.: Engelke 2004, S. 297; Staub-Bernasconi 2006, S. 267). Dem IFSW gehören 450.000 Mitgliedern aus 70 Ländern an. Über drei Jahre wurde in der Organisation über eine neue Begriffsbestimmung beraten und im Jahr 2000 auf der Vollversammlung in Montreal die folgende Definition für die professionelle Soziale Arbeit veröffentlicht (vgl. Engelke 2004, S. 297).

*„Die Profession Soziale Arbeit fördert sozialen Wandel, Problemlösungen in zwischenmenschlichen Beziehungen sowie die Befähigung und Befreiung von Menschen zur Verbesserung ihres Wohlbefindens. Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse über menschliches Verhalten und soziale Systeme greift Soziale Arbeit dort ein, wo Menschen und ihre Umwelt aufeinander einwirken. Grundlagen der Sozialen Arbeit sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit.“* (IFSW 2005).

Nach Ansicht des IFSWs basiert die Soziale Arbeit in der Theorie und Praxis auf humanitären und demokratischen Werten. Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit dienen dabei als Motivation und Rechtfertigung für sozialarbeiterisches Handeln (vgl. Engelke 2004, S. 298ff). Die Grundlage für sozialarbeiterisches Handeln stellen soziale Probleme dar. Dabei interessiert die Soziale Arbeit wer von sozialen Problemen betroffen ist, welche Ursachen hierfür bestehen und was dagegen getan werden kann. Soziale Probleme stellen meist Abweichungen von einer funktionierenden Gesellschaft dar und werden mit Bildern wie

Armut, Kriminalität, Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit und Gewalt verbunden (vgl. Groenemeyer 2005, S. 1693ff).

## **2.2 Methoden der Sozialen Arbeit**

Um sozialen Problemen entgegenzuwirken, verwendet die Soziale Arbeit in der Regel Methoden als Hilfsmittel. Eine Methode stellt eine Arbeitsform dar, die sich auf bestimmte Klienten oder soziale Systeme bezieht. Mit ihrer Hilfe können Sozialarbeiter/innen einen planbaren und kontrollierbaren Hilfeprozess einleiten und dabei den Interessen der Klienten, der Voraussetzungen der Institution sowie dem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden. Häufig werden Methoden auch als „Scharnier“ zwischen der Theorie und Praxis bezeichnet, da sie praktische erfahrungsbezogene Kenntnisse mit wissenschaftlichem Erklärungswissen verbinden (vgl. Ehrhardt 2007, S. 644).

Die drei klassischen Methoden der Sozialen Arbeit stellen die soziale Einzelfallhilfe, die soziale Gruppenarbeit sowie die Gemeinwesenarbeit dar. Die soziale Einzelfallhilfe ist die älteste Methode und verläuft in drei Phasen. Zunächst werden in einer Anamnese aktuelle Gründe für die sozialen Probleme der Adressanten/innen erhoben. Darauf wird ein Hilfeplan entwickelt, in dem die Ressourcen des Individuums berücksichtigt werden. Dieser Plan wird abschließend schrittweise umgesetzt und seine Wirkung evaluiert (vgl. Müller 2005, S. 1206). Die soziale Gruppenarbeit geht davon aus, dass in jeder sozialen Gruppe dynamische Prozesse vorhanden sind. Diese Prozesse sind hilfreich, um Veränderungen erreichen zu können (vgl. Eriksson 2008, S. 32). Dagegen nimmt die Gemeinwesenarbeit Sozialräume zum Gegenstand ihrer sozialen Interventionen. Sie zielt dabei nicht auf die Milderung einzelner Problemlagen, sondern grundsätzliche Veränderungen menschlicher Lebensbedingungen (vgl. Ehrhardt 2007, S. 645).

Diese drei klassischen Methoden entwickelten sich jedoch im Zuge der Professionalisierung Sozialer Arbeit in verschiedene Varianten weiter. So wird heutzutage zwischen primären und sekundären Methoden unterschieden. Die primären Methoden beinhalten die Arbeit mit Klienten und sozialen Systemen. Zu diesen Ansätzen gehört die Arbeit mit Einzelnen, Paaren und Familie (z.B. soziale Einzelhilfe, Casework, Case Management, Hilfeplanungsprozesse, Familienberatung und sozialpädagogische Familienhilfe) sowie Angebote für Gruppen und Stadtteile (z.B. Gruppenarbeit, Sozialplanung, Quartiersmanagement und Streetwork). Die sekundären Methoden (z.B. Supervision, Organisationsentwicklung, Sozialmanagement und



Qualitätsmanagement) beziehen sich auf die Arbeit mit sozialen Organisationen (a.a.O., S. 644).

### **2.3 Vier Theorieansätze der Sozialen Arbeit**

Theorien dienen zur Erklärung der Realität und ermöglichen ein zukunftsorientiertes Handeln. Dadurch sind sie gleichzeitig Träger und Motor von Erkenntnissen (vgl. Müller 2002, S. 970f). In der professionellen Sozialen Arbeit besteht jedoch das Problem, dass kaum etablierte Theorien vorhanden sind. Stattdessen gibt es eine Vielzahl an Theorieansätzen und Theorieentwürfen (vgl. Mühlum 2007, S. 966). Die Theorieansätze der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, systemischen Sozialarbeit, kritischen Theorie sowie der ökosoziale Ansatz werden hierauf näher behandelt.

- *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit nach Hans Thiersch*

Das Konzept der Lebensweltorientierung stellt eine der zentralen Theorieströmungen dar, welche die Entwicklung der praktischen und theoretischen Sozialen Arbeit seit den 70er Jahre mitgeprägt hat. In der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit werden die rechtlichen, institutionellen sowie professionellen Ressourcen genutzt, um der Person im Alltag zur Selbstständigkeit, Selbsthilfe und sozialer Gerechtigkeit zu verhelfen. Die sozialarbeiterische Unterstützung orientiert sich dabei an der Lebenswelt des/der Klienten/in und beachtet die individuellen Handlungsmuster in den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen (vgl. Grunwald & Thiersch 2005, S. 1136).

- *Systemische Sozialarbeit*

Der Ansatz der systemischen Sozialarbeit basiert auf der Kybernetik, Kommunikations- und Systemtheorie sowie dem Konstruktivismus. Entscheidend ist die Abwendung vom linearen Ursachen-Wirkung-Denken hin zu einem zirkulären Systemmodell. Das System verbindet dabei die Wirklichkeit des Individuums mit seiner sozialen Umwelt. Bei Problemen reagiert das System mit einer Systemstörung. Diese Reaktionen lassen sich weder voraussagen, noch sind gezielte Eingriffe möglich. Deshalb geht es in dem systemischen Ansatz darum, vorhandene Fähigkeiten und Ressourcen der Adressanten/innen für die Zusammenarbeit zu nutzen, deren persönliche Kompetenzen zu steigern und gemeinsam mit dem/der Klient/in Lösungsstrategien zu entwickeln (vgl. Enders 2002, S. 959).

- *Kritische Theorie nach Max Horkheimer*

Die kritische Theorie ist die Bezeichnung für eine wissenschaftliche Gesellschaft, in der Theorien aus verschiedenen Disziplinen zusammengefasst sind. Dabei wird versucht, aus der Geschichte der Philosophie und der Gesellschaftstheorien ein analytisches Instrument zu machen. Dies beinhaltet die Verknüpfung der Gesellschaftskritik mit dem Streben zu einer humaneren Gesellschaft. Die Theorie fordert somit eine analytische sozialwissenschaftliche Arbeit, die Beiträge zur Überwindung menschenunwürdiger gesellschaftlicher Zustände leistet. In diesem Ansatz finden sich u.a. die Gedankengänge der Philosophie von *Hegels* sowie der materialistischen Theorie von *Marxs* und *Engels* wieder. Besonders durch die Studentenbewegung in den 70er-Jahren übte die Theorie erheblichen Einfluss auf die gesellschaftspolitischen Aspekte der Sozialen Arbeit aus (vgl. Pressel 2002, S. 593f).

- *Ökosozialer Ansatz nach Wolf-Rainer Wendt*

Im ökosozialen Ansatz rückt die Mensch-Umwelt-Beziehung in den Mittelpunkt. Das Modell geht davon aus, dass durch belastende Beziehungen, lebensverändernde Ereignisse sowie Umweltanforderungen zwischen der Person und seiner Umwelt Störungen auftreten können (vgl. Mühlum 2002, S. 973). Dabei bietet die Soziale Arbeit in Form von Case Management eine effektive und effiziente Hilfestellung an, um die vielfältigen Probleme des/der Klient/in und seiner/ihrer Umwelt zu organisieren. Als sogenannter „Unterstützungsmanager“ werden Problemlagen der Adressanten/innen geklärt, Hilfeleistungen geplant und dabei individuelle Ressourcen mit einbezogen. Die Soziale Arbeit erhält mit diesem Ansatz vermehrt die Funktion der Unterstützung sozialer Hilfsprozesse und sozialpolitischer Aufgaben und somit das „Management im Einzelfall“ (vgl. Füssenhäuser & Thiersch 2005, S.1889f).

### **3 Perspektiven des Grundeinkommens für die Soziale Arbeit**

Die Ausgaben im sozialen Bereich steigen jährlich an und gleichzeitig reduzieren sich die finanziellen Ressourcen (vgl. Leuthold & Rahm 2005, S. 5). Zusätzlich nehmen die Verwaltungsaufgaben für die Soziale Arbeit stetig zu. So werden mittlerweile 10 bis 30 Prozent der gesamten Arbeitszeit mit bürokratischen Anforderungen verbracht, statt diese Zeit in Kontakt mit Menschen zu investieren (vgl. König, Oerthel & Puch 2004, S. 15). Um der Entwicklung entgegenzuwirken, gewinnen zunehmend Instrumente aus der Wirtschaft wie Qualitätsmanagement oder Qualitätsmaximierung in der Sozialen Arbeit an Bedeutung (vgl. Vomberg 2002, S. 11). Neben den wirtschaftlichen Instrumenten würde das bedingungslose Grundeinkommen hierbei als Unterstützung dienen (vgl. Eriksson 2008, S. 36). Denn in

diesem Ansatz wird ein radikaler Abbau der Bürokratie gesehen, womit für die Soziale Arbeit zahlreiche Verwaltungsarbeiten entfallen (vgl. Enste 2008, S. 4). Dadurch können Sozialarbeiter/innen wieder vermehrt direkte Unterstützung anbieten, ohne langwierige bürokratische Wege zur Antragsbewilligung gehen zu müssen (vgl. Eriksson 2008, S. 37).

Weitere Perspektiven bietet das Grundeinkommen bei Betrachtung der o.g. Definition der Sozialen Arbeit (a.a.O., S. 36). Laut *IFSW* ist die Profession verpflichtet, den sozialen Wandel zu fördern (vgl. Kapitel V.2.1). Mit der Einführung des bedingungslosen Mindesteinkommens würde sich die Sozialpolitik an sozioökonomische Veränderungen anpassen und somit die Soziale Arbeit bei der Förderung des sozialen Wandels unterstützen. Denn in der heutigen Gesellschaft ist die lebenslange Vollbeschäftigung kaum noch vorhanden, wodurch immer mehr Menschen auf sozialpolitische Unterstützungen angewiesen sind. Dabei unterliegen die Betroffenen gegenwärtig jedoch einer enormen Kontrolle ihrer Lebensverhältnisse, was bei Einführung eines Grundeinkommens entfallen würde (vgl. Kapitel V.1.3).

Anknüpfend daran ist die Soziale Arbeit laut *IFSWs* verpflichtet, die Menschen zur Verbesserung ihres Wohlbefindens zu befähigen (vgl. Kapitel V.2.1). Das bedingungslose Grundeinkommen kann dabei als Unterstützung dienen, denn der Ansatz gewährleistet den Menschen eine finanzielle Sicherheit (vgl. Kapitel V.1.3). Diese Sicherheit stärkt alle Formen des Zusammenlebens und besonders das mit Kindern, ermöglicht die Knüpfung neuer sozialer Netzwerke, stärkt Geringverdiener/innen und wertet ehrenamtliche Tätigkeiten sowie die Kindererziehung auf. Mit dem Grundeinkommen erhalten die Menschen die Möglichkeit, auf neue Herausforderungen zu reagieren, ohne dass die sozialen Spannungen ständig wachsen. Folglich verbessert dieser Ansatz das Wohlbefinden der Menschen in allen Lebenslagen (vgl. Kessler 2009, S. 4).

Neben diesen Verpflichtungen unterliegt die Soziale Arbeit nach Definition des *IFSWs* den Prinzipien der Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit (vgl. Kapitel V.2.1). Die zwei Grundwerte stellen ebenso die ethischen Prinzipien des bedingungslosen Grundeinkommens dar (vgl. Eriksson 2008, S. 36). Das Grundeinkommen fördert die Gerechtigkeit, in dem u.a. ungerecht empfunden Einkommensverteilungen vermieden werden (vgl. Enste 2008, S. 4). Zudem können bei der Einführung eines Mindesteinkommens alle Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben und ihre materiellen Grundbedürfnisse sichern, wodurch die Menschenwürde gewährleistet wird (vgl. Kapitel V.1.3). Auf Grund dieser

Gemeinsamkeit kann das Grundeinkommen auch als eine Form der Sozialen Arbeit angesehen werden (vgl. Eriksson 2008, S. 36).

Weiterführend eröffnet das Konzept des Grundeinkommens ein weiteres Arbeitsfeld für die Soziale Arbeit. Denn die Einführung der Transferleistung kann bei Menschen eine Sinnkrise auslösen. Viele Menschen leben durch Sozialhilfe und andere Unterstützungsformen fremdbestimmt und können aus ihrer teilnahmslosen Lebensweise nicht selbstbestimmend handeln. Daher entwickelt sich möglicherweise eine Krise, bevor die mit dem Grundeinkommen gewonnene Freiheit entdeckt und Kreativität entfaltet wird. Dies wäre eine neue Herausforderung und ein weiteres Arbeitsfeld für die Soziale Arbeit. Dabei würden Sozialarbeiter/innen die Identitätsentwicklung der Klienten/innen unterstützen und ihre Selbstbestimmung fördern (a.a.O., S. 37).

Bei einem Vergleich mit den oben genannten Theorieansätzen lässt sich erkennen, dass das bedingungslose Grundeinkommen positive Folgen für die lebensweltorientierte Soziale Arbeit hat. Die Profession würde bei der Einführung eines Mindesteinkommens ihren karitativen Charakter verlieren, nicht mehr vorwiegend helfen, sondern präventiv fördern und begleiten (a.a.O., S. 37f). So erhielten die Sozialarbeiter/innen durch das Grundeinkommen wieder die Nähe zu den Klienten/innen, könnten sie mehr im Alltag unterstützen und sich verstärkt an ihrer Lebenswelt orientieren (vgl. Kapitel V.2.3).

Eine weitere Perspektive bietet das bedingungslose Grundeinkommen für die kritische Theorie. Nach der Theorie sollen die menschenunwürdigen Zustände der Gesellschaft überwunden werden (vgl. Kapitel V.2.3). Diese Zustände beinhalten unter anderem die durch die Hartz-IV Reform entstandenen Kontrollen von Lebensverhältnissen sowie der Zwang zu jeglicher Arbeit. Mit dem Grundeinkommen kann dieser Entwicklung entgegengewirkt und folglich können die menschenunwürdigen Zustände vermieden werden (vgl. Kapitel V.1.1).

Zudem werden trotz eines bedingungslosen Grundeinkommens weiterhin soziale Probleme (z.B. Drogenabhängigkeit oder Gewalt) vorhanden sein (vgl. Eriksson 2008, S. 38). Um diesen oft komplexen Problemen zu begegnen, wendet der ökosoziale Ansatz als Hilfsmittel Case Management an (vgl. Kapitel V.2.3). Da das Managen des Einzelfalls jedoch sehr viel intensive Zeit beansprucht und folglich hohe Kosten verursacht, könnte hierbei das Grundeinkommen für den ökosozialen Ansatz eine große Hilfe sein. Denn mit dem Modell würde sich einen Großteil des jetzigen Kostendrucks reduzieren (vgl. Eriksson 2008, S. 38).

## 4 Diskussion

Angesichts der positiven BIG-Projektergebnisse in Namibia frage ich mich, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen auch in Deutschland erfolgreich wäre und sich dieser Ansatz übertragen ließe. Dabei kommt die Frage nach der Finanzierbarkeit und Umsetzbarkeit des Modells auf und welche Perspektiven das Mindesteinkommen für die Soziale Arbeit bietet.

In Deutschland handelt es sich, im Gegensatz zu Namibia, um einen wesentlich höheren Geldbetrag, der je nach Modell zwischen 600 und 1.500 Euro pro Monat variiert. Mit dieser Summe hätte nach den o.g. Modellen der Sozialstaat zwischen 255 und 380 Mrd. Euro (inklusive Kranken- und Pflegeversicherung) an Nettokosten aufzubringen (vgl. Kapitel V.1.2). Da dieser Betrag aber deutlich unter den derzeitigen Sozialausgaben mit 700 Mrd. Euro liegt, denke ich, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland finanzierbar wäre (vgl. Kapitel V.1.1).

Die Umsetzung einer solchen Existenzsicherung wird trotz alledem meiner Ansicht nach wegen der fehlenden Unterstützung der Bevölkerung scheitern. Denn ich vermute, dass besonders konservative und reichere Bevölkerungsgruppen damit argumentieren würden, jede Person sollte selbst ihren Lebensunterhalt erarbeiten. Das Grundeinkommen würde demnach eine staatliche Transferleistung für das Nichtstun darstellen und die Arbeitsbereitschaft reduzieren. Um diesen Bevölkerungsteil von dem Nutzen zu überzeugen, plädiere ich dafür, ebenso wie in Namibia, einen bedingungslosen Geldtransfer in Form eines Pilotprojektes zu erproben. Nach einem erfolgreichen Projektabschluss wären gesicherte Daten vorhanden, mit welchen die zuvor meist spekulativen Argumente entweder bestärkt oder widerlegt werden könnten.

Bei der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens befürworte ich auch die Bereitstellung einer professionellen Unterstützung, speziell durch Sozialarbeiter/innen. Denn ich gehe davon aus, dass es vielen Menschen schwerfallen wird, mit dem zusätzlichen Einkommen gewissenhaft umzugehen. Sie laufen Gefahr, sich möglicherweise zu verschulden, in eine Sinnkrise zu fallen oder das Geld für Alkohol und andere Konsumgüter auszugeben und nicht sinnvoll zu investieren. Als Vorreiter dieser Idee dient das im Pilotprojekt gegründete BIG-Komitee, welches den Dorfbewohner/innen bei Geldfragen Beratungsgespräche anbietet. Eine solche Beratungsorganisation sollte bei der Einführung

eines landesweiten bedingungslosen Grundeinkommens übernommen und weiterentwickelt werden.

Diese Art von Beratung gehört zu den typischen Aufgaben der Sozialen Arbeit, weshalb für das Berufsfeld hierbei ein neuer Arbeitsbereich entstehen könnte. Daneben gibt es eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten und Überschneidungspunkte in der Zielsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens und der Profession, weshalb sich meiner Meinung nach das Berufsfeld der Sozialen Arbeit für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland stark machen sollte. Dies könnte beispielsweise durch den Beitritt zu Initiativen verwirklicht werden, wie das *Netzwerk Grundeinkommen*<sup>28</sup> in Deutschland oder andere internationale Vereinigungen.

## **5 Zusammenfassung**

Die Probleme des Sozialstaates nehmen stetig zu. Kosten steigen trotz sinkender Leistungen und die Staatsschulden sowie die Kritik an Hartz-IV erhöhen sich kontinuierlich. Folglich sehen immer mehr Menschen die Lösung der aktuellen Probleme des Sozialstaates in der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Nach deren Ansicht bietet das Modell unter anderem einen radikalen Abbau der Bürokratie, gewährleistet die Menschenrechte, schafft soziale Sicherheit und passt sich an den sozialen Wandel an. Dagegen sehen Kritiker/innen in der Idee des Grundeinkommens die Gefahr, dass die Schwachen der Gesellschaft mit der Transferleistung ruhig gestellt werden sollen. Zusätzlich würde bei der Einführung eines solchen Modells die Arbeitssicherung entfallen und die Re-Traditionalisierung der Geschlechterrollen herbei geführt werden.

Trotz dieser Kritik würde die Einführung eines Grundeinkommens für das Berufsfeld der Sozialen Arbeit eine große Unterstützung darstellen. Zunächst baut das Grundeinkommen die bürokratischen Hürden ab, mit welchen die Soziale Arbeit vermehrt konfrontiert wird. Bei der Einführung eines bedingungslosen Geldtransfers würden sich neue sozialarbeiterische Bereiche eröffnen und wegen der gleichen Grundwerte kann das Grundeinkommen als eine Form der Sozialen Arbeit angesehen werden. Zuletzt bietet der Ansatz in Bezug auf die Theorieansätze weitere Perspektiven für die Profession. Das Modell würde die lebensweltorientierte Sozialarbeit fördern, die Forderungen der kritischen Theorie umsetzen sowie den ökosozialen Ansatz unterstützen.

---

<sup>28</sup> Alle weiteren Informationen über das *Netzwerk Grundeinkommen* sind unter <http://www.grundeinkommen.de> zu finden.

Entgegen der Kritik an der Idee eines Grundeinkommens denke ich, dass eine solche Transferleistung den Menschen eine finanzielle Grundlage bietet. Dadurch erhalten sie die Möglichkeit frei zu entscheiden, ob sie weiterhin arbeiten möchten oder beispielsweise ihre Zeit in die Kindererziehung investieren, sich sozial engagieren oder ihre Arbeitszeit verkürzen. Hierbei finde ich es besonders wichtig, dass mit dem Grundeinkommen die Kindererziehung bezahlt und aufgewertet wird. Auch sehe ich als angehende Sozialarbeiterin in dem bedingungslosen Geldtransfer die Chance, dass dieser Ansatz den beruflichen Alltag erleichtert. Denn mit einem Grundeinkommen könnte ein radikaler Bürokratieabbau stattfinden, wodurch die Soziale Arbeit wieder mehr Zeit für den direkten Klientenkontakt erhält.

# VI

## **Schlussbetrachtung**

Zur Bearbeitung des Themas der vorliegenden Arbeit stand die Frage nach der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele der *Vereinten Nationen* durch das bedingungslose Grundeinkommen im Vordergrund. Daneben sollte nach Perspektiven des Ansatzes für die Soziale Arbeit in Deutschland gesucht werden.



Zur Beantwortung der ersten Fragestellung befasste sich zunächst das zweite Kapitel mit den Millenniums-Entwicklungszielen der *Vereinten Nationen* besonders in Namibia. Es lies sich erkennen, dass diese Ziele in der internationalen Entwicklungspolitik zwar einen sehr hohen Stellenwert besitzen, global betrachtet aber kaum ein Ziel bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden kann. Nach dem Leiter des *UN*-Millenniumsprojektes Jeffrey D. *Sachs* liegen die Ursachen hauptsächlich in der vorherrschenden extremen Armut sowie in immer wiederkehrenden Krisen und Kriege in einzelnen Ländern. Hinzu kann eine schlechte Regierungsführung sowie fehlender politischer Wille sowohl von Industriestaaten wie auch von Entwicklungsländern kommen. Im afrikanischen Namibia ist die Situation ähnlich. Dort leben mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in extremer Armut und die HIV/Aids-Epidemie breitet sich rasant aus. Neben diesen Schwierigkeiten können die Millenniumsziele in dem Land durch die bestehende kulturelle Diskriminierung von Frauen, hohe Kinder- und Müttersterblichkeitsrate sowie schlechte sanitäre Versorgung bis 2015 nur schwer verwirklicht werden.

Diese gravierenden sozialen Probleme sowie das Nicht-Erreichen der Millenniumsziele verlangen einen dringend notwendigen Kurswechsel in Namibia. Nach Ansicht der Befürworter/innen könnte dies mit einer landesweiten Einführung eines sozialen Geldtransfers erreicht werden. Hierbei spielt die BIG-Koalition eine wichtige Rolle, denn sie sucht seit ihrer Gründung immer wieder den Dialog zur namibischen Regierung und anderen zuständigen Institutionen, um diese von der Idee eines landesweiten sozialen Geldtransfers zu überzeugen. Dazu führt sie gegenwärtig ein zweijähriges Pilotprojekt durch, mit welchem die positiven Effekte des sozialen Geldtransfers für die Bevölkerung aufgezeigt werden sollen. So erhalten in der Gemeinde Otjivero-Omitara alle Teilnehmer/innen ohne irgendwelche Bedingungen monatlich umgerechnet 10 Euro. Die Koalition wählte bewusst diese Gemeinde aus, da sie repräsentativ für die ökonomischen Probleme vieler Orte Namibias ist. Eine hohe Arbeitslosigkeits- und Kriminalitätsrate, ständige Konflikte mit den umliegenden reichen Farmern/innen, geringe Schulbildung sowie eine steigende Anzahl an HIV-Infektionen bestimmen den Alltag der Menschen.

Ob sich die sozialen Probleme mit Einführung des Grundeinkommens in Otjivero-Omitara verringern lassen und folglich die Millenniums-Entwicklungsziele umgesetzt werden können, zeigte Kapitel IV anhand der Projektergebnisse auf. Seit der Auszahlung des sozialen Geldtransfers reduzierte sich die Kriminalitätsrate und es kam zu einer Erhöhung der Beschäftigungsrate sowohl in Form von abhängiger Arbeit als auch bei selbstständiger

Tätigkeit. Daneben konnte in der Gemeinde die absolute Armut und der Hunger deutlich reduziert werden, es gehen mehr Kinder in die Schule und in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung von Frauen und Männer sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Neben diesen Erfolgen konnte die Unterernährung bei Kindern unter fünf Jahren drastisch verringert werden, durch das zusätzliche Einkommen stieg die Anzahl an Klinikbesuchen und mehr HIV/Aids-Erkrankte lassen sich mit lebensrettenden Medikamenten behandeln. Zuletzt verbesserte sich mit der Auszahlung des Grundeinkommens der Zugang zu sanitären Einrichtungen und kam es zu einer Erhöhung der Anzahl an Stromanschlüsse in den Haushalten. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu erheblichen Fortschritten in allen Millenniums-Entwicklungszielen kam.

Mit der zweiten Fragestellung, welche Perspektiven das bedingungslose Grundeinkommen für die Soziale Arbeit in Deutschland bietet, befasste sich das fünfte Kapitel. Dazu wurde zuerst das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens auf Deutschland übertragen und das Berufsfeld der Sozialen Arbeit beschrieben. Es zeigte sich, dass der Ansatz in vielen Bereichen der Profession dienen kann. Beispielsweise entfallen mit einer solchen Existenzsicherung zahlreiche Verwaltungsarbeiten, wodurch Sozialarbeiter/innen wieder mehr Zeit für den direkten Klientenkontakt aufbringen und so die Klienten wieder intensiver im Alltag unterstützen können. Auch fand ich bei der Betrachtung der Definition der Sozialen Arbeit und den ethischen Perspektiven des Grundeinkommens viele Überschneidungspunkte. So fördert unter anderem der bedingungslose Geldtransfer ebenso wie die Profession den sozialen Wandel und das Wohlbefinden der Menschen und beide Ansätze orientieren sich an den Menschenrechten und beinhalten die soziale Gerechtigkeit.

Diese Zusammenfassung macht deutlich, dass der Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens sowohl in Entwicklungsländern wie auch in Industriestaaten erfolgversprechend ist. Daher konnten meiner Ansicht nach beide Fragestellungen der Arbeit beantwortet werden. In dem Pilotprojekt in Namibia kam es mit nur zusätzlichen 100 N\$ pro Monat zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und folglich konnten die auf dem Millenniumsgipfel aufgestellten Entwicklungsziele in Otjivero-Omitara verwirklicht werden. Daneben konnte ich darlegen, dass der Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens eine Vielzahl an Perspektiven für die Soziale Arbeit bietet.

Primär beschäftigte sich die vorliegende Thesis mit der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungszielen durch das bedingungslose Grundeinkommen. Schwächen zeigten sich

dabei besonders in der Vorstellung der Projektergebnisse. Die Arbeit bezieht sich ausschließlich auf die aktuellen Ergebnisse der beiden BIG-Studien, wodurch es zu einer einseitigen Herangehensweise kam. Das Problem war, dass außer den Projektberichten von der BIG-Koalition bisher keine weiteren Studien vorhanden sind und ich wegen der kurzen Bearbeitungszeit sowie des geringen Umfanges der Bachelor-Thesis nicht selbst in Namibia und der Gemeinde Otjivero-Omitara eine empirische Sozialforschung durchführen konnte.

Des Weiteren gäbe es Klärungsbedarf in der Effektivität und Effizienz des bedingungslosen Grundeinkommens für das jeweilige Land. Denn außer in dem BIG-Pilotprojekt gibt es kaum wissenschaftliche Studien über die Auswirkungen des Modells auf die Gesellschaft. Hinzu kommt, dass das namibische Projekt von keiner unabhängigen Organisation untersucht wurde und es dadurch zu einer einseitigen Darstellung der Ergebnisse kommen kann. Die BIG-Koalition möchte mit den Projektergebnissen die Regierung von der Idee des Grundeinkommens überzeugen und steht folglich unter enormen Erfolgsdruck (vgl. Kapitel III.3). Zudem müsste geklärt werden, wie sich die Einführung einer solchen Existenzsicherung auf das Berufsfeld der Sozialen Arbeit auswirkt. Die dargestellten Perspektiven für die Profession berufen sich auf theoretischen Grundlagen und können bisher in der Praxis nicht belegt werden.

Angesichts dieser Hintergründe wäre es zukünftig von großer Bedeutung, das bedingungslose Grundeinkommen in einem weiteren unabhängigen Projekt zu testen. Wichtig finde ich, die Auswirkungen der Einführung eines bedingungslosen Geldtransfers auch in einem Industriestaat zu erproben. Denn im Gegensatz zu der namibischen Gemeinde Otjivero-Omitara herrschen in Industrienationen andere wirtschaftspolitische, gesellschaftliche und soziale Vorbedingungen. Jedoch bin ich der Überzeugung, dass dieser Ansatz die sozialen Probleme sowohl in Entwicklungsländern wie auch in Industriestaaten erfolgreich bekämpfen und die Soziale Arbeit im Berufsalltag unterstützen kann. Mit der Abgabe meiner Bachelorthesis endet die Pilotphase des namibischen Projektes. Die darauf im BIG-Abschlussbericht vorgestellten Ergebnisse werden vermutlich entscheiden, ob das Interesse an einem landesweiten Grundeinkommen geweckt wird. Folglich bleibt zu hoffen, dass die namibische Regierung und andere Länder von den Erfolgen des Projektes überzeugt werden und sie „das Geld vom Himmel fallen lassen“.

## Literaturverzeichnis

- Allgemeine Zeitung (2008). BIG: Ansatz ist gut, Kontrolle ist besser. Vom 10.11.2008. Online im Internet: **URL:** <http://www.az.com.na/lokales/big-ansatz-ist-gut-kontrolle-ist-besser.76090.php> [Stand: 03.10.2009].
- Allgemeine Zeitung (2009). „Die Regierung hat keine Wahl“. Vom 22.06.2009. Online im Internet: **URL:** <http://www.az.com.na/lokales/-and-regierung-hat-keine-andere-wahl-and.87299.php> [Stand: 22.09.2009].
- Bains, M. & Herfkens, E. (2006). Damit die Millenniums-Entwicklungsziele nicht nur eine Vision bleiben. Herausforderungen für den Norden. In Nuscheler, F. & Roth, M. (Hg.). *Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?* Bonn: J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH. S. 223-240.
- Bauer, F. (2006). Die Millenniums-Entwicklungs-Ziele der Vereinten Nationen. In Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.. UN Basis Information. Nr. 33. Januar 2006. Online im Internet: **URL:** [http://www.dgvn.de/fileadmin/user\\_upload/PUBLIKATIONEN/Basis\\_Informationen/BI-Millenniumsziele-V3.pdf](http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Basis_Informationen/BI-Millenniumsziele-V3.pdf) [Stand: 24.09.2009].
- Belwe, K. (2007). Editorial. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Grundeinkommen? Aus Politik und Zeitgeschichte. 51-52/2007. 17. Dezember 2007. S. 25-30. Online im Internet: **URL:** <http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf> [Stand: 10.10.2009].
- Blaschke, R. (2008). Aktuelle Grundeinkommens-Modelle in Deutschland. Vergleichende Darstellung. In Netzwerk Grundeinkommen (Hg.). Berlin. Oktober 2008. 3. Grundeinkommenskongress. Online im Internet: **URL:** [https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2008/11/vergleich\\_ge-konzepte.pdf](https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2008/11/vergleich_ge-konzepte.pdf) [Stand: 10.10.2009].
- BMZ. Kindersterblichkeit senken. Online im Internet: **URL:** [http://www.bmz.de/de/themen/gesundheit/menschenrecht\\_gesundheit/kindersterblichkeit/index.html](http://www.bmz.de/de/themen/gesundheit/menschenrecht_gesundheit/kindersterblichkeit/index.html) [Stand: 03.12.2009].
- BMZ (2005). *Der Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele*. In BMZ (Hg.). Materialien. Nr. 140. Januar 2005. Bonn.
- BMZ (2009a). Informationen zum Land. Namibia. Online im Internet: **URL:** <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/namibia/profil.html> [Stand: 26.09.2009].
- BMZ (2009b). Situation und Zusammenarbeit. Namibia. Online im Internet: **URL:** <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/namibia/zusammenarbeit.html> [Stand: 26.09.2009].
- Butterwege, C. (2007). Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Grundeinkommen? Aus Politik und Zeitgeschichte. 51-52/2007. 17. Dezember 2007. S. 25-30. Online im Internet: **URL:** <http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf> [Stand: 10.10.2009].
- Böhm, M. (2009). Bedingungslose Kapitulation. In attac AG Genug für alle, BDKJ-Bundesvorstand u.a. (Hg.). *Ein Grund zum Leben. Die Vision eines Grundeinkommens für alle*. Publik-Forum. Dossier. Januar 2009. Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft GmbH. S. 12.

- Casel, G. & Hambrink, J. (2005). Millenniumsziele auf dem Prüfstand. In Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (Hg.). *Vierter GKKE-Bericht zur Halbierung der extremen Armut*. Heft 37. 1. Auflage. Berlin.
- Debiel, T. & Martens, J. (2008). Das MDG-Projekt in der Krise. Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven. Online im Internet: **URL:** <http://inef.uni-due.de/page/documents/PolicyBrief04.pdf> [Stand: 24.09.2009].
- Der Spiegel (2009). Union blockt FDP-Attacke auf Hartz IV ab. Vom 06.10.2009. Online im Internet: **URL:** <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,653422,00.html> [Stand: 10.10.2009].
- Ehrhardt, A. (2007). Methoden der Sozialarbeit. In Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 6. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 644-647.
- Eichenhofer, E. (2007). Sozialversicherung und Grundeinkommen. . In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). *Grundeinkommen? Aus Politik und Zeitgeschichte*. 51-52/2007. 17. Dezember 2007. S. 25-30. Online im Internet: **URL:** <http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf> [Stand: 10.10.2009].
- Enders, M (2002). Systemischer Ansatz. In Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Eigenverlag. S. 958-959.
- Engelhardt, M. (2009). Wo das Geld vom Himmel fällt. In attac AG Genug für alle, BDKJ-Bundesvorstand u.a. (Hg.). *Ein Grund zum Leben. Die Vision eines Grundeinkommens für alle*. Publik-Forum. Dossier. Januar 2009. Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft GmbH. S. 5-6.
- Engelke, E. (2004). *Die Wissenschaft Soziale Arbeit*. 2. Auflage. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.
- Enste, D. (2008). *Bedingungsloses Grundeinkommen. Traum oder Alptraum für die Soziale Marktwirtschaft?* In Roman Herzog Institut e.V. (Hg.). Informationen. Nr. 5. München.
- Eriksson, S. M. (2008). Bedingungsloses Grundeinkommen und Soziale Arbeit. Online im Internet: **URL:** <http://www.initiative-grundeinkommen.ch/content/blog/bedingungsloses%20grundeinkommen%20und%20soziale%20arbeit.pdf> [Stand: 24.10.2009].
- Ernst, R. (2008). Auf halbem Weg zum Ziel? Die acht Millenniumsentwicklungsziele und der Stand ihrer Umsetzung. In UN-Millenniumskampagne (Hg.). Online im Internet: **URL:** [http://www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/toolkit\\_einlegerB\\_03\\_web.pdf](http://www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/toolkit_einlegerB_03_web.pdf) [Stand: 24.09.2009].
- FDP (2008). Die gerechte Steuer: Einfach, niedrig und sozial. Das Nettokonzept der FDP. Beschluss. 59. Bundesparteitag der FDP. München. 31. Mai bis 1. Juni 2008. Online im Internet: **URL:** <http://59.parteitag.fdp.de/files/197/BPT-Nettokonzept.pdf> [Stand: 10.10.2009].
- FIAN-Deutschland e.V.. Wir über uns. Online im Internet: **URL:** <http://www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=41&Itemid=85> [Stand: 16.09.2009].

- Fischer, S. (2008a). Sozialdebatte um BIG-Zahlung. In Allgemeine Zeitung. Vom 04.11.2008. Online im Internet: **URL:** <http://www.az.com.na/lokales/sozialdebatte-um-big-zahlung.75781.php> [Stand: 02.10.2009].
- Fischer, S. (2008b). Weniger Armut mit 100 Dollar. In Allgemeine Zeitung. Vom 03.10.2008. Online im Internet: **URL:** <http://www.az.com.na/politik/weniger-armut-mit-100-dollar.74120.php> [Stand: 02.10.2009].
- Frøystad, M., Günzel K. u.a. (2008). Quarterly Economic Review. No. 66. September 2008. In NEPRU (Hg.) Online im Internet: **URL:** [http://www.nepru.org.na/fileadmin/download/NEPRU\\_Quarterly\\_Economic\\_Review/NVP66.pdf](http://www.nepru.org.na/fileadmin/download/NEPRU_Quarterly_Economic_Review/NVP66.pdf) [Stand: 02.10.2009].
- Fues, T. (2006). Ist das Glas halb voll oder halb leer? Die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele in den einzelnen Weltregionen. In Nuscheler, F. & Roth, M. (Hg.). *Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?* Bonn: J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH. S. 44-60.
- Fukuda-Parr, S. (2003). Die Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut. In Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (Hg.). *Bericht über die menschliche Entwicklung 2003*. Bonn: UNO-Verlag.
- Füssenhäuser, C. & Thiersch, H. (2005). Theorien der Sozialen Arbeit. In Otto, H.-U. & Thiersch, H. (Hg.). *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik*. 3. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag. S. 1876-1900.
- Götze, S. (2008a). Afrika traut sich. Ein Grundeinkommen in Namibia und Sambia. In taz.de (Hg.). Vom 19.08.2009. Online im Internet: **URL:** <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/afrika-traut-sich/> [Stand: 22.09.2009].
- Götze, S. (2008b). Geld für eine zweite Mahlzeit. In Frankfurter Rundschau (Hg.). Online im Internet: **URL:** [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/aktuell/1595841\\_Geld-fuer-eine-zweite-Mahlzeit.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/1595841_Geld-fuer-eine-zweite-Mahlzeit.html) [Stand: 22.09.2009].
- Grimm, H. & Kantara, J. (2009). „Big-Money“ für alle. Grundeinkommen gegen Armut und Krankheit. In ZDF (Hg.). Abenteuer Wissen. Online im Internet: **URL:** <http://abenteuerwissen.zdf.de/ZDFde/inhalt/12/0,1872,7616140,00.html?dr=1> [Stand: 22.09.2009].
- Groenemeyer, A. (2005). Soziale Probleme. In Otto, H.-U. & Thiersch, H. (Hg.). *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik*. 3. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag. S. 1693-1708.
- Grunwald, K. & Thiersch, H. (2005). Lebensweltorientierung. In Otto, H.-U. & Thiersch, H. (Hg.). *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik*. 3. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag. S. 1136-1148.
- Gupta, S. (2000). Setting the seven development goals. In OECD (Hg.). OECD Observer. Nr. 223. Online im Internet: **URL:** <http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/359> [Stand: 25.09.2009].
- Haarmann, C. & Haarmann, D. (2005). Ein BIG Step. In afrika süd. Nr. 3. Online im Internet. **URL:** <http://liportal.inwent.org/lis/lis/namibia/big.pdf> [Stand: 29.11.2009].

- Haarmann, C. & Haarmann, D. (2005). The Basic Income Grant in Namibia. Resource Book. Online im Internet: **URL:** [http://www.bignam.org/Publications/BIG\\_Resource\\_Book.pdf](http://www.bignam.org/Publications/BIG_Resource_Book.pdf) [Stand: 22.09.2009].
- Haarmann, C. & Haarmann, D. (2007). Einkommenssicherheit statt Wohltätigkeit – Namibias Chance zur nachhaltigen Entwicklung. In Exner, A., Rätz, W. & Zenker, B. (Hg.). *Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit*. Wien: Paul Zsolnay Verlag. S. 238-254.
- Haarmann, C., Haarmann, D. u.a. (2008). „Towards a Basic Income Grant for all. In BIG-Koalition (Hg.). Basic Income Grant Pilot Projekt. Assessment Report. September 2008. Online im Internet: **URL:** [http://www.bignam.org/Publications/BIG\\_Assessment\\_report\\_08a.pdf](http://www.bignam.org/Publications/BIG_Assessment_report_08a.pdf) [Stand: 16.09.2009].
- Haarmann, C., Haarmann, D. u.a. (2009). *Making the difference! The BIG in Namibia*. In BIG-Koalition (Hg.). Basic Income Grant Pilot Projekt. Assessment Report. April 2009. Friedrich Ebert Foundation.
- Heß, A. (2008). Als das Geld vom Himmel fiel. In Brand eins 06/2008. Online im Internet: **URL:** [http://www.brandeins.de/uploads/tx\\_brandeinsmagazine/092\\_b1\\_06\\_08\\_namibia.pdf](http://www.brandeins.de/uploads/tx_brandeinsmagazine/092_b1_06_08_namibia.pdf) [Stand: 14.12.2009].
- Hohenleitner, I. & Straubhaar, T. (2007). Grundeinkommen und soziale Marktwirtschaft. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Grundeinkommen? Aus Politik und Zeitgeschichte. 51-52/2007. 17. Dezember 2007. S. 25-30. Online im Internet: **URL:** <http://www.bpb.de/files/XC1CNG.pdf> [Stand: 10.10.2009].
- HWWI (2007). Grundsätze. Online im Internet: **URL:** [http://www.hwwi.org/UEber\\_das\\_HWWI.1798.0.html](http://www.hwwi.org/UEber_das_HWWI.1798.0.html) [Stand: 10.10.2009].
- IFSW (2005). Definition von Sozialarbeit (german version). Online im Internet: **URL:** <http://www.ifsw.org/en/p38000409.html> [Stand: 21.10.2009].
- IFSW (2006). Ethik in der Sozialen Arbeit – Erklärung der Prinzipien. Online im Internet: **URL:** <http://www.ifsw.org/en/p38000739.html> [Stand: 26.10.2009].
- Jäger, U. (2004). *Pocket global. Globalisierung in Stichworten*. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). 1. Auflage. Braunschweig: Westermann Druck GmbH.
- Kessler, W. (2009). Die große Chance. In attac AG Genug für alle, BDKJ-Bundesvorstand u.a. (Hg.). *Ein Grund zum Leben. Die Vision eines Grundeinkommens für alle*. Publik-Forum. Dossier. Januar 2009. Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft GmbH. S. 4-5.
- Klein, M. & Schubert, K. (2006). Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Das Politiklexikon. 4. Auflage. Online im Internet: **URL:** [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=I6LFWL](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=I6LFWL) [Stand: 25.09.2009].
- König, J., Oerthel, C. & Puch, H.-J. (2004). Statt Qualität nur leere Kassen? In König, J., Oerthel, C. & Puch, H.-J. (Hg.). *Soziale Arbeit zwischen Ethik, Qualität und leeren Kassen*. ConSozial 2003. Starnberg: R. S. Schulz GmbH. S. 15-26.
- Köber, R. (2008). Reale Hoffnung und eine Geisterdebatte. Grundeinkommen in Namibia. In afrika süd – Zeitschrift zum südlichen Afrika (Hg.). Nr. 6. Dezember 2008. Online im Internet: **URL:** <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/paaf703.html> [Stand: 02.10.2009].

- Krahe, D. (2009). Im Dorf der Zukunft. In Augstein, R. (Hg.). *Netz ohne Gesetz. Warum das Internet neue Regeln braucht*. Der Spiegel. Nr. 33. 10.08.2009. S. 48-52.
- Kürschner-Pelkmann (2005). „*Noch haben wir Zeit, die Ziele zu erreichen*“-*Verwirklichung der Millenniumsziele im Südlichen Afrika*. In Koordination Südliches Afrika (KOSA e.V.) (Hg.). Bielefeld.
- Lessenich, S. (2009). *Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte*. In Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). WISO Diskurs. März 2009. Bonn.
- Leuthold, U. & Rahm, M. (2005). *Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit*. 1. Auflage Bern: Edition Soziothek.
- Loose, S. (2007). *Namibia*. 3. Auflage. Ostfildern: DuMont Reiseverlag.
- Marcus, U. & Starker, A. (2006). *HIV und Aids*. In Robert Koch-Institut (Hg.). Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Heft 31. Juni 2006.
- Melber, H. (2005). Namibia. In Hofmeier, R. & Mehler, A. (Hg.). *Kleines Afrika-Lexikon*. München: C.H. Beck oHG. S. 208-210.
- Messner, D. (2001). Armut und Reichtum in der Welt. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Informationen zur politischen Bildung. Heft 274. Online im Internet: **URL:** [http://www.bpb.de/die\\_bpb/2V4F0M,3,0,Armut\\_und\\_Reichtum\\_in\\_der\\_Welt.html#art3](http://www.bpb.de/die_bpb/2V4F0M,3,0,Armut_und_Reichtum_in_der_Welt.html#art3) [Stand: 25.09.2009].
- Mühlum, A. (2002). Theorien der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. In Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Eigenverlag. S. 971-974.
- Mühlum, A. (2007). Theorien der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. In Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 6. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 966-969.
- Müller, H. (2002). Theoriebildung. In Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Eigenverlag. S. 970-971.
- Müller, W. (2005). Methoden: Geschichte. In Otto, H.-U. & Thiersch, H. (Hg.). *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik*. 3. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag. S. 1205-1210.
- NANGOF (2007). Spotlight on Development. Towards the Millennium Development Goals. Juli 2007. Online im Internet: **URL:** [http://www.sarpn.org.za/documents/d0002689/SANGOF\\_MDG\\_newsletter\\_Jul2007.pdf](http://www.sarpn.org.za/documents/d0002689/SANGOF_MDG_newsletter_Jul2007.pdf) [Stand: 25.09.2009].
- Niggli, P. (2008). *Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun-aber das Richtige!* Alliance sud (Hg.). Zürich: Rotpunktverlag.
- NPC (2008). 2<sup>nd</sup> Millennium Development Goal Report Namibia 2008. Online im Internet: **URL:** [http://unic.un.org/imu/recentActivities/file.axd?file=MDG+Executive+Summary\[1\].pdf](http://unic.un.org/imu/recentActivities/file.axd?file=MDG+Executive+Summary[1].pdf) [Stand: 25.09.2009].
- Nuscheler, F. (2006). *Entwicklungspolitik*. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Bonn: J.H.W. Dietz.



- Parijs, P.V. & Vanderborght, Y. (2005). *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.
- Pfeiffer (2008). Pilotprojekt für Grundeinkommen gestartet. In *afrika süd – Zeitschrift zum südlichen Afrika* (Hg.). Nr. 2. April/Mai 2008. Online im Internet: **URL:** <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/paaf666.html> [Stand: 22.09.2009].
- Piper, N. (2008). „Die Krise wird länger dauern als viel glauben“. US-Ökonom Jeffrey Sachs im Interview. In *sueddeutsche.de*. Vom 01.05.2008. Online im Internet: **URL:** <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/257/440998/text/> [Stand: 24.09.2009].
- Pressel, A. (2002). Kritische Theorie. In *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Eigenverlag. S. 593-594.
- Publik-Forum (2009). Eine Vision wird konkret. In *attac AG Genug für alle, BDKJ-Bundesvorstand u.a. (Hg.). Ein Grund zum Leben. Die Vision eines Grundeinkommens für alle*. Publik-Forum. Dossier. Januar 2009. Oberursel: Publik-Forum Verlagsgesellschaft GmbH. S. 12-14.
- Rauschenbach, T. & Züchner, I. (2007). Sozialarbeit/Sozialpädagogik. In *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* (Hg.). *Fachlexikon der sozialen Arbeit*. 6. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 834-837.
- Sachs, J. (2005). In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Online im Internet: **URL:** <http://www.unmillenniumproject.org/documents/germanoverview.pdf> [Stand: 24.09.2009].
- Schicho, W. (1999). *Handbuch Afrika*. Band 1: Zentralafrika, Südliches Afrika und die Staaten im Indischen Ozean. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag GmbH.
- Staub-Bernasconi, S. (2006). Exemplarische Theoriebildungen Sozialer Arbeit. In *Dungs, S., Gerber, U. u.a. (Hg.). Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jahrhundert*. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt GmbH. S. 267-289.
- Strengmann-Kuhn, W. (2005). Das Modell Bürgerversicherung zur Reform der sozialen Sicherung in Deutschland. In *Strengmann-Kuhn, W. (Hg.). Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat*. 1. Auflage. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH. S. 7-28.
- Strutynski, P. (2005). "Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden die Versprechen der Millenniumserklärung gebrochen". Online im Internet: **URL:** <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Entwicklungspolitik/undp2005.html> [Stand: 24.09.2009].
- Vereinte Nationen (2008). Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2008. Online im Internet: **URL:** [http://www.dgvn.de/fileadmin/user\\_upload/PUBLIKATIONEN/Sonstiges/mdg\\_report\\_2008\\_german\\_081219\\_klein.pdf](http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Sonstiges/mdg_report_2008_german_081219_klein.pdf) [Stand: 24.09.2009].
- Vobruda, G. (2007). *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitergesellschaft*. 2. Auflage. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Vomberg, E. (2002). Zur Aktualität der Debatte um Qualitätsmanagement in der sozialen Arbeit. In *Vomberg, E. (Hg.). Qualitätsmanagement als Zukunftsstrategie für die Soziale Arbeit*. Mönchengladbach: Albert Verleydonk.
- Werner, G. (2006). *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*. 1. Auflage. Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben.

Willke, G. (2006). *Pocket Wirtschaft. Ökonomische Grundbegriffe*. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). 2. Auflage. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

Worschech, S. (2009). *Gerechtigkeit als Flatrate? Überlegungen zum bedingungslosen Grundeinkommen aus feministischer Sicht*. In Frauenpolitik. EFiD Mitteilungen 422. September 2009.